

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 5 · 31. Januar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Kampf um die Asylwende

Wie die CDU in der Migrationspolitik das Erbe Angela Merkels ablegen will und sich doch weiter darin verheddert Seite 3



„Vater des Vaterlandes“ Vor 300 Jahren starb Zar Peter der Große Seite 11



Meinung Große Leserbefragung der PAZ 2025 Seite 23

VON ALEXANDER RAHR

AUSSENPOLITIK

Deutschland und Europa müssen ein Jalta 2.0 verhindern

Beschäftigt mit sich selbst und ohne Führung droht der „alte Kontinent“ die jüngsten geopolitischen Weichenstellungen zu verschlafen

Unter den neuen globalen Machtkonstellationen geraten Europa und Deutschland unter einen seit dem Kalten Krieg nicht mehr für möglich gehaltenen Druck der internationalen Großmächte. Die Beziehungen zu Russland sind spätestens mit dem Ausbruch des Ukrainekriegs zerrüttet. Auch das Verhältnis zu China hat sich merklich abgekühlt. Und mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump verschlechtern sich auch die Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten – der westlichen Schutzmacht USA. Trump möchte Grönland aus Gründen der nationalen Sicherheit zum Territorium der USA erklären und auch den Panamakanal wieder unter US-Hoheit bringen. Auch auf Kanada hat der Präsident ein Auge geworfen. Und zur Lösung des Gaza-Konflikts verkündete er, dass man die dortigen Palästinenser in die Nachbarländer umsiedeln könne. Wollte die vorherige US-Regierung noch gemeinsam mit ihren europäischen und asiatischen Verbündeten eine „Achse des Guten“ gegen all jene errichten, die die Freiheit der Welt bedrohen, steht Trump eher für ein Amerika, dem kurzfristige „Deals“ wichtiger erscheinen als langfristige Interessen. So prangerte Trump in seiner ersten Amtszeit offen die NATO-Verbündeten wegen deren zu niedrigen Verteidigungsausgaben an, während er die Führung des „Schurkenstaats“ Nordkorea zum angesehenen Verhandlungspartner adelte.

Zeitenwenden überall

Mit Trumps zweiter Amtszeit müssen auch die letzten Träumer in Europa und speziell in Berlin, die trotz aller Verwerfungen der jüngeren Vergangenheit noch immer an eine heile „werte- und regelbasierte Weltordnung“ glaubten, einsehen, dass wir uns in einer neuen Lage befinden. Paris ist unter dem zwischen allen inneren Fronten zerriebenen Emmanuel Ma-

cron kein verlässlicher Partner mehr. Gleiches gilt für Großbritannien nach dem Brexit und in Zeiten ständiger Regierungswechsel. Ostmitteleuropa ist ideologisch entzweit, und in Italien regiert eine rechtspopulistische Partei.

Wo sind die Erfolge der europäischen Außenpolitik? Die Abkommen mit den Staaten des südlichen Mittelmeers sind gescheitert, ebenfalls die Assoziierung mit Ländern wie Georgien und Aserbaidschan. Bei der Neuausrichtung des Nahen und Mittleren Ostens ist die EU außen vor. Eine EU-Erweiterung um Moldawien und Armenien ist nicht vorstellbar.

Überall häufen sich die Zeitenwenden. Auch innerhalb der europäischen Gesellschaften brodelt es längst: Energiekrise und hohe Verbraucherpreise, exorbitante Staatsverschuldung, unkontrollierte Massenmigration und muslimischer Terror sind nur die Spitze eines unheimlichen Eisbergs, der in fast allen EU-Staaten die politische Mitte geschwächt hat.

Angesichts dieser und weiterer Rahmenbedingungen steht insbesondere Deutschland vor einer Neuausrichtung seiner Außenpolitik. Eine Fortsetzung der Diplomatie des moralisch erhobenen Zeigefingers ist zum Scheitern verurteilt. Da die fundamentalistische Klimaschutzpolitik, auf die Berlin so stolz ist, zu einem beispiellosen ökonomischen Niedergang geführt hat, dürfte sich kaum noch jemand Deutschland zum Vorbild nehmen.

Und für die traditionelle Scheckbuchdiplomatie geht Deutschland langfristig die Puste – spricht: das Geld – aus.

Mehr Pragmatismus wagen

Zu einer Neuorientierung der Außenpolitik gehört auch, sich von ideologischen Weltbildern der Medien und einiger Nichtregierungsorganisationen zu befreien und stattdessen einen neuen Pragmatismus zu pflegen. Zu Zeiten eines Hans-Dietrich Genscher etwa, der es stets vermied, andere Länder auf offener Bühne zu belehren, hatte Deutschland ein weitaus höheres Gewicht als heute. Zudem sollten Persönlichkeiten, die tatsächlich in der Welt und nicht in der Berliner Blase zu Hause sind, wieder mehr Gehör finden. Das Auswärtige Amt von heute hat weder einen vertraulichen Kanal ins Trump-Lager noch in den Kreml noch zur chinesischen Führung – und scheint dies nicht einmal für problematisch zu erachten.

Das naheliegendste Ziel einer neuen deutschen Außenpolitik sollte die Beendigung des Konfliktes um die Ukraine sein, damit sich dieser nicht zu einem großen europäischen Krieg ausweitete. Dass der neue US-Präsident umgehend einen Gesprächsfaden zu seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin herstellen konnte, ist in dieser Hinsicht ein gutes Zeichen – dass die Europäer bei einem Konflikt auf ihrem Kontinent nur zuschauen, hingegen nicht. Ein wichtiger Schritt ist auch

die Stärkung der eigenen Verteidigungskapazitäten. Dass ein US-Präsident – wie im Falle Grönlands – offen die territoriale Integrität eines NATO-Verbündeten infrage stellt, zieht die Verlässlichkeit der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft in Zweifel.

Eine neue Militarisierung Europas muss aber auch einhergehen mit einer Politik der Entspannung zu allen relevanten Mächten. Einen wichtigen Gedankenanstoß dazu bietet der bevorstehende 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; später unbenannt in OSZE) legte das Fundament für die Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West sowie für die anschließende Demokratisierung in Ostmitteleuropa. Und sie führte zu vertrauensbildenden Maßnahmen, die die Gefahr eines heißen Krieges für viele Jahre ausschlossen.

Auch wenn der alte Helsinki-Prozess tot und die OSZE kein Pfeiler der europäischen Sicherheitsordnung mehr ist, gehört ein „Helsinki 2.0“ in den diplomatischen Instrumentenkasten der Europäer zurück. Die Alternative wäre ein „Jalta 2.0“, ein Gipfeltreffen zwischen Trump, Putin und dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping, auf dem diese eine neue Weltordnung nach ihren Vorstellungen errichten würden – und Europa wie 1945 zum Zaungast degradiert würde.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit verteilt Ministerin Paus hunderte Millionen Seite 4

Kultur

Eine Ausstellung über den „Apostel der Pommern“, Bischof Otto von Bamberg Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein erinnert ein Eisenbahnwaggon an die Schrecken vergangener Tage Seite 13

HINWEIS

Dieser Ausgabe der PAZ liegt eine Antwortkarte zur Teilnahme an der Leserbefragung auf Seite 23 bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Luftherrschaft wird vom Reich der Mitte ambitioniert ausgebaut – Die USA drohen bei der Tarnkappentechnik in Rückstand zu geraten – Sogar die US-Küsten sind aufgrund großer Reichweiten in Gefahr

China wird zum Himmelsstürmer

Mit innovativen Entwicklungen übernimmt die Luftwaffe der Volksrepublik zunehmend die Führung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Volksrepublik China ist dabei, zur führenden Luftmacht der Welt aufzusteigen. Ein drucksvolle Belege hierfür lieferte sie während der 15. China International Aviation & Aerospace Exhibition in Zhuhai Ende des vorigen Jahres. Die dort gezeigten Kampfflugzeuge sind den US-Modellen der fünften Generation wie der Lockheed Martin F-22 Raptor und F-35 Lightning II durchaus ebenbürtig und den amerikanischen Jets der vierten Generation, zu denen unter anderem die General Dynamics F-16 Fighting Falcon und die Boeing F/A-18 Super Hornet gehören, bereits klar überlegen.

So besitzt Peking nun schon zwei leistungsstarke Tarnkappenjäger, nämlich die Chengdu J-20 und die Shenyang J-35. Vom letzteren Typ existiert eine Version für die Luftwaffe und eine für den Einsatz auf den mittlerweile drei Flugzeugträgern der Marine der Volksbefreiungsstreitkräfte. Ansonsten wurde in Zhuhai auch noch die Chengdu J-20S präsentiert. Diese zweiseitige Maschine soll zukünftig gemeinsam mit sogenannten Flügelmann-Drohnen operieren. Solche Flugkörper haben die Aufgabe, Kampfflugzeuge zu begleiten und als Kraftmultiplikatoren zu fungieren, indem sie zum Beispiel die Luftabwehr ausschalten oder die Nahaufklärung übernehmen. Ein derartiges Drohnenmodell ist die bereits 2022 vorgestellte Feihong FH-97A, welche ihrerseits ebenfalls Tarnkappeneigenschaften besitzt.

Schock für den Westen

Die J-20S bildet den Übergang zur sechsten Generation der Kampfflugzeuge, deren Entwicklung derzeit noch weltweit in den Kinderschuhen steckt. Hauptmerkmale dieser Maschinen der Zukunft sind neben der routinemäßigen Zusammenarbeit mit ganzen Schwärmen von Begleitdrohnen die umfassende Verwendung von Künstlicher Intelligenz sowie der Hochgeschwindigkeitsflug in der oberen Atmosphäre. Mit ersten Praxistests solcher Jets wurde bislang nicht vor 2030 gerechnet, weil das entsprechende US-amerikanische Programm Next Generation Air Dominance (NGAD) nur sehr stockend vorankommt. Insofern war es ein Schock für die Militärstrategen des Westens, als am

26. Dezember 2024, dem 131. Geburtstag des Revolutionsführers Mao Zedong, plötzlich ein Versuchsmuster am Himmel über Südostchina gesichtet wurde, welches aller Wahrscheinlichkeit nach bereits vollständig zur sechsten Kampfflugzeuggeneration gehört. Die Maschine ähnelt einem Gingko-Blatt mit drei Triebwerken und scheint auch für den Einsatz in extrem großen Höhen konstruiert zu sein.

Ebenfalls im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befinden sich die innovativen Tarnkappenbomber Xian H-20 und Shenyang JH-XX. Letzterer dürfte dabei eher taktischen Zwecken dienen, während es sich bei dem H-20 um einen großen strategischen Bomber handelt, der über dem gesamten Pazifik operieren kann und auch die Westküste der Vereinigten Staaten zu erreichen vermag. Damit stellt er eine gefährliche Bedrohung für die US-Stützpunkte und die Flottenpräsenz der Marine Washingtons im Stillen Ozean dar.

Aufgrund der Erfahrungen aus dem Ukrainekrieg gingen die US-Militärplaner lange davon aus, dass in den Schlachten der Zukunft massenhaft kostengünstige kleine Drohnen mit relativ geringer Reichweite zum Einsatz kommen werden. Allerdings sind die endlosen Weiten des Pazifiks nicht das Terrain für unbemannte Flugkörper im „Westentaschenformat“.

Die USA müssen Anschluss halten

Das haben die Chinesen offenbar deutlich früher erkannt als ihre Konkurrenz, wie die auf der Air Show in Zhuhai vorgeführten Drohnenmodelle zeigen. Zu diesen zählten der große „Schwarmträger“ AVIC Jetang, welcher als Mutterschiff für kleinere Drohnen fungiert, sowie die bomberähnliche Tarnkappen-Drohne CASC CH-7 mit rund 13.000 Kilometern Reichweite und enormer Nutzlast. Dazu kommen die ebenfalls sehr schweren Guizhou WZ-7 Xiang Long und Chengdu WZ-10. Die erstgenannte Drohne dient der Fernaufklärung und elektronischen

Kriegführung; außerdem vermag sie Ziel-daten für ballistische Raketen zu liefern. Dahingegen wird die WZ-10, die auch Tarnkappen-Eigenschaften besitzt, als Waffenträger benutzt. In Zhuhai demonstrierte sie erstmals ihre beeindruckenden Fähigkeiten auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung.

Schärfere Konfrontation droht

Die Folgen der chinesischen Rüstungsanstrengungen im Bereich der Luftfahrt liegen auf der Hand. Die USA müssen ihre Militärausgaben deutlich aufstocken, um nicht technologisch abgehängt zu werden, und das NGAD-Programm massiv beschleunigen. Darüber hinaus droht eine schärfere amerikanisch-chinesische Konfrontation im Pazifikraum, je mehr Peking über schlagkräftige Waffensysteme verfügt. Und das würde dann zu einem Rückgang des US-Engagements in Europa führen, womit die NATO-Länder auf unserem Kontinent im Falle künftiger Konflikte stärker auf sich allein gestellt wären.



Die fünfte Version des Chengdu J-20 ist ihrer US-amerikanischen Konkurrenz durchaus ebenbürtig. Die Tarnkappentechnik erlebt bei diesem Fighter eine neue Dimension der Einsatzmöglichkeiten
Bild: Alerts/Archiv

RÜSTUNG

Neunzigprozentige Marktdominanz bei Drohnen

Peking will seine Technik geheim halten und schützt sich per Embargo – Damit macht es sich zum Helfer Putins

Die Volksrepublik China verfolgt ganz offensichtlich das Ziel, zur Drohnen-Weltmacht Nummer 1 aufzusteigen. Dabei setzt sie nicht nur auf innovative Entwicklungen. Hiervon zeugen die zunehmenden Exportbeschränkungen auf dem Gebiet der Drohnentechnologie, welche sich vor allem gegen die USA und Europa richten. Bei fortgeschrittenen Drohnen und zentralen Drohnenbauteilen wie Motoren, Batterien und Steuerungselementen liegt der chinesische Weltmarktanteil inzwischen bereits bei über 90 Prozent. Das resultiert nicht zuletzt aus der dominierenden Stellung des Drohnenherstellers Da-Jiang Innovations Science and Technology (DJI) in Shenzhen.

Das Drohnenembargo stellt zweifellos eine Retourkutsche für das Embargo der westlichen Staaten bei bestimmten Hochleistungschips und modernen Systemen für die Herstellung von Integrierten Schaltkreisen dar. Allerdings trifft es auch die Ukraine. Kiew ist nun zwar autark, was die Montage von Drohnen betrifft, braucht aber ständig Nachschub an Bauteilen. Dieser kam bislang aus Staaten wie Großbritannien, Lettland und der Bundesrepublik, welche die Drohnenkomponenten ihrerseits aus China bezogen. Peking stellt sich mit den Exportbeschränkungen bei der Drohnentechnologie also faktisch auf die Seite Russlands. Doch damit nicht genug.

Mittlerweile mehren sich die Hinweise darauf, dass China militärische Drohnen für Russland fertigt, die an der Front in der Ukraine zum Einsatz gelangen. Außerdem gibt es offenbar eine geheime Kooperation zwischen Peking und Moskau sowie dem Mullah-Regime in Teheran, was den Nachbau der iranischen Billig-Angriffsdrohnen vom Typ Shahed betrifft. Bei den gigantischen chinesischen Produktionskapazitäten könnte die russische Armee deshalb schon bald über ein nahezu unbegrenztes Arsenal an Kamikaze-Drohnen verfügen.

Andererseits drohen Chinas Lieferbeschränkungen zulasten der westlichen Staaten zum Bumerang zu werden, der am

„Drohnen sind ein großartiges Friedensinstrument, wenn man den Himmel beherrscht“

Admiral Dong Jun
Ex-Verteidigungsminister
Chinas November 2024

Ende wiederum die eigene Drohnenbranche treffen könnte. In Reaktion auf die Boykottmaßnahmen wollen nämlich nun die EU-Staaten sowie Südkorea, Japan und die USA künftig stärker auf Eigenproduktionen setzen und die beteiligten Unternehmen mit Subventionen konkurrenzfähig machen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das zu tun, was Russland schon eine ganze Weile tut, um die zahlreichen westlichen Sanktionen zu unterlaufen: Das Embargo heimlich durch die Einschaltung von Drittstaaten zu umgehen. Denn überhaupt keine Drohnentechnologie mehr ins Ausland zu liefern, wäre für die chinesische Wirtschaft überaus schädlich.
W.K.

1000 SPRENGKÖPFE

Die VR China rüstet atomar rasant auf

Am 16. Oktober 1964 zündete die Volksrepublik China ihre erste Atombombe. Danach legte sich das Reich der Mitte bis 2008 um die 200 Kernsprengköpfe zu – deutlich weniger, als die großen Nuklearmächte USA, Russland, Großbritannien und Frankreich ihr Eigen nannten. Dann wuchs das Arsenal Pekings deutlich schneller. Bis 2020 stieg die Anzahl der Sprengköpfe auf 350, und mittlerweile sollen es bereits 500 sein. Doch dies ist keineswegs schon das Ende der Fahnenstange: Das US-Verteidigungsministerium und andere Institutionen schätzen, dass China im Jahre 2030 mindestens tausend Kernsprengköpfe besitzen wird. Der frühere Chef der Atomstreitkräfte der Vereinigten Staaten, Admiral Charles Richard, warnte deshalb den Kongress in Washington vor einer „atemberaubenden Expansion“ des chinesischen Nuklearpotentials.

Dazu gehört auch der Zuwachs bei den Trägersystemen. Neben mobilen Interkontinentalraketen verfügt China inzwischen über etliche weitere Raketen, die in geschützten unterirdischen Silos auf ihren Einsatz warten. Im Sommer 2021 entdeckten US-Spionagesatelliten rund 300 im Bau befindliche Startanlagen dieser Art. Hinzu kommen über 100 U-Boot-gestützte Julang-2- und Julang-3-Atomraketen. Und nun sollen offenbar auch noch 34 moderne strategische Tarnkappen-Bomber vom Typ Xian H-20 die nukleare Triade Pekings aus luft-, land- und seegestützten Trägersystemen verstärken.

Das alles hat erhebliche weltpolitische Konsequenzen. Zwar wird China auch zukünftig hinter den führenden Atommächten USA und Russland rangieren, welche derzeit 3708 beziehungsweise 4380 einsatzbereite Sprengköpfe plus einer Vielzahl von Trägersystemen anbieten können. Andererseits besitzt Peking jedoch bereits jetzt die Macht, sein nukleares Potential für Drohgebärden der verschiedensten Art zu nutzen. Diese richten sich momentan vor allem gegen Taiwan, Japan, Südkorea und Australien.
W.K.

Zwänge einer Zeitenwende

Nach jüngsten Gewaltverbrechen von Zuwanderern strebt CDU-Chef Friedrich Merz eine neue Migrationspolitik an. Dabei wird einmal mehr offenbar, wie sehr seine Partei in den Hinterlassenschaften der langjährigen Frontfrau Angela Merkel gefangen ist

VON WERNER J. PATZELT

Oft ist es in der Politik wie im richtigen Leben. Auch da kann mit besten Absichten anfangen, was später zur dramatischen Affäre wird. Aus der sich zu befreien, falls kein gutes Ende möglich ist, geht nicht ohne Wunden ab. Warum dann nicht lieber aus der Affäre einen erträglichen Zustand machen – wenn auch einen schlechteren, als in der guten Zeit zuvor?

In etwa ist das die heutige Lage der Union und ihres Kanzlerkandidaten. Die Affäre begann mit dem gutwilligen Drang der CDU, sich nach Angela Merkels erstem, trotz guter Ausgangspositionen fast verlorenem Wahlkampf von 2005 lieb Kind beim grünlinken Zeitgeist zu machen. Dem passte vielerlei nicht: Haushaltsdisziplin zur Stabilisierung des Euro, Energieversorgung durch Atomkraft, starkes Militär im Dienst des Friedens, Grenzsicherung als Sicherung des Sozialstaats, Patriotismus zur Integration eines Einwanderungslandes, praktizierter Pluralismus als demokratische Selbstverständlichkeit.

Irrwege einer Volkspartei

Um nicht länger linksgrün angreifbar zu sein und innenpolitische Kulturkämpfe ausfechten zu müssen, ließ sich die Union bequemerweise vergrünen und sozialdemokratisieren. Das ging bald weit über jenes Maß hinaus, das einem Großteil der Unionswähler einleuchtete. Derweil schmolte der merkelbesiegte vormalige Bundestagsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz im Abseits, erarbeitete sich finanzielle Unabhängigkeit, wartete auf eine neue Chance. Die ließ lang auf sich warten, weil Zeitgeist und Merkelunion eine Liebeshehe eingegangen waren. So groß war das Glück im CDU-Hausstand, dass sogar missgünstige Nachbarn wie Sozialdemokraten und Grüne nun Mitbewohner sein wollten. Tatsächlich begrüßte Merkels Union sie als Dauermacht sichernde Koalitionspartner.

Hinauszuekeln begann man aber jene eigenen Leute, welche nicht lassen wollten von einer vorausschauenden Eurozonenpolitik, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, einer starken Bundeswehr. Die auch vor einer fahrlässigen Migrationspolitik warnten sowie Patriotismus nicht für den Wegweiser nach Auschwitz hielten, sondern für einen Magneten gesellschaftlichen Zusammenhalts. Als deren neugegründete Partei AfD trotz aller Anfeindungen weitermachte und immer mehr Wähler anzog, durften die Regeln pluralistischen Parteienwettbewerbs für sie nicht mehr gelten. Ihre parlamentarischen Stimmen galten als „schmutzig“, als dass man sie haben wollte, und Anti-Rechts-Demonstrationen sollten so lange helfen, wie man die AfD nicht „um der Demokratie willen“ verboten hätte.

Das Scheitern des Zeitgeistes an der rauen Wirklichkeit

Doch die Wirklichkeit schlug immer wieder zurück. Der Zusammenhalt der Eurozone wurde wacklig. Die Energiewende würgte die deutsche Wirtschaft ab. Die Bundeswehr wurde „blank“. Aus der verkündeten Zuwanderung von Ingenieuren oder Krankenschwestern wurde eine von unausgebildeten jungen Männern mit Neigung zur Gewalt. Die soll man nun, aufgrund anscheinend unabänderlicher Rechtsvorschriften, dauerhaft ertragen. Zugleich sollte das Land regiert werden von Leuten, die mit Deutschland „noch nie viel anfangen konnten“. Kein Wunder, dass solche Leute bald mobil machten gegen eine Partei, die sich als Alternative zu alledem anbot.

Als dann Merkel unter weitverbreiteter Erleichterung abtrat, begann die Ampelkoalition als ihre legitime Erbin mit der Aufführung eines grotesken Nachspiels jener gründ-



Kämpfen für einen neuen Kurs und stecken doch in der Sackgasse zwischen Rot-Grün und der AfD: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz und sein Generalsekretär Carsten Linnemann

Bild: imago/Political-Moments

lich missglückten Politikära. Nun erwachte die Union als größte Oppositionspartei aus der Trance zeitgeistiger Hingabelust. Nicht ohne großen Widerstand kehrte Friedrich Merz aus dem politischen Exil zurück.

Doch anschließend vertrieb er jene WerteUnion aus der CDU, die sich doch am stärksten für seine Wiederkehr eingesetzt hatte. Er musste nämlich einen Kompromiss nach dem anderen mit den Wüsten und Günsters seiner Partei schließen. Viel zu schwach war sein innerparteilicher Rückhalt, als dass er ohne das erst zu Ampelzeiten unüberschbare Scheitern von Merkels Visionen sein jetziges CDU-Programm hätte durchsetzen können. Und noch immer ist seine Stellung als „Merkel-Überwinder“ nicht gesichert – und schon gar nicht, wie er es entwicklungsblind einst verheißt hatte, die AfD „halbier“. Das wäre nämlich nur mit einem rechtzeitigen Politikschwenk hin zu den jetzigen CDU-Positionen gelungen.

Endspiel um den Kurs der Union

Doch eine Art Endspiel hat nun begonnen. Die Affäre der Union mit dem grünlinken Zeitgeist geht nämlich bald zu Ende – vielleicht mit einem Befreiungsschlag, vielleicht mit einer tödlichen Verwundung. Es schwankt nämlich jene „Brandmauer“, die angeblich Deutschlands Demokratie vor den Horden blauer Nazis schützen soll.

Der Wirklichkeit kommt näher, wer ein Ende jener dahingehenden rot-grünen Erpressung nahen sieht, die seit Langem die Union der mittig-rechten Bevölkerungsmehrheit Deutschlands stets nur mittig-linke oder ganz linke Regierungen gegenüberstellen lässt. In Sachsen und Thüringen, einst Unionshochburgen, entblödete sich die Union nicht einmal, ihr Bündnis bis zum linken Rand auch noch als eine Stärkung der „politischen Mitte“ auszugeben.

Doch der Politthriller dieser Woche, die versuchte Neuausrichtung deutscher Migrationspolitik im Bundestag, wird die fehlende Durchhaltefähigkeit aller Versuche nachweisen, an die Stelle demokratisch herbeige-

wählter Mehrheitsverhältnisse nur noch Willkürbündnisse selbstbezogener Politikverwalter zu setzen. Unfreiwillig bekundete denn auch vor wenigen Tagen ein grüner Spitzenpolitiker den hier tatsächlich vorliegenden Erpressungsversuch, wenngleich durch seine Umdeutung ins Gegenteil: Durchs Zusammenwirken mit der AfD wolle die Union den Grünen und der SPD eine Migrationspolitik aufzwingen, welche diese Parteien ablehnten.

Rot-grüne Rückzugskämpfe

Anscheinend kommt es in einer grün-linken Demokratie nicht darauf an, was nach langen öffentlichen Debatten eine Bevölkerungsmehrheit für richtig hält, sondern allein darauf, was grünen und linken Spitzenpolitikern gefällt – wie einst beim „Atomausstieg“, beim „Frieden schaffen ohne Waffen“ dank der „Friedensdividende“ des Siegs im Kalten Krieg, auch bei der (angeblich gar nicht betriebenen) Verwandlung des bislang bekannten und von seinen Bürgern durchaus gemochten Deutschlands in eine multikulturelle und multiethnische Einwanderungsgesellschaft.

Es ist kein Wunder, dass Merzens Endspiel ausgelöst wurde durch eine neuerliche, nicht länger als Einzelfall abzutuernde Mordtat eines durchaus nicht schon „länger im Land Lebenden“, doch auch nicht wieder aus dem Land zu bekommenden Migranten. Und anders, als das eine grüne Spitzenpolitikerin unlängst wieder im regierungsnahen Fernsehen behauptete, betrifft das massenhafte, seit Jahren für unaufhaltsam erklärte Einwanderungsgeschehen eben doch überaus viele länger schon im Land Lebende unmittelbar in ihrem Alltag – wie auch viele der hier wirklich heimisch gewordenen Einwanderer.

Auch von diesen sehnen sich viele zurück nach jener gar nicht lange vergangenen Zeit, als öffentliche Sicherheit auf Weihnachtsmärkten und in Schwimmbädern, in öffentlichen Parks und beim nächtlichen Heimweg durchaus kein Thema ernstgemeinter Gespräche war. Sehr vielen leuchtet auch nicht ein, warum unser Land jährlich zwei bis drei

Großstädte zuwandern lässt, obwohl jetzt schon Wohnungsnot für Leute mit kleinem Geldbeutel herrscht und Mängel bei der öffentlichen, von der ganzen Bevölkerung zu nutzenden Infrastruktur unübersehbar sind. Zwar bleibt der Krieg Russlands gegen die Ukraine in Deutschland so lange abstrakt, wie deutsche Truppen nicht die kommende Demarkationslinie mitzusichern haben. Doch die Folgen unserer verfehlten Migrationspolitik sind jetzt schon überall fühlbar – ebenso wie so viele energiepolitisch verursachte Preissteigerungen.

In der Sackgasse

Mit den Grünen und den Sozialdemokraten werden sich die Ursachen all dessen wohl nicht abstellen lassen. Ohnehin ist auch ein nennenswerter Teil der Union noch nicht davon überzeugt, dass es wirklich eine tiefgreifende Politikwende braucht. Doch die Unionsaffäre mit den zeitgeistigen Rotgrünen hat die Union nicht nur an vielen Stellen der Wirklichkeit entfremdet, sondern hat auch einen Großteil ihrer früheren Wähler hin zur AfD vertrieben. Zugleich wurde die 30-Prozent-Union in eine Lage gebracht, aus der schadloses Entkommen nicht mehr möglich ist.

Zwar buhlt der künftige Kanzler Merz um die Unterstützung von Sozialdemokraten und Grünen. Die wird er bei den kommenden Koalitionsverhandlungen aber nur um den Preis bekommen, dass die Union ihre Seele verkauft – und dann noch mehr Wähler an die AfD verliert. Lässt sich umgekehrt die Union auf wiederholtes Zusammenwirken mit der AfD ein, dann besiegelt sie nicht nur ihre politische Niederlage gegen die lange so lustvoll bekämpfte Konkurrenz aus dem eigenen Lager, sondern bricht auch alle eigenen Eide. Das wird sie dem noch jahrelang amtierenden linksgrünen Medienadel erst recht verächtlich machen und ihr Giftspritzen samt Dreckkübeln einbringen. Anders als die AfD ist es die Union aber nicht gewohnt, derlei wirklich auszuhalten.

In dieser Lage scheint die einzige halbwegs erfolgreiche Unionsstrategie darin zu bestehen, sich beim Vorschlag vernünftiger Politikprojekte wirklich nicht länger darum zu scheren, ob auch „böse Rechte“ sie für unterstützenswert halten. Obendrein muss sie nach der Bundestagswahl so lange guten Willens Koalitionsverhandlungen mit Sozialdemokraten oder gar Grünen führen, bis allgemein klar wird, dass eine problemlösende Bundesregierung so nicht zustande kommt. Bei der Wahl zum Bundeskanzler wird Merz, den vorzuschlagen der Bundespräsident nicht wird vermeiden können, dann zwar durchfallen. Nach zwei Wochen dauernd verboglicher Mehrheitssuche muss laut Grundgesetz dann unverzüglich ein weiterer Wahlgang folgen. Bei diesem erzielt Merz wohl erneut die einfache Mehrheit. Dann kann der Bundespräsident ihn zum Bundeskanzler ernennen oder den Bundestag auflösen. Letzteres wird er unterlassen, weil andernfalls der AfD weiterer Machtgewinn winkt.

Anschließend hat Merzens Minderheitsregierung auszulöffeln, was Merkels Zeitgeistmehrheit unserem Land eingebracht hat. Das wäre dann auch die letzte Unionschance, dem Schicksal von Österreichs ÖVP oder gar von Italiens Democrazia Christiana zu entgehen.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „CDU, AfD und noch mehr politische Torheiten. Neue Analysen, Interviews und Kommentare 2019–2024“ (Weltbuch 2024) sowie „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023).
www.wjpatzelt.de

—
Eine Art
Endspiel hat nun
begonnen.
Die Affäre der
Union mit dem
grünlinken
Zeitgeist geht
nämlich zu
Ende – vielleicht
mit einem
Befreiungs-
schlag, vielleicht
mit einer
tödlichen
Verwundung

● MELDUNGEN

Bonus für Ausländerkinder

Duisburg/Essen – Kinder mit Migrationshintergrund erhalten in deutschen Schulen keine schlechteren Noten als ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Laut einer Studie von Forschern der Universität Duisburg-Essen ist es sogar so, dass Kinder mit Migrationshintergrund oder Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten oft besser bewertet werden. Als Ursache vermuten die Forscher, dass Lehrkräfte unbewusst versuchen, soziale Nachteile auszugleichen, indem sie Kinder mit Migrationshintergrund wohlwollender bewerten. Für die Studie waren Tests in Deutsch und Mathematik durchgeführt worden. Diese wurden anonym bewertet und dann mit den Noten verglichen, die Lehrkräfte für dieselben Leistungen vergeben hatten. Die Lehrkräfte waren über die Herkunft der Schüler informiert. Besonders ausgeprägt war die Tendenz zur besseren Bewertung laut der Studie bei Schülern türkischer Herkunft. **H.M.**

Division ohne gute Ausrüstung

Berlin – Die Bundeswehr stellt zum 1. April eine neue Heimatschutzdivision auf. Diese wird aus aktiven Soldaten und Reservisten bestehen und auf sechs Heimatschutzregimenter verteilt sein. Nach Angaben eines Bundeswehresprechers ist für eines der Regimenter ein Standort im Großraum Berlin vorgesehen. Die Heimatschutzdivision soll vor allem im Spannungs- oder Verteidigungsfall eingesetzt werden, um kritische Infrastrukturen zu schützen. Wie ein Sprecher des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr erklärte, soll der Heimatschutz ein Niveau erreichen, das sich von der regulären Truppe nicht mehr unterscheidet. Vom Reservistenverband wird die geplante Heimatschutzdivision zwar begrüßt, aber Verbandspräsident Patrick Sensburg mahnt, die Heimatschutzdivision so adäquat auszustatten, dass sie ihre Aufgaben voll erfüllen kann, was derzeit nicht gewährleistet sei. **H.M.**

Ampel fördert Gates-Projekte

Berlin – Die Bundesregierung finanziert die private Stiftung der US-amerikanischen Milliardäre Bill und Melinda French Gates mit 924 Millionen Euro. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hervor. Die als Anhang beigefügten Tabellen listen dabei sieben Projekte der Bill & Melinda Gates Foundation mit einer Laufzeit vom Oktober 2020 bis Juni 2027 auf. Den größten Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Höhe von 287 Millionen gibt es für das „Globalvorhaben Ernährungssicherung und Resilienzstärkung“. Danach kommen Zahlungen für das Gates-Projekt „Unterstützung von Maßnahmen zur Bodengesundheit in Äthiopien“ in Höhe von 266 Millionen und Zuwendungen zur Unterstützung des „Globalvorhabens Digitale Transformation“ im Umfang von gut 211 Millionen – auch hier wieder auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. **W.K.**



BILD: PICTURE ALLIANCE/FLASHPIC | JENS KRICK

Hat noch viel Geld für grün-nahe NGO's, das sie jetzt verteilt: die grüne Familienministerin Paus

KORRUPTION

Ein links-grünes Füllhorn

Ministerin Lisa Paus (Grüne) verteilt 182 Millionen Euro Steuergeld für Demokratieförderung, Zusammenhalt und den Kampf gegen Rechts

VON PETER MÜLLER

Kurz vor der Wahl hat die rot-grüne Restregierung die neue Förderung des umstrittenen Programms „Demokratie leben!“ beschlossen. 182 Millionen Euro werden für dieses Jahr an Hunderte Organisationen und Projekte verteilt. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) stellte vergangene Woche die dritte Förderperiode vor. Das Programm sei mittlerweile „fest in der Mitte der Gesellschaft verankert“. Es stärke zivilgesellschaftliches Engagement und die Arbeit gegen Radikalisierung, so Paus. In der neuen Förderperiode soll ein Schwerpunkt auf der Bekämpfung von „Verschwörungsideologien“ und „Hass im Netz“ liegen.

Doch es gibt auch Kritik – ausgerechnet vom früheren Ampelpartner FDP. „Auf den letzten Metern will Ministerin Lisa Paus millionenschwere Fördermittel für grüne Vorfeldorganisationen zulasten der Steuerzahler durchboxen“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr. Der liberale

Haushaltspolitiker Christoph Meyer warf Paus vor, gezielt die Zeit nach dem Ampel-Aus für ihre Zwecke genutzt zu haben, „denn mit der FDP hätte es das nicht gegeben“. Das mit viel Steuergeld finanzierte Programm habe „seine Erfolglosigkeit hinlänglich unter Beweis gestellt“. Die AfD hat das Programm in der Vergangenheit schon mehrfach als politisch einseitig und ineffizient bezeichnet.

Auf dem linken Auge blind

Seit 2015 wird mit dem von der damaligen Ministerin Manuela Schwesig (SPD) ins Leben gerufenen Programm „zivilgesellschaftliches Engagement“ gefördert. Im ersten Jahr gab es 40 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt, inzwischen hat sich die Fördersumme mehr als vervierfacht. Und die Grünen-Ministerin Paus hat die Laufzeit in der dritten Förderperiode auf acht Jahre fast verdoppelt. Das Programm läuft jetzt von 2025 bis 2032.

Kritiker bemängeln, die Vergabe der Fördergelder sei intransparent. Und nicht nur die FDP sieht in den geförderten Ver-

einem vielfach „grüne Vorfeldorganisationen“. Jedenfalls ist auffällig, dass eine Masse an Projekten für „Vielfalt/Diversität, für migrantische Organisationen oder gegen Rechtsextremismus kämpft. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine AfD-Anfrage wurden im vergangenen Jahr nur 2,3 Millionen Euro für Projekte gegen Linksextremismus, aber fast zehnmal so viel (22,5 Millionen Euro) für Projekte gegen Rechts ausgegeben. Direkt und indirekt richtet sich die große Mehrzahl der Projekte „gegen Rechts“. Der Chefredakteur der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Dieter Stein, ordnete das Programm „Demokratie leben!“ daher insgesamt dem „Kampf gegen Rechts“ zu.

Welche Projekte jetzt neu finanziert werden, darüber gibt Paus' Familienministerium nicht sonderlich transparent Auskunft. Auf der Website fehlen die konkreten Angaben. „Wen wir fördern? Informationen hierzu folgen zeitnah“, steht auf der Internetseite. Auf Presseanfrage reagiert das Ministerium inhaltlich und

erkennbar unwillig. Erst nach mehrfacher Nachfrage bekommt man eine Liste von 27 Seiten mit allen Partnerschaften und Projekten, die in diesem Jahr Steuergeld erhalten.

Da finden sich viele Organisationen, die durchaus dem grün-linken Vorfeld zuzurechnen sind. Etwa die einschlägig bekannte Amadeo Antonio Stiftung aus Berlin. Oder die „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ (gegründet von Ferda Ataman, der heutigen Antidiskriminierungsbeauftragten) und die „Neuen deutschen Organisationen – das postmigrantisches Netzwerk“ sowie der Antidiskriminierungsverband und die Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge. Der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben bekommt Steuergeld für sein Projekt mit dem eher skurrilen Titel „Queer im dualen System. Vernetzung, Handlungskompetenz und Impulse für eine heteronormativitätskritische betriebliche Praxis“. Auch das viel kritisierte Medienhaus Correctiv, welches Anfang 2024 mit der überaus unsauberen Recherche zum angeblichen Geheimtreffen von Potsdam bundesweit fragwürdige Schlagzeilen machte, bekommt aus Paus' Ministerium wieder sehr viel Geld. Durchschnittlich erhalten die Projekte mehrere hunderttausend Euro.

„So sieht Korruption wirklich aus“

Das Online-Magazin „Schwulissimo“ berichtete erfreut, dass mehrere große „queere Verbände“ bedacht wurden. Namentlich sind dies „die fünf bundesweiten LGBTI*-Organisationen Akademie Waldschlösschen, Bundesverband Trans*, LSVD+ – Verband für queere Vielfalt, Intergeschlechtliche Menschen e.V. und erstmals auch der Verein Queere Bildung e.V.“ Der sogenannte Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne), erklärte dazu: „Die bundesweite Arbeit für Akzeptanz und Schutz von LSBTIQ* wird mit einer Laufzeit bis 2032 gefördert. Ich freue mich sehr, dass dies gelungen ist.“ Trotz einiger Fortschritte bleibe „LGBTI*“ eine verwundbare gesellschaftliche Gruppe. Insbesondere „Rechtsruck und Queerfeindlichkeit“, so Lehmann, bedrohen hart erkämpfte Erregungschaften.

Die konservative Publizistin und Gender-Kritikerin Birgit Kelle kritisierte die Mittelvergabe an diese Verbände: „So sieht Korruption wirklich aus“, schrieb sie. „Eine gescheiterte Regierung beschließt noch schnell vor ihrem Ende die finanzielle Förderung ihrer ideologischen Stützpfeiler im vorparlamentarischen Raum und sichert ihnen weit über die eigene Amtszeit hinaus (bis 2032!) noch die Budgets, um mit ihrem queeren Quatsch weiterzuarbeiten.“

ASYLKRISE

Wohnungsleerstand entpuppt sich als Magnet

Je strukturschwächer die Region, desto größer der Zuzug an Asylsuchern

Sind strukturschwache Regionen für Asylsucher als Wohnort besonders attraktiv? Zumindest eine Studie des Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) kommt zu dem Schluss, dass in wirtschaftlich schwachen Städten mit hoher Arbeitslosigkeit oft ein überproportionaler Zuzug von Migranten zu beobachten ist. Als Grund sehen die Forscher das Vorhandensein von günstigem Wohnraum durch den Leerstand von Wohnungen an: „Gleichzeitig sind Flüchtlinge oft auf die Infrastrukturen größerer Städte angewiesen“, so die Studienautoren.

Deutschlandweit liegt der Anteil anerkannter Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung laut der Untersuchung bei etwa 2,9 Prozent. In vielen Städten des Ruhrgebiets und auch in einigen Städten in den östlichen Bundesländern liegt der Anteil

allerdings deutlich höher. Für die Studie hatte das WZB den Zeitraum von 2015 bis 2019 untersucht. Betrachtet wurden für die Studie die Umzüge von mehr als 2400 Asylbewerbern. Duisburg erlebt im Untersuchungszeitraum mit einem Plus von 5,6 Prozentpunkte einen überproportionalen Zuzug von Asylbewerbern. Ebenso Salzgitter mit einem Plus von 7,2 Prozent.

Ärmere Gegenden bevorzugt

Auch in Cottbus stieg der Bevölkerungsanteil von Asylsuchern von 0,7 auf 7,2 Prozent. Insgesamt stieg in den östlichen Bundesländern der Anteil im Zeitraum von 2015 bis 2024 allerdings nur von 0,9 auf 2,9 Prozent. In vielen wohlhabenden Regionen Bayerns, in denen es oft einen ungedeckten Arbeitskräftebedarf gab, stieg der Bevölkerungsanteil von Flücht-

lingen weitaus weniger. Im Landkreis Eichstätt betrug der Anstieg etwa nur um 0,1 Prozentpunkte.

„In unserer Studie sehen wir klar, dass die Flüchtlinge nach Aufhebung der Beschränkungen verstärkt in ärmere Gegenden ziehen – zumindest unter den Gegebenheiten des aktuellen Wohnungsmarkts. Daher stellt die Wohnungsnot ein erhebliches Integrationshindernis dar“, so Jonas Wiedner vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

Wie es in einer Mitteilung des Zentrums heißt, „sehen sich Kommunen mit einer ohnehin herausfordernden Sozialstruktur höheren Belastungen durch die Integration der Flüchtlinge ausgesetzt“.

Nicht alle Städte sind ohne eigenes Zutun in diese Lage geraten. Im Land Brandenburg haben Cottbus und Frank-

furt (Oder) den Zuzug von Migranten als Chance gesehen, hohe Leerstandsquoten in ihren Plattenbauvierteln zu verringern. Cottbus half der Ausländerzug auch dabei, seinen 2019 verloren gegangenen Status als Großstadt wiederzuerlangen. Die Stadt war zeitweilig unter die Marke von 100.000 Einwohnern gefallen. Mit dem Status sind finanzielle Zuschüsse vom Land verbunden. Noch 2021 hatte die Lausitzmetropole sich in einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum „sicheren Hafen“ für Asylbewerber erklärt und angekündigt, freiwillig mehr Migranten aufzunehmen. Ein Jahr später erklärte der damalige Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) dann allerdings bereits unter Hinweis auf ausgeschöpfte Kapazitäten, die Stadt wolle keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. **H.M.**

PARTEIPOLITIK

„Toxische Strukturen“ bei den Grünen

Gelbhaar kein Einzelfall – Aussteiger malt finsternes Bild vom Berliner Landesverband der Habeck-Partei

VON HERMANN MÜLLER

Der Vorwurf, Frauen sexuell belästigt zu haben, brachte den Berliner Grünen-Politiker Stefan Gelbhaar um die Chance, abermals ein Mandat für den Bundestag zu erringen. Fest steht mittlerweile, dass zumindest ein Teil der Belästigungsvorwürfe erfunden war. Noch unklar ist allerdings, ob Gelbhaar nur zum Opfer von falschen Anschuldigungen einer einzelnen Grünen-Bezirkspolitikerin wurde, oder ob in der Partei weitere Akteure an einer Intrige beteiligt waren, um die Karriere des Berliner Bundestagsabgeordneten einstweilen zu beenden.

Bislang richtet sich der Verdacht ausschließlich gegen Shirin Kreße, die mittlerweile zurückgetretene Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bezirksparlament von Berlin-Mitte, die auch ihre Partei verlassen hat. Sie hatte am 9. Dezember bei einem Treffen des linken Flügels von „schweren Belästigungsvorwürfen“ gegen Gelbhaar gesprochen. Ihr wird auch die falsche eidesstattliche Versicherung zugeschrieben, in der Gelbhaar schwer belastet wurde.

Verdacht richtet sich gegen viele

Vom anschließenden Absturz Gelbhaars haben bei den Grünen mehrere Personen profitiert. Ob diese allerdings an einer parteiinternen Intrige beteiligt waren, ist damit nicht gesagt. Im Fall von Julia Schneider geht etwa kaum jemand davon aus, dass sie am Ränkespiel Anteil hatte. Schneider ist nach den Belästigungsvorwürfen von den Grünen in Pankow anstelle von Gelbhaar als Direktkandidat für den Bundestagswahlkampf aufgestellt worden.

Auf der Berliner Landesliste wollte Gelbhaar ursprünglich für den aussichtsreichen Platz zwei kandidieren. Vor dem Hintergrund der Belästigungsvorwürfe verzichtete er jedoch auf die Kandidatur. Zum Zuge kam Andreas Audretsch, der Wahlkampfmanager von Robert Habeck. Etwaige Vermutungen, Audretsch könnte an einer Intrige beteiligt gewesen sein, wies die Grüne-Spitzenpolitikerin Annalena Baerbock aber energisch zurück: „Der Wahlkampfmanager hat damit auch nichts zu tun.“ Die „Berliner Zeitung“ sowie der „Tagesspiegel“ werfen inzwi-



Nach fast 35 Jahren ausgetreten: Özcan Mutlu übt scharfe Kritik

Bild: imago/camera4+

schen dessen ungeachtet die Frage auf, ob neben Kreße noch weitere Grüne beim Sturz Gelbhaars mitgemischt haben. Dabei soll es sich laut den Berichten möglicherweise um Hacer Aydemir handeln, die wie Kreße Mitarbeiterin im Abgeordnetenhaus, im Büro von Ario Mirzaie, gewesen war.

Der Grünen-Abgeordnete wird zum linken Flügel der Partei gezählt. In den Fokus von Medien war Mirzaie im Jahr 2011 geraten, als die „Bild“-Zeitung unter der Überschrift „Grüne urinieren auf Deutschland-Flagge“ über drei damalige grüne Nachwuchspolitiker berichtete. Wie die „Berliner Zeitung“ berichtet, soll es viele Grüne überrascht haben und seltsam vorgekommen sein, als Aydemir auf der Landesdelegiertenkonferenz am 14. Dezember für den wichtigen vierten Listenplatz für die Bundestagswahl kandidiert hat. „Seltsam vor allem auch deswegen, weil dieser Listen-

platz wohl eigentlich Stefan Gelbhaar zugestanden hätte“, wundert sich die „Berliner Zeitung“. Aydemir selbst bestreitet, eine Rolle in der Schmutzkampagne gegen Gelbhaar gespielt zu haben. Auch hier gilt die Unschuldsvermutung.

Mutlu: Das Muster ist immer gleich

Das überhaupt Spekulationen über weitere Drahtzieher aufgekomen sind, hat viel mit dem Zustand des Grünen-Landesverbandes Berlin zu tun. „Schon seit vielen Jahren gelten die Berliner Grünen als Wespennest, das regelmäßig von schweren Skandalen erschüttert wird“, so die „Berliner Zeitung“. Ähnlich die Einschätzung des Grünen-Urgesteins Özcan Mutlu. Für den 57-Jährigen war die Intrige gegen Gelbhaar Anlass, nach fast 35 Jahren Mitgliedschaft seinen Parteiaustritt zu erklären und mit den Berliner Grünen abzurechnen. In einem offenen Brief an die Bundesvorsitzenden Felix Banaszak

und Franziska Brantner sowie an den Berliner Landesvorstand spricht Mutlu von Intrigen und Machtspielen als tiefverwurzelten Problemen in der Partei.

Für ihn ist der Umgang mit Gelbhaar kein isolierter Einzelfall, „sondern Ausdruck eines tief verwurzelten strukturellen Problems im grünen Landesverband Berlin“. Gelbhaar sei „aufgrund einer haltlosen und offensichtlich falschen Anschuldigung sexueller Belästigung nicht nur öffentlich diffamiert, sondern politisch vernichtet“ worden.

Laut dem früheren Bundestagsabgeordneten ist das Muster immer gleich: „Es wird mit Unterstellungen gearbeitet, die jeglicher Grundlage entbehren, deren Zerstörungskraft jedoch unwiderruflich bleibt.“ Laut Mutlu profitieren auffällig häufig dieselben Akteure von den Diffamierungskampagnen. Mit Blick auf die Berliner Grünen spricht er von „toxischen Strukturen“.

VERKEHR

Jetzt sind die Anwohnerparker dran

Schwarz-Rot schraubt an einer beträchtlichen Gebührenerhöhung ab dem kommenden Jahr

Berlins SPD-Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey fordert, die Jahresgebühr für Anwohnerparken von bislang 10,20 Euro auf 365 Euro heraufzusetzen. Das entspricht einer Erhöhung von rund 3500 Prozent. Der Ruf nach höheren Parkgebühren ist Teil der SPD-Forderung, angesichts weiterer notwendiger Einsparungen in den kommenden Jahren die Einnahmeseite Berlins stärker in den Blick zu nehmen.

Inzwischen hat die SPD die Forderung auf etwa 160 Euro zurückgefahren. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bezeichnet die bisherigen 10,20 Euro allerdings ebenfalls als „nicht mehr zeitgemäß“. Die Hauptstadt liege bei den Parkgebühren derzeit weit unter dem Bundesdurchschnitt, klagt er. Eine neue Gebührenordnung soll mit dem Doppelhaushalt 2026/27 kommen.

Innerhalb der schwarz-roten Rathauskoalition sorgt das Thema bereits für Spannungen. 2023 waren in Berlin 1,24 Millionen Pkw und 122.000 Lkw registriert. Mit dem Regierungswechsel von Rot-Rot-Grün zu Schwarz-Rot in Berlin verband sich bei vielen die Hoffnung auf ein Ende des Schröpfens der Autofahrer. Dass nun auch Wegner über eine drastische Erhöhung von Parkgebühren nachdenkt, dürfte diese Hoffnungen enttäuschen.

CDU-Plan soll aber Pendlern helfen

Andere Signale kommen vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner. Allerdings profitierten von dessen Ideen nicht innerstädtische Anwohnerparker, sondern Pendler und Kunden aus den äußeren Bereichen des Ballungsraums. Stettner will mittels einer preiswerten Vignet-

te Autofahrer aus dem Umland und den Stadträndern in die Berliner City locken. Sein Vorschlag, Pendlern durch eine spezielle Parkvignette günstiges Parken in der Innenstadt zu ermöglichen, stieß bei der SPD jedoch auf scharfe Kritik. Der verkehrspolitische Sprecher der Berliner Sozialdemokraten, Tino Schopf, bezeichnet die Initiative als „Klientelpolitik für Autofahrer“.

Doch Parkplatzmangel und Parkgebühren zeigen längst spürbare Auswirkungen auf den Einzelhandel. Abschreckendes Beispiel ist die Sperrung des Einkaufsboulevards Friedrichstraße für den Autoverkehr. Das weit über Berlin bekannte Luxuskaufhaus Lafayette, über viele Jahre eine der ersten Adressen in dieser Straße, musste schließlich wegen Kundenmangels schließen. Für viele Konsumenten war der Boulevard in der

Mitte der Hauptstadt zu schwer erreichbar geworden. Einkaufszentren auf der grünen Wiese an den Stadträndern haben dagegen Konjunktur. Derzeit kostet das Parken in der Berliner Innenstadt vielerorts bis zu vier Euro pro Stunde, was insbesondere Einpendler aus den Außenbezirken trifft, die schlecht ans Nahverkehrsnetz angebunden sind, sowie Kunden, die viel Ware zu tragen haben, weshalb der Transport mit dem eigenen Wagen fast alternativlos erscheint.

Eine generelle Wende in der Autopolitik ist keine neue Forderung. Der damalige, inzwischen zurückgetretene FDP-Bundesgeneralsekretär Bijan Djir-Sarai hatte im August 2024 Pläne in dieser Richtung vorgestellt. Das Autofahren sollte in den Innenstädten wieder attraktiver gemacht werden, so Djir-Sarai vergangenen Jahr. Frank Bücker

KOLUMNE

We remember

VON VERA LENGSELD

Vergangenen Montag wurde wieder an die Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee gedacht. Politiker und Institutionen trugen dabei den Slogan „We remember“ als Bekenntnis vor sich her, er wurde auch ans Brandenburger Tor projiziert.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner hatte die Berliner aufgerufen, mit der jüdischen Gemeinschaft ihrer Stadt Solidarität zu zeigen: „Berlin steht fest an der Seite der Jüdinnen und Juden und aller Opfer von Gewaltherrschaft und Extremismus“, erklärte Wegner. Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze hätten in der Stadt keinen Platz.

Das sagt der oberste Verantwortliche einer Stadt, in der seit dem 7. Oktober 2023 der antisemitische Mob fast ungehindert durch die Straßen tobt und die Auslöschung Israels fordert. Das ist Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit pur. Woran erinnert sich Wegner, wenn er die Meldungen über diese Ausschreitungen liest? Berlin sei die Stadt, von der aus die systematische Vernichtung der europäischen Juden, Sinti und Roma sowie weiterer Bevölkerungsgruppen geplant und organisiert worden sei, betonte er in seiner Rede

Es sei gemeinsame Pflicht und historisches Erbe, an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und der Schoah zu erinnern. Es sei aber „auch unsere Verantwortung, aufzustehen gegen jede Form von Antisemitismus“.

In Berlin gibt es eine tapfere Frau, die sich bei palästinensischen Hasskundgebungen mit ihrem Plakat offen auf die Seite Israels stellt. Von Wegner dagegen vermisst man Handlungen, die er für sich selbst aus seinen Forderungen ableiten müsste. Erst kürzlich hat es anlässlich der Waffenruhe im Gazastreifen in Berlin mehrere antisemitische Demonstrationen gegeben. Dabei kam es erneut zu Ausschreitungen. Es wurden verbotene antisemitische Parolen gerufen, Was tat Wegner?

MELDUNG

Turmhaube für Garnisonkirche

Potsdam – Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam hat den Auftrag für den Bau der Turmhaube für die Garnisonkirche vergeben. Der Bau der Turmhaube wird etwa 20 Monate in Anspruch nehmen. Die Bauteile der Haube sollen zunächst in Werkstätten vorgefertigt werden und anschließend am Boden neben dem Kirchturm vormontiert werden. Das Aufsetzen der fertigen Haube mit Hilfe eines Krans plant die Stiftung Garnisonkirche im Frühjahr 2027. Die Haube wird eine Höhe von fast 32 Metern haben und über der 57 Meter hohen Aussichtsplattform montiert. Die Turmhaube besteht aus einer Stahlkonstruktion mit hölzernem Dachstuhl und wird außen mit Kupfer verkleidet. Die Installation der Turmhaube ist die letzte große Baumaßnahme am wiederaufgebauten Turm der Garnisonkirche sein. Die drehbare Wetterfahne der Kirche konnte durch das Engagement der Fördergesellschaft bereits 2014 fertiggestellt werden. H.M.

● MELDUNGEN

Linksparteien unbeliebter

London – Laut einer Analyse der britischen Tageszeitung „The Daily Telegraph“ sind linke Parteien „unbeliebter als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges“. Diese Aussage basiert auf einer Auswertung demokratischer Wahlen in 73 Ländern mit 1,5 Milliarden Einwohnern im Verlauf des Jahres 2024. Im Durchschnitt erreichten die Linksparteien nur 45,4 Prozent, nachdem sie 2006/07 noch auf über 50 Prozent gekommen waren. Besonders unpopulär waren die Parteien des linken Spektrums im Vorjahr in den USA und Westeuropa, wo sie lediglich 42,3 Prozent der Stimmen erhielten, während die Rechtsparteien ein durchschnittliches Ergebnis von 55,7 Prozent erzielten. Das ergab dann auch den größten Abstand zwischen den Stimmenanteilen der Linken und Rechten seit 1990. Die wachsende Popularität der Rechtsparteien erklärt das Blatt vor allem mit deren Positionen in der Einwanderungsfrage. W.K.

UN für mehr Überwachung

New York – Am 24. Dezember vorigen Jahres winkte die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Konvention gegen Cyberkriminalität ohne vorherige Abstimmung durch. Die Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten zur internationalen Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Straftaten im Internet. Beim näherem Hinsehen entpuppt sie sich allerdings als Überwachungspakt, welcher die Bürgerrechte und den Datenschutz systematisch ignoriert. So fehlen jegliche Hinweise auf die richterliche Genehmigung von Ausforschungsmaßnahmen und die erforderliche Verhältnismäßigkeit des staatlichen Vorgehens. Zudem existieren keinerlei konkrete Vorgaben, um welche Straftaten es eigentlich gehen soll. Deswegen haben jetzt unter anderem 22 Digitalverbände und die Internationale Handelskammer gegen die Konvention protestiert, wobei sie sogar vom UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk aus Österreich Rückendeckung erhielten. W.K.

Oberagent ist selbst Terrorist

Damaskus – Anas Hasan Khatib alias Abu Ahmad Hudoud wurde vor Kurzem zum Direktor des von der syrischen Übergangsregierung aufgestellten Geheimdienstes Jihaz al-Mukhabarat al-Amma ernannt. Wie nun herauskam, gehörte Khatib ab 2008 der Terrororganisation al-Kaida an. Deshalb stand er auch auf der Sanktionsliste des UN-Sicherheitsrates und wurde gesucht. Während seiner Karriere in der al-Qaida sowie später in den islamistischen Gruppierungen Dschabhat an-Nusra und Hayat Tahrir al-Sham war der Syrer zugleich Agent des türkischen Geheimdienstes Millî İstihbarat Teşkilâtı (MIT). Seine Anwerbung erfolgte durch Kemal Eskintan alias Abu Furqan von der MIT-Abteilung für Sondereinsätze. Die Kooperation zwischen Khatib und dem Türkei-Geheimdienst soll effektiv gewesen sein, weshalb seine Ernennung nun auch als Erfolg für die Erdoğan-Regierung bewertet wird. W.K.



Keir Starmer: Großbritanniens Premier spielt eine undurchsichtige, wirre Rolle

Bild: picture alliance/empics/Henry Nicholls

NACH DEM SOUTHPORT-MORD

Hat die Regierung die volle Wahrheit gesagt?

Immer mehr Briten fragen, was über den Southport-Mörder verschwiegen wird, der sich von einem al-Kaida-Terror-Handbuch inspirieren ließ

VON CLAUDIA HANSEN

Der Prozess gegen den Messermörder von Southport hat die britische Öffentlichkeit erneut stark aufgewühlt. Wie ein Stich ins Herz der Nation wirkte dessen Tat im vergangenen Sommer in der nordenglischen Stadt Southport. Der junge Mann erstach in einem Tanzkurs drei Mädchen und verletzte neun weitere Kinder sowie zwei Erwachsene. Die unschuldig lächelnden Gesichter der drei getöteten Kinder Bebe King (6), Elsie Stancombe (7) und Alice da Silva Aguiar (9) sind inzwischen hundertfach in britischen Medien gezeigt worden.

Auch das Gesicht des Täters Axel Rudakubana, jetzt 18 Jahre alt, kennt nun die ganze Nation. Er bekannte sich des Mordes schuldig, zeigte aber vor Gericht keine

Reue. Der Richter hat ihn zu mindestens 52 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein lokaler Labour-Parlamentsabgeordneter bezeichnete das als „unangemessen milde“. Viele Briten fragen, warum der Täter nicht wirklich eine lebenslange Freiheitsstrafe für sein Verbrechen bekam. Premierminister Keir Starmer nannte den Dreifachmord „einen der erschütterndsten Momente in der Geschichte unseres Landes“.

Premier verheimlichte Infos

Aber bis heute ist nicht klar, was eigentlich das Motiv des jungen Schwarzen war, der am 29. Juli mit einem großen Messer in die Tanzklasse in Southport ging und dort mit ungeheurer Brutalität auf die Kinder einstach. Der Staatsanwalt sagte während des Prozesses, Rudakubana habe sich unter anderem an einem al-Kaida-Handbuch für den Dschihad orientiert,

das die Polizei bei ihm fand. Trotzdem wird der Mord nicht als Terrorat gewertet. Das ist eine der Ungereimtheiten, die viele Briten irritieren.

Wochenlang hatten die Behörden und die Starmer-Regierung der Öffentlichkeit verschwiegen, dass auf Rudakubanas Computer die Propagandaschrift der islamistischen Terrorgruppe gefunden worden war. Erst drei Monate später wurde diese Information an die Öffentlichkeit gegeben. Auch Starmer, der davon früh wusste, verschwieg das Dschihad-Handbuch. Der Regierungschef redet sich heraus, dass eine frühere Information „den Prozess gefährdet“ hätte. Durch sein Geständnis hat Rudakubana immerhin verhindert, dass Zeugen befragt werden mussten und eine Jury urteilen musste. Wer weiß, was dann noch alles ans Licht gekommen wäre.

GESUNDHEITSPOLITIK

Washington leitet Abschied von der WHO ein

USA setzen als ersten Schritt die Zahlungen aus – Trumps Aktion trifft die UN-Organisation hart

Zu den ersten Amtshandlungen des neuen US-Präsidenten Donald Trump gehörte die Unterzeichnung eines Präsidentenerlasses, mit der er anwies, die Zahlungen der Vereinigten Staaten an die Weltgesundheitsorganisation WHO „mit der praktisch möglichen Geschwindigkeit ... auszusetzen“. Das ist die Vorstufe zum angekündigten Austritt der USA aus der Sonderorganisation der Vereinten Nationen in den nächsten zwölf Monaten.

Als Grund nannte Trump das „Missmanagement der WHO im Zuge der Covid-19-Pandemie“, das „Versäumnis der Organisation, dringend notwendige Reformen durchzuführen“, und den Umstand, dass sie nicht in der Lage sei, „ihre Unabhängigkeit vom unangemessenen politischen Einfluss bestimmter WHO-Mitgliedsstaaten zu demonstrieren“. Wo-

bei die letztere Kritik insbesondere auf die Rolle der Volksrepublik China abzielt.

Des Weiteren bemängelte Trump die „ungerechtfertigt hohen Zahlungen der Vereinigten Staaten an die WHO, die in keinem Verhältnis zu den ... Zahlungen anderer Länder stehen. China hat mit 1,4 Milliarden Einwohnern 300 Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, zahlt aber fast 90 Prozent weniger.“ Hierzu sagte Trump: „Alle zocken die USA ab – damit ist es jetzt vorbei.“

USA profitieren gleichermaßen

Und tatsächlich waren die USA bislang der größte Einzelgeldgeber der WHO, weil sie zum Budget der Organisation von 6,83 Milliarden US-Dollar immerhin 958 Millionen beisteuerten. Auf den nächsten Plätzen rangieren dann die Eu-

ropäische Kommission mit 413 Millionen und die Bundesrepublik Deutschland mit 324 Millionen. Dahinter kommen die Weltbank, Großbritannien und die Volksrepublik China, welche ihrerseits 203 Millionen beisteuert. Das ist kein Zehntel des Beitrags der USA, wie Trump behauptet, sondern mehr als ein Fünftel, aber dennoch vergleichsweise wenig, wenn man die Bevölkerungszahl des Landes und den Einfluss Chinas auf die WHO bedenkt.

Da durch den Rückzug der USA künftig fast eine Milliarde Dollar in den Kassen der Organisation fehlen werden, liegt es an anderen Geldgebern, den Ausfall zu kompensieren. Die EU-Sprecherin Eva Hrnčirová signalisierte bereits die grundsätzliche Bereitschaft der EU-Kommission hierzu: Diese wolle „ihr Bestes tun, um die Finanzierung der WHO im Rahmen

Viele Briten fühlen sich nicht nur von der Regierung, sondern auch von ihren Medien in die Irre geführt. Schließlich hatten die über Monate berichtet, dass Rudakubana, der in Wales geborene Sohn von Einwanderern aus Ruanda, tief in seiner christlichen Familie verwurzelt gewesen sei. Er wurde hundertfach als „walisischer Chorknabe“ bezeichnet. Dazu wurden harmlose Kinderfotos von Rudakubana präsentiert. Erst sehr viel später kam heraus, dass er seit Langem kein „Chorknabe“ mehr war, sondern als jugendlicher andere Kinder seiner Schule mit einem Baseballschläger angriff und mehrmals an das Anti-Extremismus-Programm „Prevent“ verwiesen worden war. Rudakubana soll vom Völkermord in Ruanda und anderen Genoziden besessen gewesen sein. Vor Gericht sah man einen Killer mit wirrer langer Afrofrisur und trotzigem Blick, wie die „Times“ bemerkte.

Die Bluttat am 29. Juli hatte Anti-Immigranten-Proteste und Randalen ausgelöst. Dabei spielte eine Rolle, dass in sozialen Medien Gerüchte und Falschinfos die Runde machten, angeheizt durch rechte Aktivisten wie Tommy Robinson. Viele glaubten, dass der Täter von Southport ein muslimischer Asylant sei. In zahlreichen Städten vor allem Nordenglands gingen Anfang August aufgebrauchte Leute auf die Straße, die Stimmung eskalierte. Es kam zu Straßenschlachten und Attacken auf Asylbewerberheime. Die Starmer-Regierung verurteilte den Aufruhr in schärfster Weise.

Überharte Strafen für Asyl-Kritiker

Hunderte Protestler und Randalierer wurden seitdem in Schnellverfahren abgeurteilt. Viele erhielten sehr harte Strafen. Dabei wurden einige wegen bloßer Aufrufe und Facebook-Posts ins Gefängnis gesteckt. Eine 57-jährige Frau und Großmutter muss für 15 Monate in Haft, weil sie auf Facebook geschrieben hatte, man solle Moscheen in die Luft sprengen. Sie kommt hinter Gitter, obwohl sie die Pflegerin ihres schwerkranken Ehemannes ist. Ein anderer Mann, der 61-jährige Peter Lynch, wurde inhaftiert, weil er bei einem Protest lautstark gegen Immigration wettete und vor Polizisten „Abschaum“ und „Kindermörder“ rief. Dafür bekam er mehr als zweieinhalb Jahre Gefängnisstrafe. Kurz nach Haftantritt hat sich Lynch das Leben genommen, indem er sich mit einem Bettlaken erhängte.

Die Starmer-Regierung hat angekündigt, soziale Netzwerke künftig schärfer zu kontrollieren, um gegen Falschinformationen vorzugehen. Im Nachhinein fragt man sich jedoch, ob nicht auch die Regierung selbst Falschinformationen streute. Jedenfalls hat sie nicht die volle Wahrheit über den Täter gesagt.

der aktuellen Haushaltsbeschränkungen sicherzustellen“. Aber genau das ist schwierig, denn die EU musste das eigene Gesundheitsprogramm EU4Health erst kürzlich von 5,3 auf 4,4 Milliarden Euro zusammenstreichen.

Ansonsten droht der WHO noch weiteres Ungemach aufgrund von Trumps Exekutiv-Order. So wird es zum Rückzug sämtlicher staatlich finanzierter Experten der USA und zu einem Abbruch der wissenschaftlichen Kooperation kommen – nach dem Willen des Präsidenten sollen „glaubwürdige und transparente Partner“ an die Stelle der WHO treten. Das könnte den Vereinigten Staaten allerdings auch selbst zum Nachteil gereichen, weil diese von etlichen Projekten der Weltgesundheitsorganisation im Gegenzug ebenso stark profitieren. Wolfgang Kaufmann

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Auch ohne Kolonien wird der afrikanische Kontinent weiter ausgebeutet. Im Zuge der sogenannten „grünen, nachhaltigen Transformation“ hat sich der Wettlauf wohlhabender Länder um den Zugriff auf kritische und strategische Rohstoffe im globalen Süden weiter verschärft.

Für den Bau von Windkraftanlagen, Solarparks, Leitungssystemen und E-Autobatterien werden jährlich Millionen Tonnen diverser unterschiedlicher Metalle benötigt. Mit Nachhaltigkeit hat die Metall- und Bergbauindustrie allerdings nichts zu tun. Für die als „sauber“ und „erneuerbar“ bezeichnete Wind- und Solarenergie werden weltweit in immer größerem Ausmaß Landschaften verwüstet und Menschenrechte verletzt.

Im Wissen um die massiven ökologischen Schäden hat Deutschland 2016 den größten Einzelkredit für die Erweiterung der Sangaredi-Mine im Westen Guineas versichert, wo der Konzern Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG) mit riesigen Maschinen das Aluminiumerz Bauxit abbaut. Aus Bauxit wird Aluminiumoxid und in einem weiteren Schritt Aluminium gewonnen, das für Fahrzeuge, Verpackungen, den Bausektor sowie für die Wind- und Solarindustrie gebraucht wird. Etwa 90 Prozent der deutschen Bauxit-Importe kommen aus diesem Teil Guineas.

Der von der Bundesregierung abgesicherte Kredit der deutschen Bank ING Diba beträgt 248 Millionen Euro. Die Bank verlangt dafür innerhalb von zwölf Jahren 218 Millionen Euro Zinsen, also 88 Prozent, also fast eine viertel Milliarde Euro. Mit der Ungebundenen Finanzkredit-Garantie (UFG) ist die Auflage verbunden, dass 15 Prozent des abgebauten Bauxits nach Deutschland exportiert werden. Geboten ist damit auch die Einhaltung internationaler Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards.

Davon ist vor Ort jedoch nichts zu merken. Darüber hat die Menschenrechtsorganisation Fian die Bundesregierung seit 2021 wiederholt informiert und Konsequenzen gefordert. Die Mine verseucht die Gewässer mit dem Bauxitschlamm und baggert Agrarland ab. Betroffen sind 20 Dörfer, deren Bewohner zum Teil auf eine Abraumhalde umgesiedelt wurden.

Teure Rückverstromung

In diesem Zusammenhang lohnt der Blick auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Energiespeichersysteme. „Grüner“ Strom soll gemäß der 2022 beschlossenen „Nationalen Wasserstoffstrategie“ außerhalb Deutschlands „in großem Umfang in Regionen mit hohen Solar- und Windressourcen“ erzeugt werden. Gemeint sind Länder in Afrika und Lateinamerika, mit denen Deutschland sogenannte Wasser-



Der rücksichtslose Bauxit-Abbau für grüne, alternative Energien führt in Guinea zu schrecklicher Hungersnot und Verwüstung

UMWELTZERSTÖRUNG

Energiewende verwüstet Guineas Landschaften

Öko-Kolonialismus pur: Rücksichtsloser Rohstoff-Raubbau auf dem Rücken der Ärmsten der Armen, die nun auf Abraumhalden vegetieren müssen

stoffabkommen geschlossen hat. Der Transport von Wasserstoff aus Wind- und Solarstrom kann aber nur bei sehr niedrigen Temperaturen (-253° C) oder hohen Drücken (>300bar) erfolgen, beides sehr energieintensive Prozesse, die zu hohen Verlusten führen. Für den Seetransport kommt Ammoniak aus Wasserstoff in Frage. Die Grundchemikalie Ammoniak kann als „CO₂-neutraler“ Kraftstoff, Kältemittel und Energiespeicher eingesetzt werden. Eine bedarfsgerechte Rückverstromung wäre machbar, aber teuer, da Herstellung, Lagerung und Transport von Ammoniak hohe Sicherheitsvorkehrungen erfordern. Seit einigen Jahren wird daher nach einem geeigneten Metall als kohlenstofffreier chemischer Energiespeicher geforscht. Neuerdings richten sich die Hoffnungen auf Aluminium als Speicher- und Trägermedium für angeblich „klimaneutrale“ Energie aus „erneuerbaren“ Quellen.

Ähnlich wie vor Jahrhunderten nach dem „Stein der Weisen“ als Allheilmittel

gesucht wurde, gilt heute ein sogenannter „Clean Circle“ als Ideal. Gemeint ist ein „innovativer Energie-Stoff-Kreislauf als zentraler Baustein der Energiewende“. So könnte es aussehen: Elektrischer Strom aus „erneuerbaren“ Quellen wird direkt chemisch in ein Metall mit hoher Energiedichte eingespeichert und somit lager- und transportfähig gemacht. An der TU Darmstadt wurde über Eisen als CO₂-freier Energieträger geforscht. Darauf aufbauend gilt derzeit Aluminium aufgrund seiner chemischen Eigenschaften und hohen Energiedichte als ausgezeichnet geeignet, „erneuerbare“ Energie zu speichern, lagern und zu transportieren.

Aluminium als Batterie

Damit beschäftigen sich Wissenschaftler des Projekts A-STEAM an der TU Darmstadt. Das Projekt wird über einen Zeitraum von fünf Jahren mit 2,5 Millionen Euro vom European Research Council – ERC gefördert. Die Forscher möchten sich die hohe Speicherkapazität von Alu-

minium für ein „innovatives Verfahren zur Dekarbonisierung der Industrie“ zunutzen machen. Die Aufladung mit „grünem“ Strom erfolgt durch chemische Reduktion bei hohen Temperaturen. Dabei wird Aluminiumoxid zu Aluminium reduziert. In großen Mengen gespeichert, soll das Metall als CO₂-freier Energieträger und -speicher nutzbar gemacht werden, um Industriebetriebe vor Ort nach Bedarf mit Wasserstoff zu versorgen. Als sekundärer Energieträger ist Aluminium an ein System mit Lade- und Entladevorgang gebunden und kann wie eine Batterie eingesetzt werden.

Sollte es bei dieser Forschung zum Durchbruch kommen, dürfte das unbeabsichtigte Auswirkungen nach sich ziehen. Ein Run auf die globalen Bauxitlagerstätten könnte ausgelöst werden sowie ein Ansturm internationaler Investoren auf Drittweltländer, um in „Regionen mit hohen Solar- und Windressourcen“ größtmöglichen Profit mit „erneuerbarer“ Energie zu erwirtschaften.

BÜROKRATIE

Brüssels Regulierungswut ufert aus

Selbst den Berliner Regierungsbürokraten wird es langsam zu viel

Bereits im März 2023 kündigte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, die Berichtspflichten in der EU um ein Viertel zu reduzieren. Bislang wuchert die EU-Bürokratie allerdings ungebremst weiter. Immer mehr Unternehmen werden dazu verpflichtet, Auskunft zu geben, wie sie für ökologische und soziale Nachhaltigkeit sorgen. Die Palette der unsinnigen EU-Vorgaben reicht dabei von der Taxonomie-Verordnung über die Lieferkettenrichtlinie und Sustainable-Finance-Offenlegungsverordnung bis hin zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten. Letztere sollte bereits Ende Dezember 2024 bei Großunternehmen angewendet werden, die Waren wie Palmöl, Soja, Kautschuk, Rindfleisch, Kakao und Kaffee auf den Markt bringen.

Nach massiver Kritik aus einigen EU-Staaten hat die EU-Kommission in einem ungewöhnlichen Schritt den Start der Verordnung zunächst um ein Jahr verschoben. Widerstand gegen diese kommt von Waldbesitzern, Landwirten und Unternehmen, die von einem „Bürokratiemonster“ sprechen. Aus Sicht des Europaabgeordneten Peter Liese (CDU) hätte das geplante Inkrafttreten der Verordnung zum Jahresbeginn „ein unverantwortliches Chaos“ bewirkt: „Viele Voraussetzungen zur Anwendung sind nicht klar und viele Drittstaaten beklagen sich zurecht.“

Berichtspflicht ohne Mehrwert

Im Fall der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen (CSRD) hat sich die Bundesregierung ver-

gebens bemüht, eine Verschiebung zu erreichen. Die Richtlinie verpflichtet Unternehmen dazu, detailliert zu berichten, ob sie umwelt- und sozialpolitische Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, reicht der Fragenkatalog von Angaben zur Luft- und Wasserverschmutzung und zum CO₂-Ausstoß bis hin zur sozialen Inklusion und den Rechten indigener Völker.

Berichtspflichtig waren bislang nur Großunternehmen, seit Jahresbeginn erwartet die EU auch von mittelgroßen Firmen Auskunft. Schätzungen des Bundesjustizministeriums zufolge sind in Deutschland seit Januar etwa 14.600 Unternehmen berichtspflichtig. Betroffene Betriebe sind allerdings oft verunsichert. Die Bundesregierung hat es nämlich nicht geschafft, die Vorgaben der EU rechtzeitig

in nationales Recht umzusetzen. Die Ampel hätte bereits bis zum Sommer 2024 die EU-Richtlinie auf nationaler Ebene umsetzen müssen.

Zum Jahreswechsel hatte Bundeskanzler Scholz in einem Brief an Kommissionspräsidentin von der Leyen noch versucht, eine Verschiebung der Berichtspflicht um zwei Jahre zu erreichen. Scholz argumentierte dabei, dass der Mehrwert der Berichtspflicht „in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand“ stehe. Tatsächlich schätzt das Bundesjustizministerium die Kosten durch die Erweiterung der Berichtspflicht für mittelgroße Firmen auf bis zu 1,6 Milliarden Euro. Das im Frühjahr 2024 noch von der Ampel-Koalition beschlossenen Entlastungspaket für Unternehmen hatte lediglich einen Umfang von rund drei Milliarden Euro. H.M.

MELDUNGEN

Ukrainer sind gesucht

Kiew/Warschau – Die Abwanderung von Millionen Ukrainern ins Ausland und die Mobilisierungskampagnen des Militärs haben massive Auswirkungen auf den ukrainischen Arbeitsmarkt. Unter Berufung auf eine Schätzung des Wirtschaftsministeriums gibt das Vermittlungsportal „Work UA“ die Zahl fehlender Arbeitnehmer in der Ukraine mit fünf Millionen Menschen an. Stark profitiert vom Zustrom ukrainischer Arbeitskräfte hat Polen. Dort sind 65 Prozent der ins Land gekommenen Ukrainer erwerbstätig. Viele arbeiten in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Gastronomie und im Dienstleistungssektor. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters ist ein Teil des wirtschaftlichen Erfolgs Polens und anderer osteuropäischer Länder auf den Zustrom von Ukrainern zurückzuführen. Eine Rückkehr dieser Arbeitskräfte in ihre Heimat könnte laut dem Bericht die angespannten Lage auf dem polnischen Arbeitsmarkt verschärfen. H.M.

Chinesen wollen VW-Werke

Wolfsburg – Wie die internationale Nachrichtenagentur Reuters mit Sitz in London berichtet, zeigen chinesische Investoren Interesse an einer Übernahme deutscher Standorte des Volkswagenkonzerns, welche vor der Schließung stehen. Konkret soll es dabei um die Gläserne Manufaktur in Dresden zur Produktion des vollelektrischen VW ID.3 und das VW-Werk in Osnabrück gehen, wo derzeit noch das T-Roc-Cabriolet vom Band rollt. Die Kaufabsichten resultieren wohl aus dem Bestreben, vor dem Hintergrund der EU-Strafzölle auf chinesische E-Autos über Standbeine innerhalb der Europäischen Union zu verfügen. Laut Reuters stoßen die Anfragen bei VW auf offene Ohren, weil der Verkauf der beiden Werke bis zu 300 Millionen Euro einbringen könnte. Allerdings wäre das Bundeswirtschaftsministerium in der Lage, den Verkauf mit Hinweis auf die Außenwirtschaftsverordnung zu untersagen. W.K.

Danzigs Hafen boomt

Danzig – Innerhalb eines Jahrzehnts hat Polen alle EU-Länder in Bezug auf den Güterumschlag in der Ostsee überholt. Wie das Wirtschaftsblatt „Puls Biznesu“ berichtet, haben die polnischen Häfen bis zum EU-Beitritt im Jahr 2004 im internationalen Handel nur eine unbedeutende Rolle gespielt. Deren Umschlag war seinerzeit geringer als jener der lettischen Häfen. Im Jahr 2010 haben die polnischen Ostseehäfen dann Deutschland beim Umschlag in der Ostsee überholt, 2019 Schweden, 2021 Dänemark, 2022 Finnland und 2023 die drei baltischen Länder. Im Zuge dieser Entwicklung ist Danzig zu einem der größten Häfen der EU aufgestiegen. Beim Umschlagsvolumen lag der Danziger Hafen im Jahr 2008 in der EU auf Platz 64, im Jahr 2023 bereits auf Platz 7. Im Ostseeraum ist Danzig laut „Puls Biznesu“ mittlerweile der wichtigste EU-Hafen und insgesamt der zweitgrößte nach dem russischen Hafen Ust-Luga. H.M.

KOMMENTARE

Männerfeindlichkeit ist Teil der Grünen-DNA

HERMANN MÜLLER

Wer sich als Mann mit dem Gedanken trägt, Mitglied der Grünen zu werden, sollte sich das gut überlegen. Die Grünen machen immer wieder deutlich, dass sie sich als feministische Partei verstehen. Und dies kann bis zur offenen Männerfeindlichkeit gehen.

Erst zum Jahreswechsel hatte Jette Nietzard, die Sprecherin der Grünen Jugend, mit einem bizarren Social-Media-Post über weggesprengte Männerhände für bundesweite Aufmerksamkeit gesorgt: „Männer, die ihre Hand beim Böllern verlieren, können zumindest keine Frauen mehr schlagen.“

Mitte Januar twitterte die Jung-Grüne unter dem Schlagwort #Bundesliga auf der Plattform „X“ dann: „Der Staat sollte nicht auf den Kosten sitzen bleiben, nur weil Männer beim Fußball gucken zu hysterisch sind.“

Kürzlich präsentierte die Nachwuchspolitikerin erneut seltsame Ansichten. Im Zusammenhang mit Belästigungsvorwürfen gegen den Grünen-Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar argumentierte die 26-Jährige, eine Unschuldsvermutung gelte nur vor Gericht, aber nicht in einer Partei: „Es gilt als feministische Partei, Betroffenen zu glauben.“ Die Grüne-Jugend-Chefin hatte damit die Unschuldsvermutung als einen der Grundpfeiler des Rechtsstaates infrage gestellt. Zu einer Partei, die sich auch als Bürgerrechtspartei sieht, passt dies nicht.

Tatsächlich handelte sich die Sprecherin der Grünen Jugend sogar Kritik aus der eigenen Partei ein. Die Grünen-Bundesvorsitzende Franziska Brantner erklärte: „Wir sehen es anders und handeln entsprechend.“ Entgangen ist der Grünen-Chefin dabei womöglich die Realität in ihrer Partei. Im „Fürsorgekonzept für die Prävention von und den Umgang mit sexualisierter Gewalt“ der bayerischen Grünen heißt es etwa: Betroffenen könnten sich „im Vertrauen darauf, dass ihnen geglaubt wird“, bei der Ombudsstelle melden: „Über Maßnahmen und Schritte im Interventionsprozess wird mit der Haltung ‚im Zweifel für die Betroffenen‘ entschieden.“

Auch andere Ombudsstellen der Grünen, etwa in Nordrhein-Westfalen,

Thüringen oder Hamburg, arbeitet nach dem Prinzip der „Betroffengerechtigkeit“. Dafür mag es gute Gründe geben, aber Missbrauch ist so vorprogrammiert. Insofern können „Menschen unter Verdacht“ nicht unbedingt bei den Grünen auf eine Aufklärung nach rechtsstaatlichen Standards hoffen.

Und dies vor dem Hintergrund eines besonders dunklen Kapitels der Grünen: Die Partei war bis in die 1980er Jahre Tummelplatz für die Agitation von Pädophilen. Der besonders betroffene Berliner Landesverband räumte 2015 ein, dass man dazu beigetragen habe, ein gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem sich pädophile Täter erfolgreich als Opfer gesellschaftlicher Diskriminierung darstellen konnten, während man gegenüber den wirklichen Opfern blind war.

Männer wurden wegretuschiert

Der Berliner Grünen-Politiker Stefan Gelbhaar wurde politisch kaltgestellt, nachdem gegen ihn frei erfundene Vorwürfe erhoben wurden, er habe Frauen sexuell belästigt. Bei dem Tempo, mit dem Gelbhaar abserviert wurde, dürfte das schlechte Gewissen durch das frühere Versagen der Grünen gegenüber Pädokrinnen kaum eine Rolle gespielt haben. Wohl aber ein kultiviertes Selbstverständnis der Grünen. Die Partei wirbt selbst damit, dass Feminismus „ein Teil der grünen DNA“ sei. Robert Habeck bekannte vor wenigen Jahren ganz offen: „Ich bin Feminist.“ Auch Familienministerin Lisa Paus bezeichnete sich bei ihrem Amtsantritt 2022 als „klare Feministin“. Ein Jahr später erklärte sie einem Interview: „Wir leben nach wie vor im Patriarchat.“

Nach eigenem Selbstverständnis betreibt Annalena Baerbock eine „feministische Außenpolitik“. Für viele Grünen-Politiker ist die Gender-Sprache so selbstverständlich wie das Frauenstatut, das sicherstellt, dass Gremien und Wahllisten mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Bei einem Kreisverband der Berliner Grünen ging das feministische Denken im Jahr 2021 sogar so weit, dass männliche Kandidaten aus einem Gruppenfoto herausretuschiert wurden, um die Bedeutung der weiblichen Kandidaten hervorzuheben.



So ticken Linke: Wer nicht links ist, ist Nazi, Rassist oder kein Demokrat

Bild: picture alliance/BeckerBredel/BeckerBredel

LEITARTIKEL

Linkes Exklusivrecht: Hetze

JENS EICHLER

Sollte er es tatsächlich endlich kapiert haben? Hat's beim Unionskanzlerkandidaten Friedrich Merz endlich Klick im Kopf gemacht? Mit seinen konkreten Vorschlägen im Kampf gegen illegale Asylsucher und gegen die Flut an Ausländern, die sich in Deutschland illegal aufhalten, hat er auf alle Fälle den richtigen Nerv getroffen. Im Lager der bürgerlichen Mitte den Nerv der Erlösung und Hoffnung auf Besserung. Im grünen, linken Lager hingegen den Zentralnerv, der grundsätzlich gegen alles ist, was Migration stoppen oder zumindest begrenzen könnte. Auch wenn man scheinheilig gern mit im Chor derjenigen singt, wenn durch Asylmissbrauch hervorgerufene Missstände beklagt werden. Ja, dann gibt man sich links und in der grünen „Woke“-Blase gern als Versteher. Wird es aber konkret und es liegen Lösungen auf dem Tisch, dann ist es mit dem Pseudo-Verständnis sofort vorbei.

Dann regiert das, was ebenso von linker, grüner Seite immer wie eine Stereotype beklagt wird und wofür sie vornehm-

lich Menschen anprangert, die dem bürgerlich konservativen Politlager nahestehen: nämlich Hass und Hetze!

Gefühlt die Unwörter des Jahres. Alles, was Linken und Grünen nicht ins ideologische Konzept passt, wird von ihnen im hemmungslosen Rundumschlag als Hass und Hetze diffamiert. Und kaum ist das geschehen, macht man sich in der Regel auf, dann aber mal so richtig die Hasskeule zu schwingen. Getreu alter Nazi-Parole heißt es dann: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Fast schon amüsant, wie man sich links rechter Slogans bedient. Wer gegen links ist, der kann demnach nur eins sein: ein Nazi.

Und so wird jeder Konservative, folglich jeder Nicht-Grüne und jeder Nicht-Linke als ein solcher verunglimpft und bepöbelt. Also als jemand, der sechs Millionen Juden vergast hat, ein blutrünstiger Menschenschinder ist und die Welt in den Abgrund stürzt ... Kann es eine üblere Beleidigung geben? Wohl kaum!

Doch an Gift kann man sich peu à peu gewöhnen. Und somit hat sich die Nazi-keule über die Zeit hinweg mehr und mehr abgenutzt. Es ist ein stumpfes

Schwert geworden. Demnach musste eine neue Beleidigung gefunden werden. Der neueste Renner in Sachen linker Hass und Hetze ist die Aberkennung der demokratischen Legitimation oder man droht damit, dass der Beleidigte eben diese Demokratie akut in Existenznot bringe.

Allen voran die Führungsspitzen der Grünen und der SPD sehen die demokratische Ordnung nun durch Merz bedroht. Natürlich, denn wer billigend in Kauf nimmt, dass die AfD den Anträgen zustimmt, der muss selbstverständlich ein Nazi sein, der die Demokratie abschaffen will (Achtung, Sarkasmus!). Selbstredend.

Aber ist es nicht genau andersrum? Denn mit den besagten Anträgen tragen Merz und die Union erheblich zur demokratischen Normalität bei, indem man wahre Probleme angeht, konkrete Lösungen anbietet, diese zur Abstimmung ins Parlament einbringt und so der bürgerlich-konservativen Mitte endlich die Mehrheitsstimme des Volkes zurückgibt. Nur eines wäre diesmal anders: Das Ergebnis würde nicht dem links-grünen Glaubensbild entsprechen. Und genau das darf ihrer Meinung nach nicht sein.

PORTRÄT

„Little Marco“

Mit feministischer Außenpolitik braucht man Marco Rubio nicht zu kommen. Der Kelch Annalena Baerbock dürfte an dem neuen US-Außenminister spätestens nach der Bundestagswahl vorübergegangen sein. Dann müsste er sich mit einem möglichen deutschen Vizekanzler und Amtskollegen namens Boris Pistorius um Ukrainehilfen streiten, was auch nicht gerade nach einer Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehung schreit. Zu unterschiedlich sind da die Meinungen.

Der 53-jährige Rubio, der von allen Trump-Ministern der am wenigsten umstrittene ist und der vom US-Senat einstimmig zum Außenminister ernannt wurde, wird in seiner Amtszeit sein Augenmerk ohnehin auf andere Regionen dieser Welt richten. Nach China etwa, dessen Expansionspolitik er bereits als Senator stark kritisiert hat, oder die südlichen Nachbarn der USA. Wie Trump will er die Einwanderung bekämpfen.

Dabei ist Rubio selbst ein Einwandererkind und der erste Latino in der Spitze des US-Außenministeriums. Seine Eltern immigrierten bereits 1956 aus Kuba in die Vereinigten Staaten. Da Fidel Castro erst 1959 die Macht übernahm, gelten sie nicht als Flüchtlinge. Genau diesen Menschen will die Trump-Regierung nun die dauerhafte Einreise verwehren.

Im häufig laut polternden Trump-Lager gilt Rubio als Mann der gemäßigten

Töne. Als Anwalt mit zuletzt eigener Kanzlei in Florida ist er an diplomatisches Auftreten gewöhnt, was ihm auf internationalem Parkett nutzen kann.

Rubios Ernennung zum Secretary of State zeigt im Übrigen, dass Trump nicht so rachelüstern ist, wie ihm häufig nachgesagt wird. Denn 2016 trat Rubio – erfolglos – als Präsidentschaftskandidat der Republikaner gegen Trump an, wobei sie sich gegenseitig nichts schenken. Trump bezeichnete den Kontrahenten dabei respektlos als „little Marco“ (kleiner Marco) – Scholzens „Fritze Merz“ lässt grüßen.

Inzwischen haben sich die früheren Streithähne versöhnt, und Rubio dankt es mit einer seiner ersten Amtshandlungen: dem vorläufigen Stopp eines großen Teils der 72 Milliarden US-Dollar umfassenden Auslandshilfen. Damit stehen Entwicklungsgelder auf dem Prüfstand, die sonst verschwendet würden. Das sollte sich mal eine Bundesregierung erlauben. H. Tews



US-Außenminister Marco Rubio

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Apostel der Pommern

Ein Missionar, der Prügel einstecken musste – Ausstellung über den heiligen Otto in seiner Bischofsstadt Bamberg

VON VEIT-MARIO THIEDE

Im Jahr 1124 brach der alte Bamberger Bischof Otto (um 1060–1139) zur gefährlichen Missionsreise nach Pommern auf. Im März 1125 kehrte er wohlbehalten zurück. Das 900. Jubiläum dieser Reise nimmt das Bamberger Diözesanmuseum zum Anlass, uns den 1189 heiliggesprochenen Bischof Otto anhand von 200 Urkunden, liturgischen Geräten, Reliquien und Kunstwerken vorzustellen. Die Schau heißt: „2 x Pommern und zurück.“

Das meiste, was über den heiligen Bischof bekannt ist, entstammt vier Lebensbeschreibungen, die bald nach seinem Tod verfasst wurden. Den vermutlich einer Adelsfamilie von der schwäbischen Alb entstammenden Otto bestimmte Kaiser Heinrich IV. 1097 zum Bauleiter des Doms zu Speyer. Dessen heutiges Aussehen geht auf Otto zurück.

Anno 1102 ernannte ihn Heinrich IV. zum Bischof von Bamberg. Solche Einsetzungen von Herrscherseite waren zwar üblich, aber gegen die Spielregeln. Doch Papst Paschalis II. war nachsichtig und spendete Otto die erhentete Bischofsweihe. Aber dass Laien Bischöfe ernennen, statt sie vom Domkapitel wählen zu lassen, wollten die Päpste nicht länger durchgehen lassen. So kam es zum Investiturstreit. An dessen Beilegung durch das Wormser Konkordat 1122 wirkte Otto mit. Fortan stand dem Herrscher nur die Belehnung der Bischöfe und Reichsäbte sowie bei unentschiedenem Wahlausgang die entscheidende Stimme zu.

Zum Apostel der Pommern berief ihn der polnische Herzog Boleslaw III. Schiefmund. Der hatte Herzog Wratisslaw I. von Pommern unterworfen und sich von ihm versprechen lassen, für die Christianisierung seines heidnischen Volkes zu sorgen. Otto zog mit seinen Geistlichen zunächst an den Hof von Boleslaw, der ihn mit Proviant, Geld und 60 Mann Geleitschutz ausstattete. Dann reiste er weiter zu Wratisslaw, um östlich der Oder zu missionieren. Aus den Lebensbeschreibungen geht hervor, dass Otto zwar Prügel einstecken



Von einem unbekanntem Meister: „Der hl. Otto erteilt mit seinen Priestern den Bewohnern Camins die hl. Taufe“ (1627/28, Detail)

musste, aber nicht den von ihm erhofften Märtyrertod erlitt.

Otto und seine Geistlichen wollten die heidnischen Slawen mit Geschenken und guten Worten bekehren. Aber die Stettiner und nach ihnen die Bevölkerung der anderen Landesteile traten erst zum Christentum über, nachdem ihnen der polnische Herzog Gewalt angedroht hatte. Seine zweite Missionsreise trat Otto 1128 auf Wunsch Herzog Wratisslavs an, der die westlich der Oder siedelnden Lutizen unterworfen hatte. Diese versammelten sich auf Usedom und beschlossen in Anwesenheit von Otto und Wratisslaw, zum christlichen Glauben überzutreten.

Von Bischof Ottos Missionierungserfolg künden in der Sonderausstellung des Diözesanmuseums unscheinbar kleine, aber beweiskräftige Anhänger in Kreuzform aus dem 12. Jahrhundert, die bei

Ausgrabungen zu Tage kamen. Prominentestes Stück aber ist einer der frühesten erhaltenen Abendmahlskelche Pommerns. Dieser im 14. Jahrhundert geschaffene Kelch aus Naugard ist mit den Lettern „OTTO“ versehen. Der verweise laut Ausstellungstext einerseits auf Bischof Otto von Bamberg und andererseits auf die Grafen von Eberstein, die ihren Söhnen gern den Namen des Pommernapostels gaben.

„Ottowein“ für die Gläubigen

Otto selbst werden seit Jahrhunderten einige in Bamberg gehütete Objekte zugeschrieben. Sie sind allerdings zu jung, um tatsächlich aus seinem Besitz stammen zu können. Zu ihnen gehört die aus vergoldetem Kupfer angefertigte Krümme des sogenannten Stabs des heiligen Otto (erste Hälfte 13. Jahrhundert). Sie stellt ein Un-

geheuer dar, dessen bogenförmig gekrümmter langer Hals Maria und den Engel der Verkündigung umschließt. Merkwürdigstes Exponat ist der sogenannte Unterkiefer des heiligen Otto. Der zahnlose Knochen weist eine goldene Halterung auf und ist mit Edelsteinen geschmückt. Früher war es Brauch, diese Reliquie in Wein zu tauchen, der sodann als heilkräftiger „Ottowein“ an die Gläubigen ausgegeben wurde.

Über Ottos Missionsreisen erzählen drei von einem namentlich nicht bekannten Künstler 1627/28 auf Holztafeln gemalte Bilder. Die Hauptszene eines der Bilder zeigt heidnische Priester, die Otto nach dem Leben trachten, aber von Gott mit der Erstarrung ihrer Glieder bestraft werden. Das nächste trägt die Unterschrift: „Der hl. Otto erteilt mit seinen Priestern den Bewohnern Camins die hl.

Taufe“. Das letzte Bild bezieht sich auf die zweite Missionsreise: Eine Gesandtschaft Kaiser Lothars ruft Bischof Otto nach Deutschland zurück.

Die drei Tafeln gehören zu einem 28 Bilder umfassenden Otto-Zyklus aus der Kirche des ehemaligen Klosters auf dem Bamberger Michelsberg. In der Krypta der Kirche befindet sich das Hochgrab des heiligen Otto. Seit zwölf Jahren ist die Kirche geschlossen, weil Putz von der Decke gefallen war, was man als Indiz für Einsturzgefahr bewertete. Inzwischen läuft die Generalinstandsetzung der Kirche und der Klostergebäude. Die Wiedereröffnung ist für 2026 vorgesehen.

An der Michaelskirche, dem Dom und weiteren Kirchen Bambergs hat Bischof Otto mitgebaut. Auf ihn gehen die Türme von St. Gangolf zurück. St. Jakob ließ er vollenden. Die Weihe nahm er 1109 vor. Weit jünger ist die „Ottokirche“. Ihre Weihe erfolgte 1914. Vor dieser Kirche steht überlebensgroß der in Stein gehauene Bischof Otto, der uns mit beiden Händen ein Kreuz entgegenhält. Auf dem am Fuße des Dombergs gelegenen Ottoplatz steht eine weitere steinerne Skulptur des heiligen Bischofs. Der von Adam Christ und Philipp Dorsch um 1881 geschaffene Otto rekt ein Kruzifix in die Höhe.

Über dem nördlichen Portal des ehemaligen Klosters auf dem Michelsberg steht die 1743 vom Bildhauer Johann Peter Benkert geschaffene Figur Ottos. Frisch vergoldet blinken seine Insignien: das Metropolitankreuz und der Bischofsstab. Wie das in Bronze gegossene heilige Kaiserpaar Heinrich und Kunigunde gehört Otto zum Figurenschmuck des 1880 eingeweihten Maximiliansbrunnens. Der Entwurf stammt vom renommierten Bildhauer Ferdinand von Miller. Der hielt auf historische Treue, wie man am Gewandmuster des heiligen Bischofs und der Krümme sieht, die diejenige des „Stabs“ des heiligen Otto nachahmt.

● Bis 20. Mai im Diözesanmuseum Bamberg, Domplatz 5, geöffnet täglich außer mittwochs, Eintritt: 7 Euro
www.dioezesanmuseum-bamberg.de

ARCHÄOLOGIE

Ein Stück Babylon an der Spree

Entdecker des Ishtar-Tors – Vor 100 Jahren starb der in preußischen Diensten wirkende Robert Koldewey

Das babylonische Ishtar-Tor mit seinen farbig glasierten Ziegeln gilt als Hauptattraktion des Berliner Pergamonmuseums. Besichtigt werden kann es indes nicht, da das Museum seit 2023 wegen einer langwierigen Sanierung geschlossen ist. Eine Wiedereröffnung ist erst in zwölf Jahren geplant. So ist es bedauerlich, dass man das Tor zum 100. Todestag jenes Archäologen nicht bestaunen kann, der dafür sorgte, dass diese monumentale Sehenswürdigkeit den weiten Weg von Mesopotamien nach Deutschland machte.

Der im Auftrag der Königlich Preussischen Museen zu Berlin nach Babylon entsandte Robert Koldewey entdeckte 1897 als erster die glasierten Ziegel, die er als Teil des Ishtar-Tors der babylonischen Stadtmauer identifizierte und die später nach seinem Tod am 4. Februar 1925 in Berlin wieder zusammengesetzt wurden. Der aus dem Harz-Ort Blankenburg stammende Forscher entwickelte die moderne Aus-

grabungstechnik und zusammen mit Wilhelm Dörpfeld auch die archäologische Bauforschung der Neuzeit.

Als Mitglied eines amerikanischen Expeditionsteams in Assos gab Koldewey 1882/83 seinen Einstand in Troja als Ausgräber. Im Auftrag des Deutschen Archäologischen Instituts führte er anschließend selbstständige Grabungen auf der Insel Lesbos durch. 1887 kam er erstmals nach Mesopotamien. Koldewey buddelte in Surghul, Nina, al Hiba und Lagasch archäologische Schätze aus, ehe er nach Kleinasien wechselte, wo er zwischen Assos und Troja die sogenannten äolischen Kapelle fand. Anschließend untersuchte er in der Südtürkei die späthellenistische Stadt Schamal (Zincirli) und in Süditalien griechische Tempel.

Nach einem Zwischenspiel als Lehrer an der Görlitzer Baugewerbeschule trieb es ihn wieder nach Mesopotamien. Jetzt war Babylon an der Reihe. Zwischen 1898

und 1917 gelangen ihm jene Entdeckungen, die ihm Weltruhm eintrugen. Er fand



Von Koldewey entdeckt: Ishtar-Tor im bis 2037 geschlossenen Pergamonmuseum

die Prozessionsstraße von Babylon, die Paläste Nebukadnezars und den legendären Turm zu Babel. Als die Engländer 1917 im Ersten Weltkrieg Bagdad eroberten, mussten die deutschen Ausgräber ihre Arbeit einstellen.

Koldewey's Vorstellungen zur Präsentation in der Öffentlichkeit konnten erst nach seinem Tod von seinem Schüler Walter Andrae als Direktor des neugegründeten Vorderasiatischen Museums realisiert werden. Vertraglich mit dem damaligen Königreich Irak geregelt, wurden die von Koldewey gesammelten Schätze in Hunderten von Kisten von Basra nach Hamburg verschifft und von dort weiter nach Berlin verfrachtet. So entstand im Pergamonmuseum auf der Berliner Museumsinsel die rekonstruierte Prozessionsstraße von Babylon mit dem Ishtar-Tor. Heute erinnert noch die Koldewey-Gesellschaft an den großen Schliemann-Nachfolger.
H. Tews/M. Stolzenau

● MELDUNGEN

Mäzen schenkt Kunstbücher

Berlin – Der in Berlin und Italien lebende Kunstsammler und Mäzen Egidio Marzona hat die Kunstbibliothek am Kulturforum mit einer bedeutenden Schenkung bedacht. Es handelt sich um 22 Werke von Konzeptkünstlern aus den 1960ern Jahren, die überaus selten sind und in nur wenigen Exemplaren gedruckt wurden. Sie sind in öffentlichen Bibliotheken nicht zu finden und in Kunstsammlungen selten vertreten. Dazu zählen etwa das erste Buch von Carl Andre, „First Five Poems“ von 1959, das heute eigentlich unauffindbare erste Buch von Bruce Nauman, „Pictures of Sculpture in a Room“ von 1965/66, das von dem Künstler als ein eigenständiges Kunstwerk in seinem Werkverzeichnis geführt wird, und der erste Ausstellungskatalog von Lawrence Weiner, der so selten ist, dass er nicht einmal im Besitz des Künstlers selbst ist. tws

GROSSE HALLIGFLUT

Tagung zur
Katastrophe

In diesen Tagen finden mancherorts entlang der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Nordseeküste Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Flutkatastrophe vom 2. bis 5. Februar 1825 statt, die schwerste des 19. Jahrhunderts. In Leer (Ostfriesland) veranstalten die Ostfriesische Landschaft und die Deichverbände aus diesem Anlass am 5. Februar von 10 bis 15 Uhr im Sparkassenforum Leer, Bürgermeister-Ehrlichholz-Straße 14, die Tagung „Die Sturmflut 1825 – Eine Naturkatastrophe vor 200 Jahren und ihre Bedeutung für den Küstenschutz in Ostfriesland in der Gegenwart“.

Von der verheerenden Naturkatastrophe vor 200 Jahren war die gesamte deutsche und die niederländische Nordseeküste betroffen, die dänische Küste bis Ripen (Ribe) in Jütland sowie das Einzugsgebiet der unteren Weser und der Niederelbe. Die Februarsturmflut von 1825 ging in die Annalen Nordfrieslands als „Große Halligflut“ ein. Allein auf den Halligen im nordfriesischen Wattenmeer ertranken 80 Bewohner der Warften. Mehrere Halligen wurden ganz oder teilweise weggespült. Zwischen den Niederlanden und Nordfriesland starben mehr als 800 Menschen während der Sturmflut. Die Sachschäden waren immens. Nach den stürmischen und regenreichen Herbstmonaten waren die Deiche durchweicht und brachen an verschiedenen Stellen. Nur dort, wo die Deiche instandgehalten waren, hielten sich die Schäden in Grenzen. „Land unter“ auf den Inseln und in den Festlandsmarschen bedeutete für Tausende den Verlust ihres Hauses. Auf den Inseln waren die Dünenverluste erheblich. Viele Bauern gaben in den Folgejahren ihre Höfe auf, weil ihre mit Salzwasser durchtränkten Äcker unfruchtbar geworden waren.

„Niemand seit Menschengedenken ist hier eine ähnlich hohe Fluth gewesen“, heißt es in einer Chronik. Entlang der Nordseeküste wurden die bis dahin höchsten Pegelstände gemessen. In der Kirche von Klinksbüll bei Niebüll im Kreis Nordfriesland stieg die Flut auf 4,34 Meter über Normalnull (NN), vier Zentimeter höher als bei der „Zweiten Groten Mandränke“ am 11. Oktober 1634. Der Wert wurde erst am 16./17. Februar 1962 übertroffen, als das Wasser der Niederelbe bis auf 5,70 Meter über NN auflief.

Am Abend des 2. Februar hatte der Sturmwind aus Nordwest an Intensität zugelegt. Ausgelöst durch den Vollmond hatte zuvor eine Springflut einen außergewöhnlich hohen Flutwasserstand bewirkt, der sich bei Ebbe nur wenig absenkte. Die Flutwelle brach um Mitternacht vom 2. auf den 3. Februar 1825 mit unerwarteter Heftigkeit über die Inselwelt und die Festlandsküsten herein. Glockengeläut und Alarmschüsse gingen im gewaltigen Lärm der Elemente unter. Die Menschen wurden im Schlaf überrascht. Der Heimatforscher Benno Eide Siebs wies in seinem Bericht „Februarsturmflut 1825“ auf einen „ungeheuer hohen Wellenschlag“ während des Anstiegs der Flut hin. Der Sturm flaute erst am 4. Februar ab. *Dagmar Jestrzemska*

● Nähere Informationen zur Tagung „Die Sturmflut 1825 – Eine Naturkatastrophe vor 200 Jahren und ihre Bedeutung für den Küstenschutz in Ostfriesland in der Gegenwart“:
www.ostfriesland.hypothesen.org/4976



Vor 80 Jahren auf der Konferenz von Jalta: Franklin D. Roosevelt (M.) mit Winston Churchill (L.) und Josef Stalin

Foto: Grambaba

KONFERENZ VON JALTA

Die Machtpolitik des aktuellen
US-Präsidenten ist kein Traditionsbruch

Direkte Kontinuitätslinie vom Agieren des 32. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, vor acht Jahrzehnten zu den Ambitionen seines jetzigen Nachfolgers

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das der neue US-Präsident Donald Trump bereits vor seinem Amtsantritt territoriale Ansprüche der Vereinigten Staaten gegenüber Grönland, Kanada und Panama anmeldete, stieß auf vielfältige Kritik im In- und Ausland. Dabei war oft von persönlichem Größenwahn des 78-Jährigen oder „purer Lust an der Provokation“ die Rede.

In Wirklichkeit jedoch ist der Wille zur Ausweitung des eigenen Machtbereiches und der Verschiebung bestehender Grenzen ein unveräußerlicher Bestandteil der politischen DNA der Vereinigten Staaten, die ja überhaupt erst durch den rücksichtslosen Einsatz aller vorhandenen Mittel ihre heutige Form erlangt haben.

Vor diesem Hintergrund stand bis 1814 auch die Annexion Kanadas auf der Agenda, zu deren Befürwortern der dritte US-Präsident Thomas Jefferson zählte. Ungeachtet der Monroe-Doktrin, der zufolge Amerika den Amerikanern beziehungsweise den US-Amerikanern gehöre, beschränkten sich die Ambitionen der USA nicht auf den amerikanischen Doppelkontinent. Hierfür gibt es zahllose historische Beispiele, zu denen auch die Jalta-Konferenz vor 80 Jahren gehört.

Vom 4. bis zum 11. Februar 1945 trafen sich die Führer der drei wichtigsten Mitgliedsländer der Anti-Hitler-Koalition, der US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der britische Premierminister Winston Churchill sowie der sowjetische Regierungs- und Parteichef Josef Stalin, im ehemaligen Zaren Schloss Livadija auf der Krim, um bei ihrer zweiten persönlichen

Zusammenkunft mit dem Decknamen „Argonaut“ nicht zuletzt über die Zerstückelung Deutschlands und die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu verhandeln. Von der Wichtigkeit der Neuordnung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen zeugt, dass sich neun der 14 Kapitel des „Protokolls über die Verhandlungen auf der Krim-Konferenz“ hierauf beziehen, und das schon, bevor der Krieg gegen das Dritte Reich und dessen Hauptverbündeten Japan gewonnen war.

Arbeit an Nachkriegsordnung

Bei der Verteilung des Fells des Bären, bevor er erlegt war, wurde geschachert, was das Zeug hielt. Churchill wollte unbedingt den Einfluss des Empire auf dem Balkan und im Mittelmeerraum zumindest sichern, besser noch stärken. Währenddessen trachtete Stalin danach, den sowjetischen Machtbereich möglichst weit nach Westen und Südwesten auszuweiten. Dabei beriefen sich die beiden Kontrahenten auf ihre informelle Einigung bezüglich der Einflusszonen während der Moskauer Konferenz vom Oktober 1944. Dort hatte man sich unter anderem darauf geeinigt, dass Rumänien zu 90 Prozent an die Sowjetunion fällt, während Großbritannien über neun Zehntel Griechenlands gebieten sollte. Im Falle Ungarns und Jugoslawiens war die Aufteilung im Verhältnis 50 zu 50 vorgesehen.

Glaubt man der konventionellen Geschichtsschreibung, trat Roosevelt in Jalta eher als Moderator und Vermittler auf, um die beiden anderen für seine Hauptziele zu gewinnen: die Schaffung der

Grundlagen für eine Weltfriedensorganisation und ein gemeinsamer Krieg gegen Japan. Zur Erreichung des zweiten Ziels drängte Roosevelt Stalin zu der Zusage, trotz des noch bis mindestens 1946 geltenden japanisch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 13. April 1941 baldmöglichst in den Krieg gegen das Kaiserreich einzutreten.

Lüge des US-Präsidenten

Die Entlastung der US-Streitkräfte durch eine sowjetische Invasion in der Mandschurei sollte nicht nur einen schnelleren und weniger verlustreichen Sieg gegen Japan ermöglichen, sondern die Vereinigten Staaten auch in die Lage versetzen, ihre Machtpositionen im gesamten Pazifikraum westlich von Hawaii sowie auf den Philippinen zumindest wiederzuerlangen, wenn nicht gar auszubauen. Und tatsächlich verblieben die US-Truppen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf etlichen strategisch bedeutsamen Inseln Polynesiens und Mikronesiens.

Das war insofern wichtig für die zukünftige Weltgeltung der USA, als so Stützpunkte für Langstreckenbomber wie die Andersen Air Force Base auf Guam eingerichtet werden konnten, die im Kalten Krieg eine ganz entscheidende Rolle spielten. Außerdem dienten die den Japanern entrissenen Südsee-Atolle später als Testgelände für die Erprobung des Kernwaffenarsenals der Vereinigten Staaten. Und auf den Philippinen, die sich von 1942 bis 1945 unter japanischer Besatzung befanden, waren die USA infolge ihres mit sowjetischer Hilfestellung errungenen Sieges im Zweiten Weltkrieg bis 1986 unbestrittene Hegemonialmacht.

Daher hatte Roosevelt gelogen, als er während der Teheran-Konferenz, die der von Jalta vorausgegangen war, zu Churchill gesagt hatte, er wolle Stalin „alles geben“, was er geben könne, und „dafür keine Gegenleistung verlangen“, damit der Kremelherrscher gemeinsam mit ihm „eine Welt der Demokratie und des Friedens“ schaffe. Die in Jalta explizit eingeforderte Gegenleistung für die Erfüllung vieler Wünsche Stalins in Bezug auf Deutschland und Europa war der Einmarsch von drei großen Heeresgruppen der Roten Armee in die Mandschurei ab dem 9. August 1945, der ebenso sehr zur schnellen Kapitulation des Kaiserreiches beitrug wie der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Wenn Roosevelt in Jalta also bereit war, der Aufteilung Deutschlands und dem Raub von dessen Ostgebieten durch die Sowjetunion und Polen zuzustimmen, dann tat er dies keineswegs aus naiver Nachgiebigkeit gegenüber Stalin, wie es vielfach heißt, sondern aus wohl-durchdachtem Kalkül. Und noch ein Punkt wird häufig übersehen: Auf seiner Rückreise in die USA machte der US-Präsident einen Umweg über das Rote Meer, wo er an Bord des Schweren Kreuzers „Quincy“ mit dem saudi-arabischen König Abd al-Aziz ibn Saud zusammentraf und mehrere bilaterale Abkommen schloss, die den Weg für eine dauerhafte amerikanische Militärpräsenz am Persischen Golf ebneten. Insofern existiert eine direkte Kontinuitätslinie von den Forderungen Jeffersons nach einer Annexion Kanadas über Roosevelts Agieren in Jalta und den Tagen danach bis hin zu Trumps aktuellen Ambitionen.

PETER DER GROSSE

„Vater des Vaterlandes“

Vor 300 Jahren starb der erste russische Kaiser – Er gilt als Gründer und Modernisierer des russischen Staates. Seine große Bedeutung für Russland hat bis heute Wirkkraft

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Anlässlich des 300. Todestags Peters des Großen am 8. Februar wird es in Russland zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und TV-Ausstrahlungen geben. „Russland unter Peter dem Großen“ heißt eine diesjährige Vortragsreihe im Moskauer Kreml-Museum, die an Peter I. als Gründer des russischen Imperiums und der neuen Hauptstadt, des prächtigen St. Petersburg, erinnert. Bis zum 1. Februar läuft eine Ausstellung mit dem blumigen Titel „Der Letzte Triumph Peters des Großen. Der Ewigkeit voraus“. Diese Ausstellung bildet den Auftakt zu einem landesweiten Projekt, mit dem an den Todestag des Zaren erinnert wird. Daran nehmen führende russische Museen und Bibliotheken teil, darunter die Ermitage, das Russische Museum und das Historische Museum.

Der TV-Sender „Rossija 1“ und das Online-Kinoportal Okko zeigen zur gleichen Zeit eine Serie des bekannten Regisseurs von Historienfilmen, Sergej Ginsburg. Er hat sich auf die Fahnen geschrieben, Peter so zu zeigen, wie er war, das heißt, als Reformier, der das Land in allen Bereichen entwickelt hat. In einem Moskauer Kulturhaus findet ein Themenabend zum „Vater des Vaterlandes“, wie er schon zu Lebzeiten genannt wurde, statt. Die Besucher können an einem Frage- und Antwortspiel rund um den ersten russischen Kaiser teilnehmen. So wird daran erinnert, dass Peter I. eine reguläre Armee und Flotte aufbaute, die Hauptstadt vom dörflichen Moskau ins glänzende St. Petersburg verlegte, das Land in Kreise und Provinzen einteilte und neue Handelswege eröffnete. Zu seiner Zeit erschien mit „Wedomosti“ (Nachrichten) auch die erste Zeitung im Land.

Ausstellung in Königsberg

Das Museum der Weltmeere beteiligt sich ebenfalls am Gedenktag. Aus einer St. Petersburger Werft erhielt das Museum eine Kopie von Peters Holzboot „Heiliger Nikolai“ in Originalgröße, das zurzeit im Friedrichsburger Tor ausgestellt ist. Im Sommer soll es dann erstmals auf dem Wasser zum Einsatz kommen. Das als „Großvater der Russischen Flotte“ bezeichnete Boot hat eine Länge von etwas mehr als sechs Metern und eine Breite von zwei Metern. Auf einem solchen Boot hatte der junge Peter 1688 seine ersten Lehrstunden im Dorf Ismajlowo bei Moskau erhalten. Den Rumpf des Bootes zierte die Figur des Heiligen Nikolaus, des Schutzpatrons der Seefahrer und der Schifffahrt.

Der junge Zar Peter I. zeigte sich an Handwerk und Technik in Westeuropa äußerst interessiert. Zeitgenossen beschrieben den über zwei Meter Große messenden Mann als außergewöhnlichen Menschen, einerseits wegen seiner Energie und Direktheit, andererseits stießen seine Neigung zu Gewalt und Unhöflichkeit, seine „russische Barbarei“, viele vor den Kopf.

Den Impuls, Russland zu modernisieren, hatte der junge Zar nicht zuletzt infolge seines langjährigen Aufenthalts in der deutschen Vorstadt im Nordosten Moskaus erhalten, die damals eine große Rolle als Zentrum des modernen Lebens spielte. Er wusste, dass effiziente Verwaltung, Finanzen und Wirtschaft ebenso wie eine moderne Armee sowie eine große Kriegs- und Handelsflotte vonnöten wa-



„Großvater der Russischen Flotte“: Mit diesem Titel wurde der Nachbau des ersten Boots von Peter dem Großen benannt, das anlässlich des 300. Todestags im Königsberger Friedrichsburger Tor ausgestellt wird Foto: Pressedienst Museum der Weltmeere

ren, um Russland zu einer europäischen Großmacht aufsteigen zu lassen.

Reformen nach westlichem Vorbild

So unternahm er selbst eine Reise in die Zentren der Wissenschaft und Technik nach Westeuropa, die sogenannte Große Gesandtschaft. Seine Erkundungsreise begann am 10. März 1697. Der eigentliche Zweck dieser Reise war es jedoch, Verbündete gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Seefahrt und Schiffbau in Holland, England und Venedig zu studieren, dienten ebenfalls dem Ziel, Russland gegenüber dem Osmanischen Reich zu stärken, plante der Zar doch den Aufbau einer russischen Schwarzmeerflotte.

„Die Tatsache, dass wir uns verteidigen müssen, ... ist offensichtlich. Peter der Große ... hat nichts erobert! Er hat es zurückgegeben!“

Wladimir Putin
Rede zum 350. Geburtstag
Peters I. im Juni 2022

Die Route führte zunächst nach Riga. Im April 1697 reiste Peter nach Pillau, und von dort ging es nach Königsberg. Von August 1697 bis Januar 1698 verweilte der junge Zar in Amsterdam, wo er als Schiffszimmermann in Zaandam auf den Werften der „Ostindischen Kompanie“ arbeitete. Er schaute sich so viel wie möglich an. Er besuchte Produktionsstätten wie Sägewerke, Tuchfabriken und schaute sich bei Obstbauern um. In Utrecht hörte er Anatomievorlesungen und wohnte sogar Operationen bei. Ihn interessierte alles, selbst Kunstausstellungen oder ein Observatorium.

In Nimwegen traf Peter im September 1697 Wilhelm III. von Oranien, der gleichzeitig Herrscher von England und den Niederlanden war, bevor er im Januar 1698 nach England segelte. Als Höhepunkt der Reise war der Besuch bei Kaiser Leopold I. in Wien gedacht. Der wollte von der antitürkischen Allianz allerdings nichts mehr wissen, stand er doch kurz vor einem Friedensvertrag mit den Osmanen. Damit Russland nicht isoliert dastand, musste Peter schließlich Friedensverhandlungen mit den Türken zustimmen.

Zusätzlich kam aus Moskau die Nachricht von einem Strelizenaufstand. Deshalb ließ Peter den geplanten Besuch Venedigs fallen und eilte nach Hause. Da der Aufstand inzwischen niedergeschlagen war, fand Peter Zeit, sich am 10. August mit dem polnischen König August II. zu treffen, um Pläne für ein Bündnis gegen Schweden zu schmieden.

Militärischer Erfolg

Auch wenn Peter I. die politischen Ziele seiner Großen Gesandtschaft nicht erreichen konnte, so brachte sie Russland doch einigen Nutzen. Der russische Zar kaufte 10.000 Gewehre, 5000 Musketen und 3000 Bajonette. Er verpflichtete eine Vielzahl von Offizieren für den Dienst in der russischen Armee sowie zahlreiche Ingenieure, etwa 350 Matrosen und Bootsleute sowie Spezialisten anderer Berufe. Es war ihm gelungen, das Fenster nach Europa aufzustoßen und dafür zu sorgen, dass Russland als Ernst zu nehmende Macht in Europa angesehen wurde.

Im Großen Nordischen Krieg von 1700 bis 1721 zwischen Russland sowie den Personalunionen Sachsen-Polen und Dänemark-Norwegen auf der einen sowie Schweden auf der anderen Seite errang er nach der Niederlage in der Schlacht von Narwa vom 30. November 1700 in der Schlacht bei Poltawa am 8. Juli 1709 schließlich einen Sieg gegen den Schwedenkönig Karl XII., der wegen seiner zahlreichen Erfolge als großer Feldherr galt.

Die Bedeutung von Zar Peter I. hat in Russland bis heute Wirkkraft. Wladimir Putin, der sich eher in der Tradition der Zaren sieht denn als Wiederhersteller der

Sowjetunion, sagte: „Peter I. wird leben, solange die Früchte seiner Arbeit leben.“

Anlässlich des 350. Geburtstags des Zaren am 9. Juni 2022 erwähnte Putin diesen gleich zweimal. Er verglich seinen als „militärische Spezialoperation“ bezeichneten Ukrainekrieg mit dem Nordischen Krieg, indem er sagte, dass Russlands Ziel nun die Rückgabe von Territorien sei: „Die Tatsache, dass wir uns verteidigen müssen, dass wir dafür kämpfen müssen, ist offensichtlich“, und in Bezug auf Narwa, wo Russland 1700 eine verlustreiche Schlacht schlug, in deren Folge Peter I. seine Armee wiederaufbaute mit einer Infanterie und modernen Waffen, sagte Putin: „Er hat nichts erobert! Er hat etwas zurückgegeben!“ Die Aussage: „Es geht um Narwa – seine ersten Feldzüge ... Er kehrte dorthin zurück. Und befestigte es“ setzte Politiker im Westen, besonders in Estland, in Alarmbereitschaft und sorgte dafür, dass die Regierung in Reval den russischen Botschafter einberief. Mehrfach verglichen auch hochrangige russische Beamte ihren Präsidenten mit Peter I. Ein Hinweis auf die Brutalität, mit dem dieser genauso wie der Zar gegen Widersacher vorgeht, blieb dabei jedoch aus.

Peter setzte seine Reformen mit aller Härte und Rücksichtslosigkeit durch. Er soll jedoch auch gegenüber sich selbst rücksichtslos gewesen sein, was ihm schließlich einen frühen Tod im Alter von nur 52 Jahren einbrachte. Über die genaue Todesursache gab es viele Spekulationen von Vergiftung über Syphilis – die er sich in Holland geholt haben soll – bis hin zu einem Krebsleiden. Die gängige Erzählung ist jedoch die, dass Peter unmittelbar nach der Genesung von einer schweren Krankheit – er litt seit vielen Jahren an Nierenproblemen – ohne Beachtung seines Gesundheitszustands im Herbst 1724 zu einer längeren Seereise aufbrach. Als er unweit des Ufers am Lachta-See ein gekentertes Boot entdeckte, dessen Besatzung zu ertrinken drohte, watete der Zar selbst durch das eiskalte Wasser, um die Matrosen und Soldaten aus Kronstadt zu retten. Die Rettung gelang, Peter erkrankte jedoch erneut schwer. Nach mehrwöchiger Bettlägerigkeit starb Peter I. am 8. Februar 1725 in St. Petersburg.

FINNISCHER ABEND

Finnische Jäger in der Dittchenbühne

Der traditionelle Finnische Abend in der Dittchenbühne in Elmshorn hatte diesmal die während des Ersten Weltkrieges im schleswig-holsteinischen Lokstedt gegründete und ausgebildete Keimzelle der finnischen Streitkräfte, die Finnischen Jäger, zum Thema. Für den Vortrag hätte man kaum einen kompetenteren Referenten finden können als Hanna Rieck, leitet sie doch das Finnische Jägermuseum in Kauhava-Kortsjärvi. Zudem spricht die Tochter eines Ostpreußen aus der Elchniederung auch noch ein gutes Deutsch.

In ihrem von an die Leinwand projizierten Bildern und Karten unterstützten Vortrag schlug die Deutsch-Finnin einen weiten historischen Bogen, der 1809 begann, als Finnland von Schweden als Großfürstentum zum russischen Imperium kam. Anfänglich besaß das Land weitgehende Autonomie. Das änderte sich allerdings 90 Jahre später. Als Grund für die nun praktizierte Russifizierung nannte Rieck außer dem russischen Nationalismus die deutsche Aufrüstung zur See, welche die Russen eine deutsche Invasion an den zu großen Teilen von Nicht-Russen bewohnten Küsten ihres Imperiums habe fürchten lassen. Bei der finnischen Nationalbewegung habe nun eine Radikalisierung stattgefunden. Während die Älteren nur eine Rückkehr zur Autonomie vor der Russifizierung wollten, erstrebten die Jüngeren jetzt die Unabhängigkeit.

Der Erste Weltkrieg bot dazu die Chance. Junge Patrioten aus Finnland, wo keine Wehrpflicht herrschte, reisten – häufig über das neutrale Schweden – nach Deutschland, wo sie sich ab 1915 im Lokstedter Lager von preußischen Offizieren militärisch zu Jägern ausbilden ließen. Um nach der Theorie auch Kampferfahrung zu sammeln, wurden die Finnen nach der Ausbildung an der Ostfront eingesetzt. Verheißt wurden sie aber nicht, da sie in einem finnischen Unabhängigkeitskampf militärische Führungspositionen einnehmen sollten.

Zur Jahreswende 1917/18 war es so weit. Nach der Unabhängigkeitserklärung Finnlands brach der Finnische Bürgerkrieg aus. Die meisten der Finnischen Jäger kehrten nun in ihr Heimatland zurück, um in den Reihen der Weißen gegen die mit den russischen Bolschewiki verbündeten Roten für den noch heute bestehenden bürgerlichen, souveränen Nationalstaat zu kämpfen.

Der von Rieck geschlagene historische Bogen endete bei den von ihr konstatierten guten Beziehungen zwischen Finnland und dem vereinigten Deutschland. Nach dem Vortrag erwartete die Besucher im Festsaal eine zum Thema passende Tafelausstellung des Museums am Wasserturm Hohenlockstedt. Dessen Schwerpunkt bildet die Geschichte des Lokstedter Lagers und der dort ausgebildeten Finnischen Jäger. Manuel Ruoff

● **Forum Baltikum – Dittchenbühne e.V.**, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, Fax (04121) 897130, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de. **Finnisches Jägermuseum**, Jääkärintie 80, FIN-62420 Korttesjärvi, Telefon (00358) 40184420, E-Mail: suomenjaakarimuseo@kauhava.fi. **Verein für Kultur & Geschichte von Hohenlockstedt e.V.**, Am Wasserturm 4a, 25551 Hohenlockstedt, Internet: www.hohenlockstedt-museum.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Ig-Nobelpreis gilt als Anti-Nobelpreis – immerhin steht „Ig“ ja für das englische Wort „ignoble“, das sich mit „unwürdig, schmachvoll, schändlich“ übersetzen lässt. Tatsächlich sind viele der prämierten wissenschaftlichen „Leistungen“ pure Zeit- und Geldverschwendung oder Schlimmeres. Das gilt etwa für Untersuchungen über die Salmonellen-Ausscheidungen „vergnügungssüchtiger“ Schweine, die Berechnung der Wahrscheinlichkeit, dass Michail Gorbatschow der Antichrist ist, das Trainieren von Tauben, damit sie Gemälde von Monet und Picasso unterscheiden können, sowie die Erfindung einer Geburtshilfemethode, bei der die Gebärende auf einen Tisch geschnallt wird, der mit hoher Geschwindigkeit rotiert.

In die Kategorie Unsinn fallen auch Studien über Fusseln in Bauchnabeln, die Asymmetrie der Hoden bei antiken Skulpturen oder homosexuelle Nekrophilie unter Enten, Experimente zum Vergleich der menschlichen Schwimmgeschwindigkeit in Wasser und Sirup sowie die rechnerische Begründung, warum Hochschwanger nicht nach vorne kippen. Ebenso hätte die Menschheit sicher gut auf den Nachweis verzichten können, dass Messer aus gefrorenen Exkrementen schlecht schneiden. Gleichmaßen bizarr ist das Beispiel des Australiers John Keogh, der 2001 vermeinte, das Rad erfunden zu haben, wonach das Patentamt in Canberra seine „Neuschöpfung“ unverzüglich unter Markenschutz stellte.

Das Kopfweh des Spechts

Andererseits gibt es Träger des Preises, auf deren Konto durchaus bedeutsame Entdeckungen gehen. Dazu zählen David Dunning und Justin Kruger, welche den nach ihnen benannten Effekt beschrieben haben, bei dem inkompetente Menschen das eigene Wissen und Können systematisch überschätzen. Ebenfalls von großer praktischer Relevanz ist das von John Paul Stapp, George Nichols und Edward Murphy formulierte Gesetz, demzufolge alles, was schiefgehen kann, oft tatsächlich schiefläuft, weil sich immer jemand findet, der genau die falsche Entscheidung trifft. Und die Beantwortung der Frage durch die kalifornischen Mediziner Ivan Schwab und Philip May, warum Spechte keine Kopfschmerzen bekommen, war wichtig, weil sie die Optimierung von Schutz- und Sturzhelmen ermöglichte.

Seine stärkste Bedeutung entfaltet der Ig-Nobelpreis allerdings, wenn er auf satirische Weise eklatante Fehlentwicklungen in Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik aufgreift. So ging der Preis 1992 an den russischen Chemiker Jurij Strutschkow, der zwischen 1981 und 1990 aller vier Tage einen Fachartikel ver-



Skurile Forschungsobjekte: Asymmetrische Hoden von antiken Skulpturen, die Fallrichtung von Schwangeren, Fusseln im Bauchnabel

WISSENSCHAFT

Ein Preis für Entdeckungen, auf die niemand gewartet hat

Der „Ig-Nobelpreis“ prämiert blödsinnige oder gruselige „Leistungen“ aus Forschung und Entwicklung. So entstand ein Panoptikum des Nonsens. Manchmal ist aber auch Sinnvolles dabei

öffentlichte. Des Weiteren ausgezeichnet wurden 976 Mediziner aus 15 Ländern, welche 1993 einen Text publizierten, der einhundertmal mehr Autoren als Seiten hatte. Zu den Preisträgern zählte zudem der US-amerikanisch-ungarische Physiker und sogenannte Vater der Wasserstoffbombe Edward Teller „für seinen lebenslangen Einsatz, die Bedeutung des Wortes ‚Frieden‘ zu verändern“.

Vielmals wurden auch Vertreter der Wirtschaft oder Finanzwelt „geehrt“, deren Fehlleistungen gigantische negative Folgen zeitigten. Das traf auf den US-Investmentbanker und Erfinder der hochspekulativen „Schrottanleihen“ Michael Milken und den chilenischen Bankmanager Juan Pablo Davila zu. Davila brachte seinen Computer 1994 dazu, irrwitzige Transaktionen vorzunehmen und so 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Anden-Staates zu verzocken. Einen weiteren Ig-Nobelpreis erhielt

2009 Gideon Gono, der Direktor der Zentralbank von Simbabwe, für die Herausgabe von Geldscheinen im Wert von bis zu 100 Billionen Simbabwe-Dollar und die damit verbundene „einfache und alltägliche Möglichkeit“ für die Bevölkerung, den Umgang mit großen Zahlen zu üben. Ebenfalls unter den „Ausgezeichneten“ befindet sich der Volkswagen-Konzern für „die Lösung des Problems überhöhten Schadstoffausstoßes von Autos durch automatisch reduzierte Emissionen, wenn die Fahrzeuge getestet wurden“.

Auch Politiker werden „geehrt“

Manchmal ging der Ig-Nobelpreis aber auch ans Militär, so 2007 an das Wright-Laboratorium der US-Luftwaffe, das Forschungsarbeiten über chemische Waffen angeregt hatte, welche die gegnerischen Truppen schwul machen sollten. Gleichmaßen bloßgestellt wurden Religionsgemeinschaften wie die Southern Baptist

Church of Alabama, welche haarklein ausrechnete, wie viele verstockte Sünder in dem Bundesstaat zur Hölle fahren müssen.

Und dann gab es noch etliche Fälle von mehr oder weniger offener Politikerschelte. Hierzu zählt die Verleihung des Preises an italienische und amerikanische Forscher um den prominenten Sozialpsychologen Philip Zimbardo in Würdigung der Studie „Die einzigartig simple Persönlichkeit von Politikern“. Nicht selten wurde das Ig-Nobelpreis-Vergabegremium von der Zeitschrift „Annals of Improbable Research“ auch ganz konkret, indem es einzelne Staatsmänner vorführte.

Den allerersten Preis in der Kategorie Bildung erhielt 1991 der als besonders einfältig geltende US-Vizepräsident James Danforth „Dan“ Quayle für seine „selbstlose Demonstration der Wichtigkeit von solidem Wissen“. 1996 traf es dann den französischen Präsidenten Jacques Chirac, der im Vorjahr justament am 50. Jah-

restag des Atombombenabwurfes von Hiroshima einen Kernwaffentest vornehmen ließ. Bald darauf bekamen die Premierminister von Indien und Pakistan, Atal Bihari Vajpayee und Nawaz Sharif, die Auszeichnung „für ihre militant friedlichen Kernwaffenexplosionen“.

Späterhin spielte auch das Handeln während der Corona-Pandemie eine Rolle bei der Auswahl der Ig-Nobelpreiskandidaten. Neun Staatschefs von Donald Trump bis Wladimir Putin wurden 2020 dafür geehrt, dass sie die Pandemie nutzten, „um der Welt zu demonstrieren, dass Politiker einen unmittelbaren Einfluss auf Leben und Tod haben können als Wissenschaftler und Ärzte“. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gehörte nicht zu den Auserwählten, obwohl sie die Corona-Politik hierzulande mit all ihren nicht immer vorteilhaften Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Volksgesundheit entscheidend mitprägte.

HUNDE

Sie können sogar das Leben verlängern

Forscher haben ermittelt, auf welch vielfältige Weise der „beste Freund des Menschen“ seinem Halter guttut

Hunde gelten mittlerweile als „Klimaschädlinge“. Dabei tun sie uns Menschen auf vielerlei Weise gut. Hierzu gibt es zahlreiche wissenschaftliche Studien, die immer wieder Neues zutage fördern. Schon seit Längerem ist bekannt, dass der Umgang mit den Vierbeinern zur Absenkung von Stressparametern wie Blutdruck, Herzfrequenz und Cortisol-Spiegel führt. Dadurch verringert sich das Sterberisiko von Hundehaltern im Vergleich zu Menschen ohne Hund um immerhin ein Viertel.

Und bei Personen mit einer Herzkrankheit differiert die Wahrscheinlichkeit eines zu frühzeitigen Ablebens sogar um 35 Prozent – je nachdem, ob sie einen

Hund besitzen oder nicht. Als Grund hierfür gilt neben der Verringerung von Stress vor allem die erhöhte körperliche Aktivität infolge des Umgangs mit dem Tier. Außerdem haben Hundehalter ein trainierteres Immunsystem durch den regelmäßigen Kontakt mit Mikroben und Schmutz.

Neuere Untersuchungen wie die eines südkoreanischen Forscherteams unter Onyoo Yoo brachten inzwischen aber noch mehr Positives zutage. Bei Interaktionen mit Hunden werden unter anderem angstdämpfende Hormone wie Oxytocin frei. Außerdem verändern sich die Gehirnströme. Füttern, Streicheln und ähnliche Handlungen stimulieren die Ak-

tivität von Alphawellen im Präfrontal- und Frontallappen des Menschen, welche das Urteilsvermögen und die Kreativität sowie die Lernfähigkeit fördern. Dazu kommen Betawellen, wie sie auch beim konzentrierten Arbeiten auftreten. Die Hundehalter fühlen sich dadurch psychisch leistungsfähiger und zugleich entspannter.

Körper und Geist profitieren beide

Manchmal haben die Interaktionen mit den Vierbeinern sogar therapeutischen Nutzen: Weil Hunde eine emotionale Stütze darstellen, lindern sie beispielsweise Psychosen und Neurosen. Desgleichen erleichtern die Vierbeiner die soziale

Integration ihrer Besitzer durch das Zusammentreffen mit anderen Hundehaltern beim Spaziergang im Freien. 2022 wiederum fanden Forscher aus den US-Bundesstaaten Florida, Michigan und Virginia heraus, dass Hunde auch dazu beitragen, den kognitiven Verfall ihrer Bezugspersonen aufzuhalten. Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt auf dem Gebiet des verbalen Gedächtnisses.

Dem stehen allerdings auch einige Gesundheitsrisiken entgegen. So können Hunde Allergien auslösen und bei Kindern das Auftreten von Asthma fördern. Ebenso birgt der Umgang mit einem Hund die Gefahr von Stürzen oder Infektionen der verschiedensten Art. Das größ-

te Problem ist allerdings die relativ kurze Lebenserwartung von Hunden, durch die der Mensch zwangsläufig irgendwann mit dem Tod des geliebten Tieres konfrontiert wird.

Das beeinflusst seine psychische Gesundheit oft sehr negativ – angefangen von übermäßiger Traurigkeit über Schuldgefühle angesichts der Entscheidung, den unheilbar kranken Hund einschläfern zu lassen, bis hin zu unterdrückten Aggressionen, weil andere Menschen Unverständnis für die Gemütslage des ehemaligen Hundebesitzers äußern. Experten raten daher, solch unsensiblen Personen möglichst lange aus dem Weg zu gehen. W.K.

ALLENSTEIN

Ein Denkmal an ungewöhnlichem Ort

„Waggon 1945 Dresden“ auf der Boulebahn – Symbol für den Krieg und seine schrecklichen Folgen

VON UWE HAHNKAMP

Viele Menschen mussten am Ende des Zweiten Weltkriegs, das sich in diesem Jahr zum 80. Mal jährt, weite Wege zurücklegen. Mit dem Waggon aus Allenstein in den Westen, mit dem Waggon nach Olsztyn aus dem Osten. Diesem furchtbaren Ausschnitt der deutschen und polnischen Geschichte widmete das Städtische Kulturzentrum in Allenstein einige Veranstaltungen, einschließlich der Einweihung eines neuen Denkmals.

Kaum etwas ist besser geeignet, um die Geschichte der 1940er Jahre in Mitteleuropa in nur einem Bild zusammenzufassen, als ein geschlossener Güterwaggon der Reichsbahn. Er symbolisiert den Transport von Soldaten der verschiedenen Armeen bei Kampfhandlungen, den Abtransport der jüdischen Bevölkerung und anderer unerwünschter Personen in Vernichtungslager, die Flucht, Evakuierung und Vertreibung der ehemaligen sowie die langen Wege der neuen Einwohner, die von den Mächtigen wie Spielfiguren auf einer Landkarte hin- und hergeschoben wurden.

Waggon als Denkmal auf dem Bouleplatz

Seit Herbst vergangenen Jahres steht im Zentralpark der Stadt Allenstein neben dem Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums, das mit seinem Schornstein weithin sichtbar ist, ein Güterwaggon des Typs Dresden. Auf einer der drei Boule-Bahnen, die zwischen dem Museum und der Alle für das Freizeitvergnügen der Allensteiner sorgen sollen, wurde Kies aufgeschüttet. Darauf wurden zwei Schienen gelegt und auf diesem so entstandenen Gleis erinnert nun der Waggon als Denkmal an die bereits beschriebene Geschichte.

Ein Blick ins Innere zeigt die Kargheit, das Nichts, das die Menschen, die darin wie Vieh transportiert wurden, erdulden mussten. Ein kleiner Teil des Waggonin-



Denkmal auf der Boulebahn: Waggon 1945 Dresden bei der Einweihung

Bild: U.H.

nen ist abgetrennt und ein Bollerofen symbolisiert den Versuch, Wärme zu erzeugen. Das scheint jedoch im Jahr 1945 nicht wirklich funktioniert zu haben, wie Irena Telesz-Burczyk berichtete. Die Schauspielerin des Allensteiner Jaracz-Theaters schilderte in ihrem Augenzeugenbericht leb- und bildhaft die furchtbaren hygienischen Bedingungen, erzählte vom dem Raureif und von dem Eis auf der Innenseite der Waggonwände.

Augenzeugen im Original und in Berichten

Für die anderen, die ihre Erlebnisse nicht mehr persönlich erzählen können, lasen unter anderem Vertreter des Städtischen Kulturzentrums und der Kulturgemeinschaft „Borussia“ aus Aufzeichnungen vor. Im Wechsel dazu wurden Aufnahmen von Gesprächen mit Betroffenen eingespielt

und von Filmen der Zugfahrten begleitet, die auf die Innenwand des Waggons projiziert wurden. Im Hintergrund war dabei die ganze Zeit das stete, regelmäßige ratternde Geräusch der Bahnschwellen zu hören, das diese Menschen in der Realität auf ihrem Weg und ihr ganzes weiteres Leben in Träumen begleitet hat.

Beim Museum der Moderne war für einige Tage eine Ausstellung zu sehen, die von den Menschenströmen erzählte, die von und nach Allenstein gingen und kamen. Anschließend konnten Interessierte sie erweitert um persönliche Gegenstände von Menschen aus jener Zeit im Trolleybusdepot des Museums gründlicher studieren. Außerdem gab es einen Vortrag zur Armbinde eines Schaffners, der die Transporte begleitet hat, als emotionalen Aufhänger für Berichte über die tragischen Ereignisse.

Doch selbst damals gab es Menschen, die trotz allem ihre Menschlichkeit nicht vergessen hatten. Das beweist die Schilderung eines alten Herrn, die für die über 200 Gäste der Vorstellung des Waggons eingespielt wurde. Er erzählte, dass seiner Mutter damals ein Haus an hätte haben wollen. Doch als sie kurz darauf eintrat, stand noch das Essen der Vorbesitzer auf dem Herd und die komplette Einrichtung war vorhanden. Daraufhin sagte sie: „Das kann ich nicht annehmen.“

Ihr wurde erklärt, das seien nur Deutsche gewesen, die bald nicht mehr da wären. Darauf habe sie entschieden geantwortet: „Nein. Das sind doch Menschen, die hier leben.“

Wenn in der heutigen Zeit wieder einmal von „Wir und Ihr“, von Feinden die Rede ist, sollte man vielleicht einmal an diese Frau mit großem Herz denken.

MELDUNGEN

Kaserne wird abgerissen

Tilsit – In Tilsit wird die Kaserne des Infanterieregiments abgerissen. Die Einwohner zeigen dafür wenig Verständnis. In den Sozialen Medien machten viele ihrem Ärger Luft, indem sie kritisierten, dass damit wieder ein historisches Gebäude von der Bildfläche verschwindet. Ein Nutzer klagte die Stadtverwaltung an, die es zugelassen habe, dass das Gebäude in einen derart schlechten Zustand geraten war, dass nur noch der Abriss blieb. Der Verkauf der Ziegel sei wohl auch lukrativer als die Instandsetzung eines Gebäudes aus dem 19. Jahrhundert. Warum der Abriss erfolgt und was an der Stelle gebaut werden soll, ist noch unbekannt. MRK

Nudeln aus Königsberg

Königsberg – Der in Königsberg ansässige Nudelfabrikant „MIK“ will expandieren. Bislang beliefert das Unternehmen die führenden Handelsketten der Region, unter anderem „Viktoria“, „SPAP“, „Metro“, „Agrofabrika Naturowo“ und weitere. Künftig will der Nudelfabrikant auch andere Regionen und das Ausland als Absatzmärkte gewinnen. Derzeit verhandelt die Unternehmensleitung über den Export von Nudeln in die Vereinigten Arabischen Emirate. Oxana Pedwezius, die Gründerin des Unternehmens „MIK“ erklärte, dass das Unternehmen plane, ebenfalls Pasta auf Proteinfaserbasis in die Emirate zu exportieren. Die Anlage des einzigen Pastaproduzenten des Königsberger Gebiets ist für die Herstellung von 50 Tonnen Produktion pro Monat ausgelegt. Das Sortiment umfasst Nudeln mit Steinpilzen, Basilikum, Spirulina, Tomaten und Spinat. Bislang exportiert das Unternehmen in die Tschechische Republik, nach Weißrussland und auch in die Bundesrepublik. MRK

BAHNHOF ALLENSTEIN

Diskussionen um verlassene und verfallende Gebäude

Der alte Busbahnhof und ein Bürogebäude im Stil der kommunistischen Moderne stören das Gesamtbild des Neubaus

Der neu errichtete moderne Hauptbahnhof, ein Symbol der Technologie und des Fortschritts des 21. Jahrhunderts, wird in Kürze vollständig in Betrieb genommen werden. Schon bald werden die Fahrgäste in den Genuss neuer Räumlichkeiten kommen, die mit Blick auf Komfort und Effizienz gestaltet wurden. Man könnte sogar versucht sein zu sagen, dass die Einrichtung ein Vorzeigebild für die Stadt sein wird.

Dieser „Frischeffekt“ wird durch zwei verfallende Gebäude in unmittelbarer Nähe getrübt: ein seit Monaten geschlossener Busbahnhof und ein verlassener, gespenstiger Büroturm. Der Kontrast zwischen dem hochmodernen Hauptbahnhof und den benachbarten Gebäuden im Stil der kommunistischen Moderne ist auffällig.

Der Busbahnhof, der früher ein integraler Bestandteil des Verkehrsknotenpunkts war, wurde geschlossen, und der geplante Bau eines Einkaufszentrums mit

Bahnhofsfunktion kam nie zustande. Das Hochhaus, das dem Bahnunternehmen

POLREGIO gehört, steht seit Jahren leer und wartet auf einen Käufer, der sich bis-

her jedoch nicht fand. Ursprünglich lag die Preisvorstellung bei umgerechnet 1,2 Millionen Euro, aber mangelndes Interesse drückte den Preis. Bei der letzten Ausschreibung, die in einem Fiasko endete, da sich kein Interessant fand, wurde das Gebäude mit etwa einer Million Euro bewertet. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Firma POLREGIO nicht der alleinige Eigentümer des Hochhauses ist – etwa zehn Prozent des Gebäudes gehören dem Unternehmen Retail Provider, das auch einen Teil des Busbahnhofs verwaltet. Laut POLREGIO wird das Unternehmen das Gebäude erneut zum Verkauf anbieten.

Obwohl die Stadtverwaltung sich des Problems bewusst ist, verfügt sie weder über rechtliche noch finanzielle Möglichkeiten, die Eigentümer zur Instandsetzung der Gebäude in der Umgebung des Hauptbahnhofs zu zwingen. Versuche, Grundstücke zwischen der Stadt und privaten Eigentümern

zu tauschen, gerieten wegen unterschiedlicher Wertansätze ins Stocken. Die Stadt, der andere kostspielige Investitionen bevorstehen, hat auch nicht die Absicht, das Hochhaus oder das Gelände des ehemaligen Busbahnhofs zurückzukaufen.

Die Kritik von Einwohnern und Touristen ist eindeutig – trotz der Umgestaltung des Hauptbahnhofsgebäudes ist der derzeitige Anblick wegen der benachbarten Ruinen eher abschreckend als einladend.

Das wahrscheinlichste Szenario wird ein Kompromiss zwischen der Stadt und den Gebäudeeigentümern sein. Es bedarf konkreter Entscheidungen, um den Bereich um den Verkehrsknotenpunkt der Stadt ordentlich zu gestalten. Ohne solche Maßnahmen wird der Kontrast zwischen Modernität und Ruine ein schmerzhaftes Symbol für den unvollendeten Wandel der Stadt bleiben.

Dawid Kazanski



Als Schandfleck in der Stadt empfunden: Ruine eines Bürogebäudes vor dem Neubau des Allensteiner Bahnhofs

Bild: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Ziegler, Ella, geb. Saborowski, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 103. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. Hamann, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Grieschat, Valentina, geb. Grabowski, aus Neidenburg, am 2. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Zindler, Margot, geb. Grommek, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 29. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bitsching, Hilde, geb. Lasarzewski, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Brings, Erna, geb. Spletter, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. Januar

Fornasson, Günther, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar

Schaar, Ursula, geb. Hinz, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Schäfer, Ilse, geb. Petz, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Andrick, Luise, geb. Nachtrab, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. Februar

Bollmann, Helga, geb. Bartz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar

Gosdek, Lydia, geb. Dorsch, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar

Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße 16, am 2. Februar

Mielke, Gerda, geb. Grünke, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

Willwoll, Ruth, geb. Bleyer, aus Ebenrode, am 5. Februar

Woehler, Gerda, geb. Adamzik, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar

Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Zandereit, Hanna, geb. Komorowski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

Fornacon, Anneliese, geb. Eggert, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar

Mack, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, am 31. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Braun, Sylvia, geb. Ritzkowski, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 1. Februar

Dietrich, Hildegard, geb. Helbing, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. Februar

Hagedorn, Waltraut, geb. Antelmann, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar

Ortmann, Edith, geb. Kowalski, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Februar

Sieracki, Hildegard, geb. Piotrowski, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 2. Februar

Strauß, Erna, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Februar

Wegner, Adelgunde Elfriede, geb. Bartsch, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 5. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Degen, Helga, geb. Plonus, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Fingberg, Jutta, geb. Ewert, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

Geier, Elfriede, geb. Salamon, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 31. Januar

Henrici, Hans-H., aus Alt Christburg, Kreis Mohrunen, am 5. Februar

Kappus, Horst, aus Adellau, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Kubiczek, Ruth, geb. Bank, aus Ortelsburg, am 1. Februar

Lill, Edith, geb. Wengorz, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Schubert, Inge, geb. Rehse, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

Syperrek, Hans, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 2. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bertsch, Elfriede, geb. Sender, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar

Fornfeist, Ruth, geb. Eremef, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Gertulla, Ruth, geb. Przetak, aus Lukau, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

Kalata, Stefan, aus Lyck, am 3. Februar

Kebbedies, Siegfried, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Kizina, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Kriege, Marie, geb. Wysk, aus Reuschenwerder, Kreis Neidenburg, am 1. Februar

Mainka, Anneliese, geb. Mentz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Melenk, Werner, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

Neudahm, Waltraud, geb. Wiese, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Februar

Zalenga, Willi, aus Neidenburg, am 3. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, Arnhold, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 1. Februar

Jucknat, Hellmut, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 6. Februar

Klein, Edith, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Linke, Hildegard, geb. Döring, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Februar

Matzeit, Siegfried, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Meding, Helga, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Februar

Napromski, Horst, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 2. Februar

Ramdor, Inge, geb. Kloß, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 31. Januar

Schröder, Helmut, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. Februar

Weber, Irmgard, geb. Pagalies, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bretzke, Helga, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Februar

Donder, Ulrich, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 2. Februar

Harder, Gisela, geb. Jeimke-Karige, aus Gut Lodehnen bei Miswalde, Kreis Mohrunen, am 29. Januar

Kammer, Herwig, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. Februar

Poch, Marie-Luise, geb. Möller, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 5. Februar

Rentzsch, Ruth, geb. Dziadek, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 31. Januar

Sakel, Hedwig, geb. Bondzio, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. Februar

Szameitat, Waltraut, geb. Matern, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 2. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borger, Irene, aus Groß Schöndammerau, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar

Bromberg, Herbert, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 2. Februar

Liedtke, Dorothee, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 5. Februar

Ostpreussisches Landesmuseum

Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen. Vortrag von Rainer-H. Proschko und Katja Eichhorn, Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro.

Im Jahr 1732 wurde der Grundstein für das Königliche Gestüt Trakehnen gelegt, das sich in den folgenden Jahrhunderten zu einem der bedeutendsten Gestüte der Welt entwickelte. Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte: Wie begann alles, was machte den Kern des damaligen Gestüts aus, und welche baulichen und organisatorischen Veränderungen prägten seine Entwicklung in den darauffolgenden 200 Jahren? Die Referenten zeigen teilweise noch nie veröffentlichte Fotos, die aus einem Nachlass an das Ostpreussische Landesmuseum stammen und erklären, welche Umstände dazu

führten, dass in Trakehnen höchste Zuchtleistungen erreicht wurden.

Rainer-H. Proschko ist seit über zehn Jahren ehrenamtlich im Ostpreussischen Landesmuseum tätig. Neben der Betreuung des Lüneburger Brauereimuseums hat er sich auf Grundlage des im Museum vorhandenen Archivmaterials und darüber hinaus gehenden Recherchen mit dem Hauptgestüt Trakehnen beschäftigt.

Katja Eichhorn ist ebenfalls ehrenamtlich im Ostpreussischen Landesmuseum tätig, hat selbst Pferde gezüchtet und beschäftigt sich seit Jahren mit der Geschichte der Pferdezucht und in diesem Zusammenhang insbesondere mit der Historie des Hauptgestüts Trakehnen.

Internet: www.ol-ig.de



Um 1900: Das Gestüt Trakehnen

Foto: OL

Nekat, Siegfried, aus Lötzen, am 6. Februar

Nikutta, Brigitte, geb. Bogdanski, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Gruber, Erika, geb. Braun, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 6. Februar

Odenbach, Werner, aus Gedwanen, Kreis Neidenburg, am 2. Februar

Rattay, Manfred, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Scheller, Bernd, aus Zappeln, Kreis Lyck, am 3. Februar

Sadlowski, Wilfried, Vorfahren aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Schröter, Ulrike, geb. Seiffert, aus Treuburg, am 31. Januar

Wroblewski, Klaus, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 3. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dembowski, Gerhard, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Gruber, Erika, geb. Braun, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 6. Februar

Odenbach, Werner, aus Gedwanen, Kreis Neidenburg, am 2. Februar

Rattay, Manfred, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Scheller, Bernd, aus Zappeln, Kreis Lyck, am 3. Februar

Sadlowski, Wilfried, Vorfahren aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

Schröter, Ulrike, geb. Seiffert, aus Treuburg, am 31. Januar

PAZ wirkt!

Zusendungen für die Ausgabe 7/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 7/2025 (Erstverkaufstag 14. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 4. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreussischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreussisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

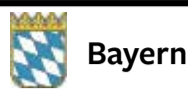
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreussische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Königsberger Klopse Hof – Sonnabend, 8. Februar, 13 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: gemeinsames Essen. Es gibt Königsberger Klopse und allerlei Interessantes rund um die Esskultur in der alten Heimat. Um Anmeldung wird gebeten. *Jutta Starosta*

Reisebericht Nürnberg – Dienstag, 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1, gegenüber Langwasser: Gunnar Adolph berichtet beim Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und Pommern über eine Reise nach Westpreußen und zur Marienburg. *Joachim Korth*



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

West- und Ostpreußentag Bremen-Grolland – Montag, 24. Februar, 15 Uhr (14.15 Uhr Einlass), Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30: Bremer West- und Ostpreußentag mit Königsberger Klöpsen.

Zu Beginn besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Unmittelbar anschließend dürfen wir uns jahreszeitlich passend in den ostpreußischen Winter versetzen lassen: Mythos Winter – ein Rückblick auf eine besondere Jahreszeit. Die ostpreußi-

schen Winter waren lang und kalt. Lag die weite Landschaft unter einer dicken Schnee- und Eisschicht, so begann ein anderer, oft entbehrungsreicher Alltag. In der unwirtlichen Zeit verlagerte sich die Arbeit ins Innere, es wurde gesponnen, gewebt, repariert und geflickt. Gleichzeitig luden die vereisten Wasserflächen und schneebedeckten Felder, Hänge und Hügel zu Abenteuern auf Kufen, Schlitten und Skiern. Bis heute ist dieses Bild des Winters fest im kollektiven Gedächtnis verankert. In ihrem Vortrag illustriert Hannah Janowitz, Kuratorin der aktuellen Sonderausstellung „Nichts als nur weißer Schnee... – Winter in Ostpreußen“ im Ostpreußischen Landesmuseum, die verschiedenen Facetten dieser besonderen Zeit.

Für die Teilnahme am anschließenden Klopseessen werden vom Lokal, das mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“ erreicht werden kann, 23,- Euro berechnet. Gäste, die auf Fleisch verzichten möchten, können ein veganes Gericht aus der Speisekarte bestellen.

Wir erbitten Ihre Anmeldung bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765 oder per E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de.

Heinrich Lohmann

BKG verbietet Ostpreußenkarte

Bremen – Das vergangene Jahr brachte uns einige bemerkenswerte Ereignisse, die wir in dankbarer Erinnerung behalten wollen: Die Präsentation der Biographie unseres früheren Mitgliedes Eva Reimann in der VHS Lilienthal war ein unvergesslicher Höhepunkt im öffentlichen Wirken unserer Landsmannschaft.

Kurz danach gab es die 15. Folge des „Marktes der Ost- und Westpreußen“ im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“.

Für uns überraschend hatten die Bremer Tageszeitungen aus unserer Pressemitteilung einen Artikel mit einem dort vorliegen-

den historischen Foto verbunden und diesen Hinweis in großer Aufmachung in der Gesamtauflage der Zeitung verbreitet. Der daraufhin über uns hereinbrechende Andrang interessierter Menschen war ein erfreuliches Zeichen, dass es noch eine sehr große Zahl Bremer Bürger gibt, die sich für unsere Anliegen der ostdeutschen Kulturvermittlung interessieren. Allerdings hatten wir uns im Einkauf nicht auf dieses Ausmaß an Interesse vorbereitet und waren vor allem hinsichtlich Marzipan, Thorer Kathrinchen, aber auch historischer Karten nach kurzer Zeit ausverkauft.

Vor wenigen Tagen erlebten wir dann bei der Nachbestellung historischer Provinzkarten eine bestürzende Ernüchterung: Die Mitarbeiterin des „GeoCenter“ in Filderstadt, bei der wir die Karten in gewohnter Weise nachbestellen wollten, teilte am 10. Januar mit: „Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie hat veranlasst, dass alle historischen Karten, darunter auch die Ostpreußen 1:300 000 ab dem 01.01.2025 nicht mehr verkauft werden dürfen.“ Am 13. Januar wurde diese Mitteilung auf Nachfrage ergänzt: „Leider kann ich Ihnen nicht beantworten, was mit den noch vorhandenen Karten passiert. Vermutlich werden diese alle makuliert.“

Wir erkennen in dieser Verweigerung der Belieferung eine politisch gewollte Einflussnahme gegen das historische Erinnern. Der Vertrieb von historischer Literatur und anderer medialer Hilfsmittel darf nicht politisch reguliert und dirigiert werden, auch wenn darin wiedergegebene Ortsnamen nur in deutscher Sprache erscheinen.

Wir haben den Sachverhalt unserer Bundesgeschäftsstelle übermittelt und von dort mittlerweile erfahren, dass der um Unterstützung gebetene Bund der Vertriebenen dem Präsidenten des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie geschrieben hat.

Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) ist eine

Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Nancy Faeser (SPD) ist die verantwortliche Ministerin. *Heinrich Lohmann*



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Jahreshauptversammlung Kassel – Donnerstag, 6. Februar, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, nach der Jahreshauptversammlung folgt der Beitrag „Jugendjahre im Kreis Ortelsburg. Erinnerungen von Frau Frieda Olk (1924-2021)“.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Jahresauftakt in Anklam – Mitte Januar trafen sich 40 ehrenamtlich tätige Landsleute zum jährlichen Drei-Königs-Treffen. Mit einem festlichen Mittagessen und Sekt-Empfang dankte der Vorstand diesen unermüdlischen Helfern, ohne deren Einsatzbereitschaft die großen Heimattreffen in Anklam nicht möglich wären. Beim Rückblick auf das Verbandsjahr 2024 standen die jüngsten Aktionen im Vordergrund, so das Pommerntreffen mit 600 Besuchern, das Landestreffen der Ostpreußen Mecklenburg-Vorpommern mit 750 Besuchern und die Weihnachtspäckchenaktion am 1. Advent für den Kant-Chor



Ein Dank an 40 ehrenamtliche Landsleute: Das Drei-Königs-Treffen in Anklam *Bild: Steffen Thomassek*



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Trakehner Dresden – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Historie der Trakehner. *Edith Wellnitz*



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Schutz vor Kriminalität Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Kriminalhauptkommissar Gernot Grimm berichtet bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ über Betrug am Telefon, Einbruchserien, Beres viel zu schnell zu Ende.

Manfred Schukat
Vorsitzender

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

trügereien und wie man sich dagegen schützen kann. Gäste sind herzlich willkommen.

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 12. Februar, 11.30 Uhr, TSB-Heim: Gründungskollegen, anschließend Mitgliederversammlung.

Flensburg – Wie in den vergangenen Jahren wurde unser Kalenderjahr durch die Gesprächsrunde mit der jüdischen Gemeinde Flensburg eröffnet. Gershom ben Abraham Jessen war wieder unser versierter Gesprächspartner, der keinen Vortrag hielt, sondern Fragen erwartete. Diese kamen rasch und so ergab sich ein angeregtes Frage- und Antwortspiel, das eine Vielzahl von Themenfeldern beinhaltete. Die Zeit verging im Fluge und natürlich blieben noch viele Punkte unbeantwortet; aber es gibt ja ein Jahr 2026 (nach jüdischem Kalender dann 5786), in dem wir unsere Gespräche fortsetzen werden.

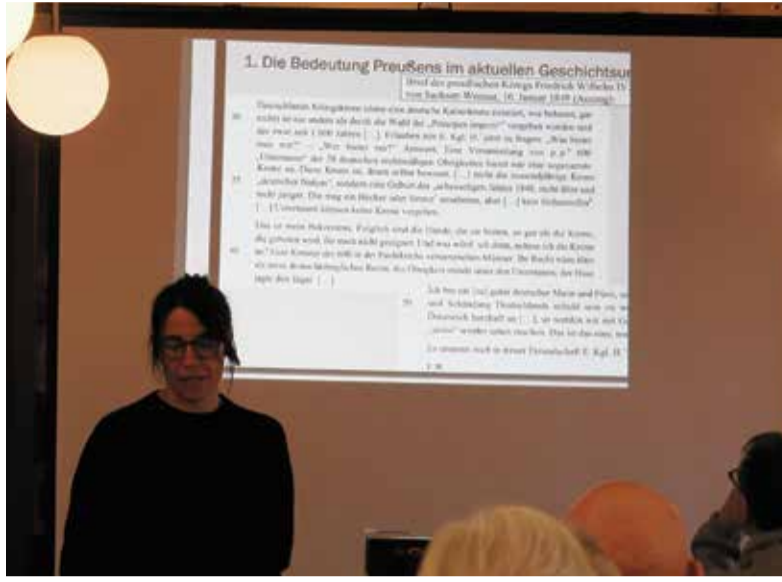
Michael Weber

Preußentag

Kiel – Es ist Sonntag, der 19. Januar. Die Landesgruppe hat zu die-

sem schon traditionellen historischen Termin zum Preußentag eingeladen. Bei schönstem Sonnenschein und raureifbehängener Natur trafen sich 44 Teilnehmer im Haus der Heimat ein. Während die „guten Geister“ die Vorbereitungen für die Veranstaltung treffen, ist auch Zeit für die Begrüßungszeremonie untereinander, denn man hat sich seit einem halben Jahr oder länger nicht mehr gesehen. Pünktlich eröffnete der Vorsitzende Dieter Wenskat den Preußentag und begrüßte insbesondere den Ehrenvorsitzenden Edmund Ferner. Weiterhin wurden besonders begrüßt Fedor Mrozek vom BdV Schleswig-Holstein und Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung e.V. (OMV) sowie die Referenten des Tages Verena Eckloff, Greta Heyhena und Bertram Graw. Neben den zahlreichen Mitgliedern der LO konnte Wenskat auch weitere Gäste und Freunde der Landsmannschaft willkommen heißen.

Der Ehrenvorsitzende Edmund bedankte sich beim Vorsitzenden für die gute Organisation und wünschte dem Preußentag einen guten Verlauf, bevor er dann darauf hinwies, welche hohe Zahl an Geistern Ostpreußen hervorgebracht hat, und leitete dann zu einer Stimme Preußens, genauer Ostpreußens über. Eine Stimme, die auch heute nicht überhört werden dürfe, sei die der Dichterin Agnes Miegel. Ferner stellte das von Dr. Walter Rix verfasste fundamentale Werk mit dem Titel: „Agnes Miegel. Wort und Mythos, Wege zum Verständnis des Werks“, erschienen im Kieler Verlag Ludwig (ISBN-Nr. 978-3-86935-474-3),



Der Geschichtsunterricht im Hamburger Lehrplan: Studienrätin Verena Eckloff referierte zum Preußentag Bild: Hans-Albert Eckloff

vor. Nicht ohne Grund hat das Buch den Untertitel „Wege zum Verständnis des Werkes“. Rix macht deutlich, dass Miegels Literatur nicht verstaubt sei, wie man der Autorin unterstelle. Das sehe man an der großen Zahl ihrer Ehrungen und Auszeichnungen: 1910 – Ehrenpreis der Deutschen Schillerstiftung, 1916 – Kleistpreis, 1924 – Ehrendoktor der Universität Königsberg, 1979 – Ehrung zum 100. Geburtstag durch eine Sondermarke der Bundespost.

Auch Straßen, Plätze und Schulen sind oder waren nach ihr benannt.

Ferner führte aus, dass mit dem Verlust der Agnes Miegel-Dichtung auch ein wesentlicher Teil des ostdeutschen Kulturgutes verloren gehe. Mit Nachdruck, so Ferner, müsse es ein Anliegen sein, dieses wertvolle Vermächtnis weiterzutragen. Es sei zu hoffen, dass dieses Buch viele interessierte Leser findet, und damit zum Wiederbeleben

der Dichterin beitrage. Zum Glück gebe es auch Kräfte wie die Agnes Miegel-Stiftung, die mit zahlreichen Publikationen dafür Sorge, dass die Bedeutung der Schriftstellerin in der deutschen Kultur weiterhin verdeutlicht werde.

Nach dieser Vorstellung ging Ferner auf die größte Schiffskatastrophe des Zweiten Weltkrieges ein: den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ am 30. Januar 1945, also vor 80 Jahren. Es war zu der Zeit das größte Kreuzfahrtschiff der Welt und wurde ab September 1939 als Flüchtlingsschiff eingesetzt. Auf seiner letzten Fahrt am 30. Januar 1945 mit 10.582 Flüchtlingen, darunter 8800 Frauen und Kindern, an Bord, wurde es durch drei russische Torpedos vor der pommerschen Küste getroffen und versank. Nur 1252 Menschen konnten gerettet werden.

Nach anschließenden Grußworten vom Vertreter des BdV und

der OMV meldete sich Hubertus Hilgendorf zu Wort und wies auf eine vorliegende Broschüre hin. Darin heißt es: Im Frühjahr 2022 wurde die älteste Reitpferderasse der Welt, die Trakehner Zucht, von der deutschen UNESCO-Kommission als „Immaterielles Kulturerbe“ anerkannt. Damit ist die Zucht der edlen Trakehner Pferde nicht nur das erste deutsche Immaterielle Kulturerbe mit hippologischem Hintergrund, sondern auch die erste Pferdezucht, der diese Ehre zuteil wurde. Was für eine wunderbare Ostpreußen zugewandte Auszeichnung.

Viele bewegt schon länger die Frage, welcher Lehrstoff in welchen Klassen mit wie vielen Stunden heute an Schulen in deutscher Geschichte gelehrt werde. Verena Eckloff, Studienrätin an einer Hamburger Gesamtschule mit gymnasialem Abschluss unter anderem für Geschichte, hatte sich bereit erklärt, auf diese Fragen eine Antwort zu geben. Anhand von Schautafeln und vorgegebenen Unterrichtsprogrammen erläuterte Eckloff, welche Themen sie in den nur wenig zur Verfügung stehenden Stunden unterbringen könne. Ihr Vortrag warf viele Fragen auf, die diskutiert wurden. In einem längeren Beitrag wird der Vortrag an dieser Stelle noch einmal erscheinen.

Nach der Mittagszeit mit köstlichem Rinderbraten gab es eine große Portion ostpreußischer Lebenslust. Greta Heyhena, eine Königsbergerin, die den ostpreußischen Dialekt nicht abgelegt hat, unterhielt im Wechsel mit „Küchenliedern“, die sie mit der Klampfe begleitete, und ostpreußi-

sem Humor vom Feinsten. Sie ist ein Original und so brachte sie auch ihre Lieder und Anekdoten zum Hören. „Und was bekommst Du für Deinen Vortrag?“ wurde sie gefragt. „Gebt eine Spende, die ich an den Tierschutzverein weiterleite, auf diese Weise habe ich schon viele Tausend Euro den armen Tieren zukommen lassen“, lautete ihre Antwort. Was für ein großes Herz diese Frau hat. Und es wurde gut gegeben. Ein großes Dankeschön für diesen originellen heiteren Beitrag.

Das Programm am Nachmittag gestaltete Vorstandsmitglied Bertram Graw. Er ist Geodät und kennt sich gut in Kartenlesen auf dem Computer aus. Er öffnete die Karte „Google Earth“ und mit ein paar Klicks fuhren die Teilnehmer mit ihm zunächst durch die Straßen von Kiel, hielten virtuell am Haus der Heimat und reisten auf der Karte über die Ostsee nach Memel. Hier ging es durch die Stadt mit dem Simon Dach Haus, und weiter nach Kaunas, denn er besuche gerne das bekannte große Sängerfest, das gerade hier stattgefunden hatte. In Ostpreußen ging die Fahrt, als säße man im Auto, durch Graws Heimatort. Mit dieser Demonstration weckte er das Interesse der Teilnehmer. Der erste Wunsch lautete Albrechtswalde. Auf der deutschen Karte fand er den Ort, aber es gab keine Bilder. Für den nächsten Wunsch Schnellwalde gab es Bilder, und wie im Film fuhren die Teilnehmer ins Dorf. An der Kirche stoppte er – hier wurde der Unterzeichner getauft. Gegenüber der Kirche war die renovierte Schule und das Lehrerhaus zu sehen. Graw hatte für den Rest des Nach-

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Mittel gegen Husten', 'Kante, Winkel (Süddeutsch)', 'eine Schicht abkratzen', 'dehnbares Gewebe', 'Würdigung', 'studentische Veranstaltung (Abk.)', 'franz. Stadt an der Rhone', 'gasförm. Kohlenwasserstoff', 'Schussgeräusch', 'Verladeaufahrt', 'brasiliianische Fußballlegende', 'rechter Nebenfluss der Donau', 'kleines Lasttier', 'Krieger, Held', 'früherer Reiter', 'Besichtigungsfahrt', 'Affe, Weißhandgibbon', 'ägyptische Halbinsel', 'Kfz-Z. Landkreis Rostock', 'dünnes Blattchen, Scheibe', 'jeder ohne Ausnahme', 'eine Zahl', 'literarisches Erzeugnis', 'Weltmacht (Abkürzung)', 'unempänglich, gefeilt', 'kleine Zwistigkeit', 'selbstsüchtiger Mensch', 'Maßbeimteilung an Messgeräten', 'heftiger Schlag', 'Astrologe Wallensteins', 'Staat in Nahost', 'Blutgefäß', 'Niederschlag, Schauer', 'rückbez. Fürwort (1. Pers. Plural)', 'englischer Artikel', 'Tiergarten (Kurzwort)', 'Kobold, Zwerg', 'schmal; begrenzt', 'schlechter Leu-mund', 'Besucher', 'betagt, nicht jung', 'brausen, dröhnen', 'alleinmig, abschließlich', 'ugs.: Mähre, Klepper', 'Monatsname', 'englisch: eins', 'sizilianischer Vulkan', 'griechische Vorsilbe: lebens-', 'Teil des Bühnenstücks', 'Meeresbucht', 'Fecht-waffe', 'ältester nachweisbarer Vorfahr', 'Segelbefehl', 'großer asiat. Singvogel, Star', 'undichte Stelle', 'Triebwagen der Eisenbahn', 'englische Prinzessin', 'Währung in Japan (100 Yen)', 'Schwanz des Hundes', 'lat.: innen, innen-dig', 'römischer Sonnengott', 'Druckbuchstabe', 'herbei, hierher (ugs.)', 'Futterbehälter', 'altägyptischer Sonnengott', 'nicht eine', 'Feldertrag', 'griechischer Kriegsgott', 'Bienenzüchter', 'Mineral- oder Gesteinskörchen', 'Fluss z. Rhein, von der Eifel', 'Unterhaus des russ. Parlaments', 'nordamerikanisches Wildrind', 'Gleichgewicht', 'Lobgesang der kath. Messe', 'ital. Barockmaler (Guido)', 'Unverheirateter', 'eine Europäerin', 'Querstange am Mast', 'radioaktives Schwermetall', 'altord. Erzählung in Prosa', 'dunkelblauer Farbstoff', 'Essen, Speise', 'von Wasser umgebenes Land', 'eine der Nordfriesischen Inseln', 'seit ge-raumer Zeit', 'Weißfisch Karpfenfisch', 'leiten, steuern', 'wunderliche Eigenart', 'Hast', 'Rennstrecke; abgeteilte Spur', 'Einheitenzeichen für Kilowatt', 'deutscher Maler (Franz)', 'Mietwagen mit Fahrer', 'Alphabet', 'spitzer Pflanzenteil', 'Rad-mittelstück', 'Universum', 'Einheit d. Beleuchtungsstärke', 'nach vorn treibende Kraft', 'bereits', 'amerik. Schauspieler (Richard)', 'französisch: in', 'Strudelwirkung', 'schüchtern', 'Gerät zum Messen der Wassertiefe', 'nichts (ugs.)', 'So ist's richtig:', 'Diagonalrätsel: 1. Abwehr, 2. Anflug, 3. Bagdad, 4. Queens, 5. erhol., 6. Neptun – Angehn, Rudern', 'Kreiskette: 1. Debut, 2. Gerste, 3. Lerche, 4. Heiser, 5. Selene – Bungelesern', 'Sudoku: 1 8 7 2 9 6 5 4 3, 9 7 2 8 9 6 1 7 4, 6 5 9 1 2 7 8 3 4, 8 1 7 5 2 9 1 7 6 3, 9 7 3 1 6 7 8 2 9 2, 2 6 9 3 2 7 1 5 4, 5 9 1 4 1 6 2 7 9, 4 2 3 2 7 1 5 6 8, 2 7 4 8 9 6 3 5 1', 'Einheit d. Beleuchtungsstärke', 'PA225_04'

Sudoku

A 6x6 Japanese number puzzle grid. The grid contains numbers 3, 5, 6, 7, 9, 1, 3, 4, 2, 1, 9, 8, 4, 3, 4, 2. The clues are: 'Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!'.

Diagonalrätsel

A 6x6 grid with a diagonal path of dots. The clues are: 'Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wassersportarten. 1 Widerstand, Verteidigung, 2 letzte Phase vor der Landung, 3 Hauptstadt des Irak, 4 Stadtbezirk von New York, 5 ausgeruht, entspannt, 6 römischer Gott des Meeres'.

Kreiskette

A circular diagram with five overlapping circles labeled 1 to 5. The clues are: 'Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Plattgerät. 1 erstes öffentliches Auftreten, 2 Getreideart, 3 Singvogel, 4 rau und fast tonlos (Stimme), 5 griechische Mondgöttin'.

Heimatkreisgemeinschaften

mittags viel zu tun, um den vielen Nachfragen aus dem Publikum nachzukommen. Was braucht man, um diese Demonstration vorzuführen? Eigentlich nur einen mit dem Internet verbundenen Computer. Das kann der PC, ein Laptop oder Handy sein. Im Vortragsraum war der Laptop an einem Beamer angeschlossen, der die Bilder auf eine Leinwand projizierte. Natürlich müsse man auch wissen, wie man das Programm bedient. Die jüngere Generation lerne dies schon von „Kindsbeinen“ an, und an die solle sich jeder wenden, der seine Heimat auf diese Weise neu entdecken möchte.

Die Kaffeepause gehörte den Teilnehmern, die sich noch einmal rege untereinander austauschten. Mit Ankündigung der Mitgliederversammlung (MV) am Sonntag, 15. Juni, schloss der Vorsitzende den erlebnisreichen Preußentag.

Hans-Albert Eckloff



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

67. Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) – Wochenende, 15. und 16. Februar, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: 67. Heimatpolitische Tagung, zu der die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte einladen.

Am Sonnabend, 15. Februar, beginnt die Veranstaltung, die sich mit der wechselvollen Geschichte und der Zukunft von Ort sowie Schloss Steinort beschäftigt, um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Begrüßung folgen die Vorträge von Dr. Uwe Heckert: „Ein großer Sprung: 600 Jahre Steinort – Aus der Großen Wildnis in eine europäische Zukunft“ sowie von Dr. Bettina Bouresh, Vorsitzende der Lehnendorff-Gesellschaft Steinort: „Die Vision für Steinort: Akademia Mazuria, Galerie Lehnendorff und ein Gästehaus – Wissenschaft, Bildung und Kultur im „Forum für Europäischen Dialog“.

Der Abend klingt nach gemeinsamem Elchbraten-Essen in gemütlicher Runde aus. Traditionell werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE33

»Zukunft für Ostpreußen!«

Mit ihren „Steinorter Geschichten“ werden Ulla Lachauer und Agatha Kern am Sonntag, 16. Februar den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden kurzfristig bis zum 5. Februar erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Danzig-Masuren-Memelland

Neuntägige **Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai** unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen.

Die Besichtigungen der Marienburg und der Elblinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannsburg Heide, schließen sich an. Eckertsdorf mit der Besichtigung des Philliponenklosters – als Altgläubige aus Russland vertrieben, fanden die Philliponen Anfang des 19. Jahrhunderts hier im toleranten Preußen Aufnahme –, eine Flussfahrt auf der Krutinna und eine Kutschfahrt zu einem masurischen Abend mit deftigem Essen und mitreißender Folklore beenden den fünften Tag. Am sechsten Tag geht es nach Norden, Kaunas, zum Berg Rambynas, nach Heydekrug und Memel, wo es eine Stadtführung geben wird.

Die Kurische Nehrung wird den letzten Programmpunkt vor der Rückreise einnehmen, mit einem Ortsrundgang durch Nidden und der Auffahrt zur Hohen Düne. Am späten Nachmittag geht es zurück nach Memel, wo die Fähre nach Kiel gegen 21.30 Uhr ablegen wird. Vom Kieler Hauptbahnhof reisen die Teilnehmer in Eigenregie heim. Programmänderungen sind möglich, die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen. Weitere Informationen und Anmeldung beim Reiseleiter Dieter Wenskat, Horst-

heider Weg 17, 25365 Sparrishoop, Telefon (04121) 85501.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelinkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerreise

Vom **16. bis zum 23. Juli** fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reisetilnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen. Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zustiegmöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute. Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension. Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden. Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten und Erkundigungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Busreise im Juni

Vom **14. bis zum 22. Juni** wird eine **Busreise nach Neidenburg** stattfinden mit Übernachtungen im schönen Hotel Gawra in Wickenu [Wikno], direkt am Omulefsee. Zustiegmöglichkeiten sind nach Absprache möglich. Da noch einige Plätze frei sind, melden Sie sich nächstmöglich beim Kreisvertreter an. Die Preise können erst nach Feststehen der Teilnehmerzahl errechnet werden. *Ulrich Pokraka*

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Der Filmclub zeigt „Grün ist die Heide“, Dienstag, 11. Februar, 15 bis 17 Uhr. „Grün ist die Heide“ aus dem Jahr 1951 ist einer der erfolgreichsten deutschen Heimatfilme. Schon ab 14 Uhr gibt es Kaffee und Kuchen – im Eintrittspreis von 10,- Euro pro Person inkludiert.

Die Handlung des Films verknüpft Romantik, die heile

Welt der Heide, Auswanderungssehnsucht und die Vertriebenenthematik zu einem der ersten und einem der erfolgreichsten deutschen Heimatfilme. Regisseur Hans Deppe und Drehbuchautor Bobby E. Lütjhe aktualisierten einen gleichnamigen Film aus dem Jahr 1932 und lockten mit ihm mehr als 16 Millionen Besucher in die deutschen Kinos. Die Lieder mit Texten vom Hei-

dedichter Hermann Löns unterstreichen die nostalgische Atmosphäre.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de



Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

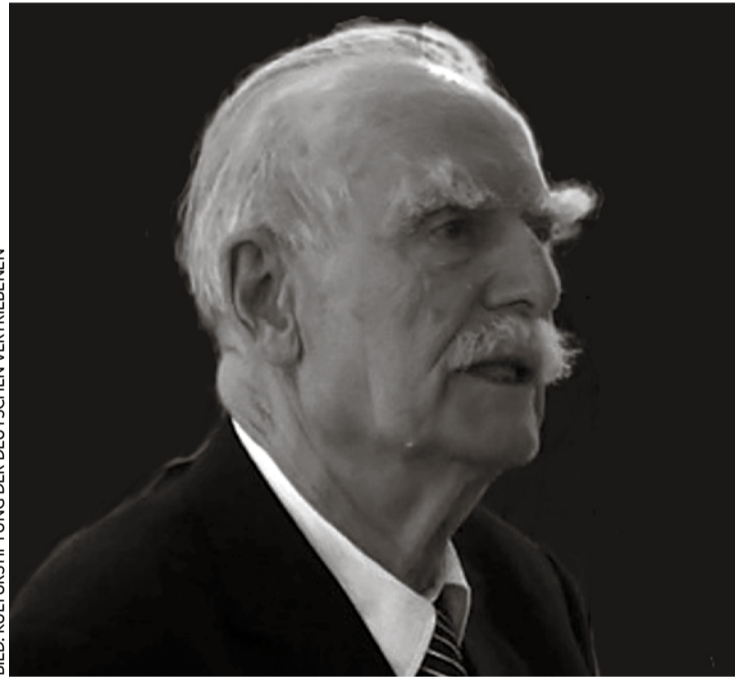
Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen tauert um ihren langjährigen engagierten Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden Hans-Günther Parplies, geboren am 26. April 1933 in Marienburg/Westpreußen, gestorben am 15. Januar 2025 in Bonn.

Aufgewachsen in West- und Ostpreußen, galt die Liebe von Hans-Günther Parplies lebenslang der Heimat, aus der er in jungen Jahren brutal vertrieben worden war, deren Verlust ihn bis zuletzt tief schmerzte. Die wechselvolle Geschichte Ostpreußens und seiner Nachbarregionen, deren reiche und prägenden Beiträge zur Kultur im Be-

wusstsein aller Deutschen und auch ihrer Nachbarn zu bewahren, dies war ihm stets ein besonderes Anliegen. Es galt ihm aber nicht allein, Geschichte und Kultur vor dem Vergessen zu retten, sondern deren Dokumentation und Erforschung aktiv zu befördern und sie so auch für die weitere, friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas fruchtbar zu machen. Diesem Anliegen widmete er nicht nur seine berufliche Tätigkeit, sondern auch sein bis ins hohe Alter anhaltendes ehrenamtliches Engagement in den verschiedensten Institutionen und Gremien des Vertriebenenbereichs, so nicht zuletzt auch in der Kultur-

stiftung der deutschen Vertriebenen. Dieser gehörte Parplies seit 1998 in verschiedenen Funktionen an, so als Vorstandsvorsitzender, als Kuratoriumsvorsitzender und seit 2016 als Ehrenvorsitzender. Ohne seine Präsenz, seinen stets fachkundigen und klugen Rat, seine Beharrlichkeit und seine aktive Mitwirkung hätte die Arbeit der Stiftung, insbesondere in den zum Teil schwierigen Zeiten seit dem Jahr 2000, nicht erfolgreich fortgeführt werden können. Auch noch angesichts der zwangsläufig einschränkender gesundheitlicher Probleme in den letzten Jahren konnte sich die Stiftung stets seiner aufmerksamen und hilfreichen Anteilnahme an den Aktivitäten gewiss sein. Die Kulturstiftung ist seiner in jeder Hinsicht herausragenden Persönlichkeit somit zu großem Dank verpflichtet, einem Dank, der auch angesichts von dessen den Mitarbeitern zugewandten Art von Herzen kommt. Das Mitgefühl gilt seiner lieben Ehefrau Brigitte, die, ebenso heimatverbunden wie er, ihn in seinem Engagement bis zuletzt aktiv unterstützt hat. Hans-Günther Parplies, zeitlebens ein überzeugter evangelischer Christ, er ist nun am Ziel seines Lebens, in seiner ewigen Heimat angekommen – dort, wo ihn, wie wir glauben dürfen, ein liebender Gott erwartet.

Thomas Konhäuser, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



Hans-Günther Parplies

ANZEIGE



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Hans-Günther Parplies

* 26. April 1933
in Marienwerder/Westpreußen

† 15. Januar 2025
in Bonn

Der Verstorbene war von 1988–2016 Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und von 1994–2008 Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Hans-Günther Parplies im Jahre 1979 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

FRAUENBURG UND INSTERBURG

Nachts, wenn in Ostpreußen die Mörder kamen

Erst kannten die grausamen Täter keine Gnade, dann die ostpreußische Justiz bei ihren Urteilen ebenso wenig

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn nicht Macht oder Liebe, dann ist es die Geldgier, die Menschen zu den abscheulichsten Gewalttaten verleiten kann. Davon zeugen auch zwei spektakuläre historische Kriminalfälle im Ostpreußen des 19. Jahrhunderts. Der erste war der Raubmord am Fürstbischof des Ermlandes, Andreas Stanislaus von Hatten. Der 77 Jahre alte Geistliche, der sein Amt im April 1837 angetreten hatte, befand sich am Abend des 3. Januar 1841 in seiner Residenz in Frauenburg. Die Dienstboten besuchten zu dieser Zeit eine Andacht in der Pfarrkirche, sodass neben dem Bischof nur dessen Wirtschafterin Rosalie Pfeiffer im Hause weilte. Gegen 19 Uhr stürmte der Schneidergeselle Rudolph Kühnapfel in die Gesindestube und bedrängte die 71-jährige Frau lautstark: „Das Geld her, oder es ist ihr Tod!“ Daraufhin führte diese den Eindringling voller Angst zu dem Bischof im Obergeschoss.

Mit dem Beil erschlagen

Bei nächster sich bietender Gelegenheit versuchte sie zu fliehen, woraufhin Kühnapfel ihr mit seinem mitgebrachten Beil auf den Kopf schlug. Dann zwang er den völlig verstörten Bischof, ihm eine Uhr und eine Dose aus Gold sowie etliche Talerstücke auszuhändigen. Weil sich die Haushälterin noch regte, versetzte der Räuber ihr weitere vier bis fünf Beilhiebe, an denen sie letztendlich verstarb. Gleich darauf argwöhnte der maskierte Täter, dass der Geistliche ihn erkannt habe und attackierte diesen ebenfalls mit mehreren wuchtigen Schlägen gegen den Schädel, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Danach ging der Raubmörder in aller Ruhe ins Wirtshaus, um dort stundenlang zu trinken und Karten zu spielen.

Weil Kühnapfel schon in der Vergangenheit durch wüste Drohungen gegen

die katholische Geistlichkeit aufgefallen war, fand eine Durchsuchung seiner Wohnung statt, bei der tatsächlich die Beute

entdeckt wurde. Dennoch leugnete der Schneider weiter, bis der vom Preußischen Innenministerium nach Frauen-

burg entsandte Polizeirat Friedrich Duncker ihn nach sechsstündigem Verhör zu einem umfangreichen Geständnis bewog. In dessen Verlauf sagte der Untersuchungshäftling über sein Handeln: „Es fiel mir gar nicht ein, dass es etwas Unrechtes sei, da er so viele Tausende besitzt, und zwar auch mit Unrecht.“ Ebenso bekundete Kühnapfel keinerlei Reue.

Knochen zerschlagen und gerädert

Das Gericht ging von einem vorsätzlichen Mord aus, zumal der Täter als jähzorniger, habgieriger und ebenso boshafter Mensch galt – heute würde man ihn als typischen Psychopathen bezeichnen. Daher wurde der 1814 geborene Kühnapfel am 15. Februar 1841 vom Oberlandesgericht in Königsberg zum Tod auf dem Rad „von unten herauf“ verurteilt. Dabei zerschmetterte der Henker zunächst die Beine, Arme und Rippen des Delinquenten und erst ganz zum Schluss auch dessen Halswirbelsäule. Der öffentliche Vollzug dieser als ebenso erniedrigend wie „martervoll“ geltenden Todesstrafe erfolgte am 7. Juli 1841 in Frauenburg – es war die letzte derartige Hinrichtung in Preußen.

Elf Jahre später ließen sich zwei Frauen aus dem Dorf Swainen unweit von Insterburg zu einem ähnlich ruchlosen Verbrechen wie Kühnapfel hinreißen. Die 63 Jahre alte Witwe Charlotte Meyer und deren 24-jährige unverheiratete Tochter Mathilde hegten einen tiefen Hass gegen Juden, weil sie diese allesamt für unverdient reich hielten. Also beschlossen sie, einen der vielen durchs Land ziehenden jüdischen Hausierer hinterrücks kaltblütig zu ermorden und auszurauben – in dem irrigen Glauben, dass diesen wohl ohnehin niemand vermissen würde.

Tod wegen weniger Goldmünzen

Ihr erstes unglückliches Opfer war Leib Bär Luchtenstein aus Wystiten an der Grenze zu Litauen. Die beiden Frauen lockten den 50-Jährigen am Nachmittag

des 18. März 1852 ins Haus und versetzten ihm etliche Schläge mit einem Flachsklopfer beziehungsweise Holzhammer auf den Kopf. Weil er danach immer noch röchelte, rammte Mathilde Meyer dem Sterbenden ein Messer in die Brust. Anschließend durchwühlten die beiden Mörderinnen die Taschen des Juden, fanden aber lediglich fünf preußische Silbergroschen und ein paar polnische Münzen.

Wenige Minuten später betrat der arglose 15-jährige Sohn des Getöteten namens Markus Judel die Wohnstube der Frauen und wurde sofort auf die gleiche Weise wie sein Vater niedergemetzelt. Danach ließen die Täterinnen die Leichen in einer eigens hierfür vorbereiteten Grube im Stall verschwinden. Vier Wochen später wurden die verwesenden Körper bei einer Durchsuchung des Grundstücks der Meyers entdeckt. Diese fand statt, weil Zeugen Vater und Sohn dort zuletzt lebend gesehen hatten. Charlotte und Mathilde Meyer gestanden die Tat daraufhin und wanderten in Haft.

Mit dem Handbeil gerichtet

Die Aburteilung der Mörderinnen erfolgte am 13. Januar 1853 durch das Schwurgericht beim königlichen Kreisgericht in Insterburg. Das Urteil lautete auf Enthauptung wegen Raubmordes, und wurde bald darauf von König Friedrich Wilhelm IV. bestätigt. Der Tod der beiden jüdischen Hausierer sollte von der preußischen Justiz genauso unnachsichtig geahndet werden wie das Blutbad im Haus des ermländischen Bischofs.

Die Hinrichtung von Mutter und Tochter erfolgte im Morgengrauen des 23. Juni 1853 auf dem Hof des Insterburger Untersuchungsgefängnisses im Abstand von nur wenigen Minuten mit dem Handbeil. Dies war in Preußen die bevorzugte Hinrichtungsart. Dabei fasst der Scharfrichter beidhändig das Beil und lässt die schwere Klinge niedersausen, um den Verurteilten mit ein, zwei Hieben zu köpfen.



Neben Königsberg war insbesondere das Thorner Blutgericht bekannt für seine öffentlichen Hinrichtungen, die von den Einwohnern begeistert gefeiert wurden

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Warum Elon Musk in Oberschlesien herbeigesehnt wird

Oberglogau hofft auf eine weitere kuriose Facette in seiner Stadtgeschichte

Der reichste Mann der Welt, Elon Musk, schielt bekanntlich zunehmend auf Europa. Dass der Gründer von Tesla und SpaceX sowie Eigentümer der Plattform X in Europa nach Immobilien sucht, weiß man auch in Oberschlesien. Der Bürgermeister von Oberglogau [Głogówek] in der Woiwodschaft Oppeln [Opole], Piotr Bujak, bot nun Musk die Oberglogauer Oppersdorff-Residenz zum Kauf an, schreibt die Oppelner Zeitung „O!Polska“.

Und weil er auch um Musks Hang gen Italien weiß, vergleicht der 37-jährige seine Heimat mit Bella Italia. Um Musk zu überzeugen, zitiert Bujak den aus Weingasse stammenden Schriftsteller Rafael Urban und dessen malerische Beschreibung des Oberglogauer Landes: „Lavendelfelder wie in der Toskana, schöne Schlösser und Anklänge an den italienischen Barock der Sakralbauten“. Auch die von François Sebastini geschaffenen Wandfresken in der Oberglogauer Schlosskapelle aus dem 18. Jahrhundert sorgen für Italo-Flair. Doch ebenso pragmatische Vorteile Oberglogaus zählt Bujak auf, zum Beispiel die Nähe zu Flughäfen in Kattowitz und Breslau.

Die Oberglogauer Renaissance-Residenz von Oppersdorff ist heute Eigentum

der Stadt und sei eine echte architektonische Perle, die einen geeigneten Rahmen für Musks Unternehmen bilden könnte, so Bujak in den sozialen Medien.

1562 ließ Hans Oppersdorff innerhalb von zehn Jahren in Oberglogau ein im Renaissancestil erbautes Schloss errichten. Mit ihm begann auch die fast 400-jährige Verbundenheit der Familie Oppersdorff mit Oberglogau. Der Besitz ging an seinen Bruder Georg I. über. Johann Georg II. erweiterte das Gebäude unter anderem um vier Türme, die dem Schloss seinen wehrhaften Charakter gab. Johann Georg III. baute das Schloss im Barockstil um.

Der wohlhabende Graf Georg III. von Oppersdorff holte namhafte Künstler nach Oberglogau. Um 1620 beauftragte er Jacob Hendrik, den Sohn des Amsterdamer Bildhauers Gerhard Hendrik, der seit 1589 in Breslau tätig war, die Ausstattung der Schlossinnenräume zu gestalten. Auch ein Grabstein der Familie Oppersdorff in der Oberglogauer Pfarrkirche sollte Hendrik erschaffen. „Leider hatte der junge Bildhauer nicht den besten Ruf. Denn aufgrund von Trunkenheit, Schlägereien und Diebstahl von Birnbaumholz wurde er mehrfach angeklagt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. So konnte er



Wird bald die Oberglogauer Renaissance-Residenz von Oppersdorff dem aktuell reichsten Mann der Welt, Elon Musk, gehören?

Bild: Wagner

den Auftrag für Georg III. nicht ausführen“, schreibt Jakub Jagiello im Portal „Culture.pl“. Graf Georg III. beauftragte daraufhin Gregor Hahn mit der Schaffung des Oppersdorff-Grabsteins. Hahn war Schlesier, der in der Breslauer Werkstatt des Niederländers Hendriks ausgebildet wurde. Doch auch er beendete die Auftragsarbeit nicht. Ein Dritter musste her-

Diesmal war es Sebastian Sala, ein Künstler aus Lugano, den Georg III. in Krakau kennenlernte. Oppersdorff hatte wahrhaft kein gutes Händchen für seine Künstler, denn auch Sala wurde mehrmals wegen Verzögerungen abgemahnt, wovon schriftliche Belege künden. Letztendlich hat er die Arbeit doch noch beendet und es entstand ein einstöckiges Werk mit ei-

ner liegenden Figur Georgs III. im Zentrum und zwei knienden Figuren an den Seiten, die noch einmal Georg III. und seine Gemahlin Benigna Polyxena, geborene von Promnitz, darstellen.

Polnische Kinder lernen in der Schule, dass vom 17. Oktober bis zum 18. Dezember 1655 der polnische König Jan Kasimir Wasa mit seiner Gemahlin und dem Hofstaat im Schloss des Grafen von Oppersdorff Zuflucht vor den Heeren des schwedischen Königs Karl X. fand. Aber auch aus einer anderen kuriosen historischen Begebenheit schließen Polen Oberglogau bestens in ihr Herz: Georg Graf von Oppersdorff (1866–1948) sprach sich für eine Abtretung des Oberglogauer Landes nach dem Ersten Weltkrieg an Polen aus, da Oberschlesien „im katholischen Polen besser geborgen sei als im protestantischen, glaubenlosen Norddeutschland“.

Sollte sich Elon Musk in Oberglogau einkaufen, „wäre das ein neues Kapitel in der Geschichte des Schlosses und für die Stadtverwaltung wäre es ein interessanter Marketing-Gag“, so Bujak. Vielleicht sollte Bujak die Hilfe von Musks neuer „Talkfreundin“ Alice Weidel suchen. Denn deren Vater stammte aus dem nahen Leobschütz [Głubczyce]. Chris W. Wagner

VERKEHR

Einst auf Stettins Straßen unterwegs

Nostalgisch mutet der historische Straßenbahnwagen an – Er zeugt von einer längst vergangenen Zeit

VON TORSTEN SEEGERT

Mit der Straßenbahn durch Stettin? Das ist seit 1879 möglich. Doch um zu verstehen, warum diese ein wichtiger Teil des Personennahverkehrs wurde, ist ein Blick in die vorangegangene Bevölkerungsentwicklung nötig: Hatte Stettin bis 1848 nur etwa 44.500 Einwohner gezählt, so war die Stadt mit der Schleifung seiner Festungsanlagen in den 1870ern geradezu entfesselt worden:

So begann eine Ausdehnung nach Westen, wodurch beispielsweise Stadtteile wie Grünhof oder das Westend entstanden. Und: Der Zuzug von Bürgern aus dem Umland steigerte die Einwohnerzahl bis 1885 auf 100.000 und erreichte – mit der Eingemeindung der Vororte Grabow, Bredow und Nemitz sowie der Entwicklung der östlichen Oderseite – bereits 1900 die Zahl 200.000.

Der wirtschaftlicher Aufschwung als Industrie- und Hafenstadt machte es zu jener Zeit notwendig, sich Gedanken über den Personennahverkehr zu machen, auch weil sich die Geschäfts- und Wohnviertel immer weiter auseinanderentwickelten. Nachdem die Eisenbahn sich für den Fernverkehr bewährt hatte, sollte nun also die Straßenbahn den Nahverkehr besorgen.

Mit dem Beschluss zur Schleifung der bereits erwähnten Festungsanlagen erhielt der Ingenieur Johannes Büsing von der Königlichen Polizeidirektion Stettin die Konzession zum Bau einer Pferde-Straßenbahn. Geplant waren zunächst vier Linien. Und diesen folgten Erweiterungen und Ausbau. Eines der Probleme dabei: die unterschiedliche Höhenlage von Stadt und Oderufer.

Fortschrittlicher Ausbau

Dieser Geländeabfall zum Bahnhof und Oderufer, deren Überwindung durch Pferdekraft für erhöhten Aufwand sorgte, bedingte, dass sich die Straßenbahngesellschaft unter Direktor Albert Klitzing schon bald entschloss, dem Beispiel anderer Städte zu folgen und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) mit der Elektrifizierung und dem Ausbau der Straßenbahn beauftragte. Gleisbett und Schienenstränge mussten erneuert, Fahr-



Einst der Längste auf den Straßenbahnschienen von Stettin: Der Bremer Wagen Nr. 144, ein Original aus dem Stettiner Museum für Technik und Kommunikation

leitungen neu installiert werden. Nun wurden allerdings alle Hauptlinien mit zwei Gleisen sowie Nebenlinien mit Gleisen zum Ausweichen ausgestattet. Auch wurden ein Fünf-Minuten-Takt und drei Tarifstufen (10, 15 und 20 Pfennige) eingeführt. Betrug das Streckennetz 1897 noch 18,62 Kilometer, so wurde dieses bis 1930 auf 106,88 Kilometer ausgebaut.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gab es auch technische Neuerungen. So wurden 1925 die den Alltag dominierenden Wagen mit offenen Plattformen durch moderne und elegantere Triebwagen ersetzt. Alle Züge erhielten zudem elektrische Durchgangsbremsen. Ab 1927

wurden die Rollen-Stromannehmer der Triebwagen durch Schleifbügel innerhalb von sieben Monaten ersetzt.

Doch natürlich gab es auch Rückschläge: beispielsweise der Kurzschluss und eine damit verbundene Explosion im Winter 1928/1929. Der gesamte Fahrbetrieb kam kurzzeitig zum Erliegen. Oder das schwere Unglück im Frühjahr 1930, bei dem ein Beiwagen auf einer abschüssigen Kurve der Linie 6 (Kochstraße-Blumenstraße) entgleiste und zwei Todesopfer zu beklagen waren.

Die 1930er Jahre waren von Umstrukturierungen geprägt. Mehrere Unternehmen wie die Stettiner Elektrizitätswerke

AG oder die Stettiner Straßen-Eisenbahn AG wurden zugunsten der Stettiner Stadtwerke GmbH aufgelöst. 1939 löste der moderne Betriebshof Westend auch die Betriebshöfe Oberwiek, Frauendorf, Nemitz und Roonstraße ab.

Stettin war nun bereits zu einer Metropole mit 350.000 Einwohnern angewachsen. Das Hauptverkehrsmittel wurde während des Zweiten Weltkrieges, als der Personenkraftverkehr längst zum Erliegen gekommen war, die Straßenbahn. Die Herausforderungen waren, den Betrieb aufrechtzuerhalten trotz nötiger Verdunklungen und das Fahren mit Scheinwerfern, die Abblendkappen trugen.

Zerstörung durch Bomben

Es folgten der nächtliche Bombenangriff vom 6. Januar und jener vom 17. August 1944, bei dem die Altstadt an der Oder zwischen der Baum- und der Hansabrücke total zerstört wurde und für jeden Verkehr unpassierbar geworden war. Ein weiterer Bombenangriff in der Nacht des 30. August 1944 forderte über 1000 Tote und 60.000 Obdachlose.

Nachdem Ende April 1945 die Straßenbahner ihren Weg in den Westen antreten mussten und in Kenz bei Barth strandeten, erfolgte im Mai 1945 der Rücktransport nach Stettin, um die Wasser- und Elektroversorgung in der Stadt wieder aufzubauen. Bis 1948 konnten wieder sieben Linien in Betrieb genommen werden.

Auch heute fahren noch Straßenbahnen durch Stettin, seit 1986 sogar auf zwölf Streckenlinien. Einige Strecken wurden nicht wieder in Betrieb genommen, andere neu gebaut. Die Streckenlänge beträgt heute insgesamt 65,5 Kilometer. In der Weihnachtszeit 2024 wurden die Wagen der Linie 7 weihnachtlich beleuchtet.

Etwas abseits von den üblichen touristischen Strömen liegt das Stettiner Museum für Technik und Kommunikation in einem ehemaligen Straßenbahndepot, in dem der historische Bremer Wagen zu besichtigen ist. Auch Liebhaber der Stoewer Automobile und weiterer technischer Fortbewegungsmittel, Nähmaschinen und Schreibmaschinen werden hier auf ihre Kosten kommen.

● de.muzeumtechniki.eu

MELDUNGEN

Marienkirche, Empfang und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Zweiter Paukenschlag bei Pogon Stettin: Nach dem Wechsel von Benedikt Zech zum SC Rheindorf Altsch (Österreich) ist nun auch der Wechsel von Mittelfeldspieler Alexander Gorgon im Gespräch. Unklar: Welche Wirkung hat der Verlust beider Leistungsträger auf den Verein? TS

Demmin – Der Ende 2024 von der Stadt erworbene Klänhammer-Speicher und das dazu gehörige Hafengelände sollen in der Zukunft touristisch genutzt werden. Die Idee: Aus dem Getreidesilo könnten Wohnungen oder Ausstellungen entstehen – wie in Kristiansand oder Duisburg. TS

Stargard – Die Marienkirche von Stargard gilt als eine der größten pommerischen Kirchen. Nun haben etwa 20 Restauratoren nach einem halben Jahr die Sanierung von vier der acht Kapellen abgeschlossen. Dabei wurden auch die Altdeutschen Schriften von vor 1945 wiederhergestellt. TS

Greifswald – Bei der Universitätsmedizin werden die Blutspenden knapp – nun werden dringend Spender gesucht. Möglich ist der Kontakt über die Telefonnummer (03834) 865478. Auslöser des Aufrufs sind neben geplanten Operationen auch ein erhöhtes Aufkommen an Notfällen. TS

Swinemünde – Die Erweiterung des LNG-Terminals von Swinemünde wurde am 22. Januar offiziell abgeschlossen. Die Lagermenge der Anlage beträgt somit insgesamt etwa 500.000 Kubikmeter. Das entspricht einer Regasifizierungsmenge von 8,23 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. TS

Pasewalk – Die Kosten des Schullastenausgleichs für Schüler aus dem Stettiner Raum, die deutsche Schulen im Grenzgebiet besuchen, werden ab kommendem Schuljahr durch das Land Mecklenburg-Vorpommern getragen. So soll die gute Entwicklung in der Metropolregion Stettin unterstützt werden. TS

Rummelsburg – Die örtliche Polizei ist jetzt auch mit einem „mobilen Polizeirevier“ unterwegs. Der Kleinbus ist so konzipiert, dass auch Strafanzeigen oder Zeugenbefragungen durchgeführt werden können. Ziel ist es, Hemmschwellen der Opfer häuslicher Gewalt abzubauen. TS

Anklam – Eine Delegation aus Anklam mit Bürgermeister Michael Galander und Bürgervorsteher Andreas Brüsch war zu Gast in der Partnerstadt Heide in Holstein. Dort waren sie Gäste des Neujahrsempfangs am 14. Januar. Traditionell hatten sie ein Geldgeschenk dabei, das in diesem Jahr für den „Platz für Kinderrechte“ bestimmt ist. Die beiden Städte verbindet seit 35 Jahren eine Städtefreundschaft. Die Delegation aus Naugard [Nowogard] konnte in diesem Jahr leider nicht dabei sein. BS

Vor 80 Jahren: 1945–2025

Stolpmünde – Am 30. Januar wurde das ehemalige „Kraft durch Freude“-Schiff „Wilhelm Gustloff“ um 21 Uhr von einem sowjetischen U-Boot getroffen. Das Schiff sank gegen 22.15 Uhr bei minus 20 Grad Celsius. Mit 1239 Überlebenden und etwa 9000 Toten gilt der Untergang als größte Schiffskatastrophe der Welt. TS

TOPOGRAPHIE

Detailreiche Landkarten

Neuerscheinung von „Netzetal“ und eine Überarbeitung von „Niederschlesiens Norden“



Blochpläne sind unerlässlich für die Reiseplanung und Forschung. Auch kleine Orte findet man zweisprachig auf den detailreichen Landkarten, zusätzlich noch interessante Angaben. Die Karte „Netzetal um Schneidemühl“ – von Kreuz bis Bromberg ist eines der letzten Mosaiksteinchen im Bereich Hinterpommern.

Die Landkarte stellt detailliert das Gebiet beiderseits des mittleren Abschnitts des Flusses Netze zwischen den Städten Kreuz und Flatow mit der früheren Provinzhauptstadt Schneidemühl im Mittelpunkt dar. Die anderen Eckpunkte werden durch Kallies und Gollantsch markiert. Weitere wichtige Städte in diesem Bereich sind Deutsch Krone, Schloppe, Schönlanke oder Czarnikau.

In einer Nebenkarte wird der östlich angrenzende Bereich bis Bromberg und bis zur Weichsel dargestellt. Eine weitere Nebenkarte zeigt das Streckennetz der

Wirszter und Bromberger Kreisbahnen. Dieses Gebiet kam zusammen mit dem nordöstlich anschließenden Westpreußen nach der ersten Teilung Polens 1772 zu Preußen. Ab 1807 verlief hier die Grenze zwischen der preußischen Provinz Westpreußen (im Norden) und südlich der Netze beziehungsweise östlich bis zur Weichsel der Provinz Posen.

Auch im Bereich Schlesien hat sich etwas getan. Die Karte „Niederschlesiens Norden“ wurde überarbeitet.

Erwähnenswert ist, dass auch das gesamte Gebiet Ostpreußens auf detailreichen Karten erhältlich ist. B. Stramm

● Bestellbar per Telefon: (030) 449 5339, Mail: info@blochplan.de oder direkt im Webshop: www.blochplan.de. Stadtplanerei BLOCHPLAN, Dipl.-Ing. Dirk Bloch, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin



„Wir brauchen keine Märchenerzähler“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die aktuelle Ausgabe der PAZ habe ich wieder mit großem Interesse und Gewinn gelesen“

Ottfried Wallau, Siegburg
zur PAZ-Ausgabe Nr. 3



Ausgabe Nr. 3

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN UNSCHULDIGER HABECK? ZU: ROBERTS KAMPF (NR. 3)

Wenn ein Fachministerium schlecht geführt wird, dann sollte man schon davon ausgehen, dass der zuständige Minister seinen Anteil daran hat. Das ist allerdings bei Robert Habeck keineswegs der Fall. Er zeigt lieber mit dem Finger auf den ehemaligen Finanzminister Christian Lindner. Völlig zu Unrecht übrigens, denn der gelbe Ritter von der FDP hatte offensichtlich einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere unseres Landes aufgezeigt.

Den grün Erleuchteten passte das allerdings nicht in den Kram. Man wollte, wie in der DDR praktiziert, eine ideologisch geführte Wirtschaft, was bekanntlich zu einem Zusammenbruch der Gesellschaft führte. Ob dieser Verfahrensweise sank das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands allein 2024 um satte 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bereits heute sehen Wirtschaftsexperten unser Land als „kranken Mann“ Europas. Die Industrie hat maßgeblich unter Führung Habecks an Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verloren.

Die etablierten grünen Politiker sind ohnehin mehr um die Erstellung von Strafanträgen gegen die eigenen Bürger wegen Beleidigung beschäftigt, als sich um die Interessen der Bevölkerung zu kümmern. Nun ermittelt ein Untersuchungsausschuss des Bundestages zum vorschnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Der Wirtschaftsminister sieht sich vollständig unschuldig, während Union und FDP ein grobes Täuschungsmanöver zu erkennen glauben. Wurde hier das deutsche Volk schlicht und einfach hinter die Fichte geführt?

Eines dürfte klar sein. Wir brauchen keine Märchenerzähler als Fachminister für die Wirtschaft. Auch nach den Neuwahlen im Februar darf es kein Weiterwursteln mit Rot-Grün geben. Wir brauchen fachlich versiertes Führungspotential, welches unser Land aus der Rezession hilft.

Es ist zudem deutlich, dass die USA unter der Präsidentschaft Donald Trumps

die Daumenschrauben bezüglich Erhöhung von Zöllen gegenüber Europa anziehen werden. Uns werden somit keine Erleichterungen bevorstehen, wenn wir unseren Wohlstand auf einem bescheidenen Maß erhalten wollen.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

ERHÄNGT, NICHT VERGIFTET ZU: VOM FREUND UND PARTNER ZUM GESCHMÄHTEN DIKTATOR (NR. 3)

Der Artikel enthält einige sachliche Fehler. Der Oligarch Boris Beresowski wurde entgegen der Darstellung der Autorin nicht vergiftet, sondern erhängt sich im Jahr 2013 in seinem englischen Anwesen. Michail (nicht Boris) Chodorkowski wiederum wurde nicht für seine politischen Bestrebungen verurteilt und inhaftiert (2013 begnadigt und freigelassen), sondern unter anderem wegen Untreue, Steuerhinterziehung, Diebstahl, Betrug und Vollstreckungsverweigerung. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung im Jahr 2003 war Chodorkowski nach dem „Forbes“-Magazin der reichste Mensch in Russland mit einem Vermögen von acht Milliarden Dollar. Der Leser mag sich selbst ein Bild davon machen, wie Chodorkowski vom Zusammenbruch der UdSSR 1991 bis 2003 ein solches Vermögen anhäufen konnte. Durch redliche Arbeit wohl kaum.

Lars Rosinsky, Kassel

DURCHGEBRANNTES SICHERUNG ZU: WIE POLITISCHEN ABWEICHLERN DER FINANZIELLE HAHN ZUGEDREHT WIRD (NR. 3)

Was im Artikel beschrieben wird (Kontokündigungen als „Waffe“ gegen Oppositionelle, d. Red.), ist in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat völlig inakzeptabel, ist aber Teil einer gesellschaftlichen Veränderung, wie sie zuletzt 1933 stattfand. Vorletzte Woche wurde der AfD-Vorsitzende Alice Weidel, als sie zu einem Wahlkampfauftritt ins Hamburger

Rathaus kam, ein Zimmer im Hamburger Luxushotel Louis C. Jacob verweigert. Begründung, sinngemäß: Man teile nicht die politischen Ziele von Frau Weidel. Was kommt als nächstes? Wir verkaufen nicht an Christen, Juden, Moslems? Da scheinen einige Sicherungen durchgebrannt zu sein.

Peter Wendt, Hamburg

PFLICHT ZUM WIDERSPRUCH ZU: EINE SCHANDE (NR. 2)

Viele Beamte scheinen nicht mehr zu wissen, dass blinder Gehorsam im Grunde illegal ist. Und das gilt sowohl für interne als auch für externe Handlungen im Rahmen ihrer Staatstätigkeit.

„Die Remonstration (Anmerkung des Autors: Eine Einwendung gegen eine dienstliche Weisung) ist nicht nur Recht, sondern Pflicht für jede Beamtin und jeden Beamten in Deutschland“, stellte der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Jahr 2018 klar (Quelle: DBB Beamtenschaft und Tariftunition).

Können Beamte diese Pflicht und wollen sie in der beruflichen Praxis regelkonform umsetzen, stehen sie immer öfter vor einem riesigen Problem: Sie wissen nicht, wer ihnen den remonstrationswürdigen Auftrag erteilt hat, der ihre Einwendung zwingend notwendig macht. Wie heißt es nämlich oft in einer schriftlichen Dienstweisung „von oben“: Diese Anordnung wurde elektronisch erstellt und ist daher auch ohne Unterschrift gültig.

Wir Bürger erleben so etwas auch. Wir bekommen recht häufig ein behördliches Schreiben, in dem man uns am Ende mit gleichem Wortlaut mitteilt, dass dieses Schreiben elektronisch erstellt und daher auch ohne Unterschrift gültig sei.

Ist das wirklich so? Nein, ist es nicht! Sollte ein Staatsdiener ein solches anonymisiertes Schreiben an uns Bürger aufgrund einer Dienstweisung erstellen, hat er gegen diese Dienstweisung eigentlich unverzüglich zu remonstrieren. Diese juristisch unsaubere Form von behördlichen Schreiben basiert nicht selten auf zweifelhaften Anordnungen „von

oben“ und hilft den Verantwortlichen durchaus bei der Verschleierung behördlicher Vorgänge. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Wer allerdings nicht herausfinden kann, welcher Vorgesetzte für den Inhalt einer dienstlichen Anweisung verantwortlich ist, der kann behördenintern auch nicht rechtskonform dagegen remonstrieren. Fehlen auf behördlichen Schreiben nach außen am Ende die Unterschriften der verantwortlichen Beamten, können auch wir Bürger uns nicht zielgerichtet beschweren beziehungsweise Einspruch gegen eine behördliche Auflage einlegen.

Viele Staatsbedienstete und Bürger nehmen dieses ungesetzliche Verhalten mittlerweile aus Unwissenheit, Bequemlichkeit und manchmal sogar aus Angst vor Repressalien leider fast nur noch teilnahmslos hin.

Diese juristisch mehr als fragwürdige Vorgehensweise innerhalb und außerhalb von Behörden gehört schnellstens öffentlich auf den Tisch gebracht. Die „schöne neue“ Digitalwelt mit KI macht es den Verantwortlichen in den Ämtern nach innen und außen sonst in Zukunft noch leichter, sich ihrer gesetzlichen Verantwortung zu entziehen – mit sämtlichen Nachteilen für die ihnen unterstellten Beamten, aber auch für uns Bürger.

Heiko Mittelstaedt, Hemsbach

DAS LAND WIRD ZERRIEBEN ZU: RUHELOSES GESTERN (NR. 1)

Die Vergangenheit ist nicht tot! Sie wird wiederbelebt von denjenigen, die sie als Zeitzeugen erlebt haben, und von jenen, die Vergangenheit als Erinnerung nicht vergessen lassen. Eine Politik ohne Vernunft und Glauben zum eigenen Land straft und verletzt das eigene Volk. Ein Land, das völlig zerstört wurde, wird seine geistigen Errungenschaften, in Schriften festgehalten, durch ein anderes politisches Kalkül nicht vernichten. Deutschland wird zurzeit zerrieben.

Irene Stiller-Schlegel, Gräfelting

ANZEIGE



Steuertricks für Rentner und Pensionäre

Maximal Steuern sparen – gut erklärt und leicht umzusetzen

Dieser praktische Ratgeber bietet Ihnen:

- Clevere Steuertipps, mit denen Sie Irrtümer vermeiden.
- Eine Anleitung, wie Sie Ihre Steuererklärung einfach selbst bearbeiten.
- Tipps zur günstigen Gestaltung von Sozialabgaben.
- Einen Wegweiser für die elektronische Steuererklärung.

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



Markus König
Steuer-RATGEBER
2025 für schlaue Rentner

MEHR von der RENTE

- Wann zahlen Rentner Steuern?
- Die besten Tricks für Ruheständler
- Als Rentner steuerfrei dazuerzielen
- Tipps für die Online-Steuererklärung

KOPP

Markus König: Steuerratgeber 2025 für schlaue Rentner
Paperback • 160 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 991 370 • 10,- €

www.kopp-verlag.de

VON MANFRED LÄDTKE

Ein graues Nichts zieht an den Autofenstern vorbei. Kritsch, kratsch, wehren sich die Scheibenwischer gegen dicke Schneeflocken. Es ist „Eiszeit“ in Minnesota. Wenn die Großen Seen im nördlichen Mittleren Westen der USA zufrieren, dann beginnt im „Land der 10.000 Seen“ die etwas andere Angelsaison.

Monoton surrt der Van über den pfeilgeraden Highway 169. „Vom Flughafen bis zum Mille Lacs Lake fährt ihr höchstens zwei Stunden“, hatte die freundliche Dame vom Autoverleih in Minneapolis dem Anglerteam aus Deutschland versprochen. Von November bis Februar dient der 50 bis 80 Zentimeter dicke Eisdeckel auf den zugefrorenen Seen als „Bauland“ für eine Budenstadt. Angler entwerfen Straßen und geben dem Eis Namen wie „Hechtplatz“ oder „Fischboulevard“. Familien und Pärchen feiern in 5000 Hütten Partys und Feste. Nur die Fischer interessieren sich für das, was unter dem Eis passiert. Ihr Jagdfieber gilt einer Fischart, die im Amerikanischen „Walleye“ heißt.

Bis zu einem Meter groß und zehn Kilogramm schwer wird der Hechtbarsch aus der Zanderfamilie. Wegen seines delikaten Innenlebens ist der zähe Kämpfer eine Herausforderung für jeden Petrijünger. Verliert der Fisch das Duell, landet er auf dem Teller.

Am nächsten Morgen wartet Aaron mit seinem Truck vor dem Hotel. „Steppjacken liegen im Laderaum“, deutet der Touristenführer auf den mobilen Geräteschuppen mit Angelzubehör. Nach 20 Minuten rumpelt der Geländewagen auf den Mille Lacs Lake. Das Fahrzeug schaukelt durch Spurrinnen aus Eis und Matsch. Allmählich verliert sich der Pfad in der Weite des in eisiger Narkose erstarrten Binnensees. Schneekristalle gleißen diamanten im Sonnenlicht. Weit draußen, wo sich Himmel und Schnee zu einem Rendezvous treffen, kündigen sich die ersten Buden wie kleine Legosteine an.

Die Einrichtung ist spartanisch: Gasofen, Kocher, Tisch, Geschirrschrank, Stühle und drei Doppelbetten. Acht Wasserlöcher laden ein zum Angeln. Unter jagderprobten Fischern zwar nicht aller Ehren wert, bei jungen Paaren, die in den Flitterwochen sind, jedoch sehr beliebt ist die Plüsch-Variante des Eisfischens, bei der von der Schlafkoje aus die Angelchnur ins Wasser gehalten wird.

Wie türkisfarbenes Glas schimmern die 40 mal 40 Zentimeter großen Löcher



Petri Heil bei Frost und Schnee – Ein Winterabenteuer auf den Großen Seen in Minnesota

BILD: GREAT LAKES

im ausgesägten Holzboden. Auf einem Minimonitor beobachten die Männer das Treiben im Wasser. Statt eines tollen Hechts beißen aber nur viele kleine Fische an. Immerhin, das Abendessen ist gesichert. Am Lagerfeuer schmeckt der gegrillte Fang mit wildem Reis serviert am besten.

Hinter Wolkenschleiern lugt die bleiche Sichel des Mondes hindurch. Die Reflexion des Schnees lässt das Licht über der weißen Wüste jedoch wie eine Festbeleuchtung strahlen. Plötzlich geistern Lichtkegel von Taschenlampen über den steifen See. Nachbarn von Hütte 31 gesellen sich ans Feuer. Ein alter Fischer spinnt „Seemannsgarn“ über die aus Sagen bekannte Holzfällerfigur Paul Bunyan und seinen blauen Ochsen Babe. Das legendäre Riesen-Paar soll mit seinen Fußabdrücken die Großen Seen hinterlassen haben. Und in den „Honky Tonk“-Liedern am See kursiert die Geschichte von zwei Fischern. Sie hatten in einem Schneesturm auf dem Eis die Orientierung verloren. Als man beide nach fünf Tagen fand, äußerten

sie einfach nur den Wunsch nach Schnaps und Bier.

Nie waren Erzählungen von Indianern, Jägern und wilden Tieren spannender als in dieser Winternacht. Dann steht der Alte auf und zeigt bedeutsam über den See: Früher seien Sioux und Chippewa die Herren von Minnesota gewesen. Die Indianer hätten die Eislöcher damals mit Speeren gebohrt. Rund um das Loch legten sie auf Tannenzweige Felle und bauten darüber ein kleines Zelt. Dann hätten sie sich mit dem Gesicht über das Eisloch auf die Lauer gelegt. Das an der Westseite des Sees gelegene Indian Museum erzählt die Geschichte(n) der Ureinwohner Minnesotas.

Ein „verrücktes Paar“

Nach drei Tagen Holiday on Ice wäre es fast geglückt, einen „Walleye“ in die Hütte zu heiven. Fast, denn dem gerissenen Prachtexemplar war es gelungen, die Nylonleine durchzubeißen. Die Gruppe stapft zu weiter entfernten Fanggründen über das aalglatte Eis. Tauwetter setzt ein.

Das Klima hat Amerikas „Kühlschrank“ über Nacht abgeschaltet.

Aaron wuchtet seinen brusthohen Eisbohrer mit Rasenmähermotor vom Schlitten. Knirschend frisst sich der riesige „Korkenzieher“ in das Eis. Wenig später lauern die Fischer an vier Eislöchern auf den „Big Deal“. Langsam schleicht sich der Abend über die polare Szenerie. Nur der Wind weht manchmal fernes Geknatter von Schneemobilen herüber, die der dichte Nebel verschluckt hat. Endlich zuckt eine Schnur. Die Angelrute biegt sich, weiter, immer weiter. Der Fisch kämpft um sein Leben, will fliehen, zerrt und zieht, hat aber keine Chance. Mit einem Ruck landet der goldglänzende „Walleye“ im Schnee.

Der Angler wirft einen prüfenden Blick auf den Fang und schüttelt den Kopf. Vorsichtig entfernt er den Haken, um die lebenswichtige Schleimschicht des Fisches nicht zu verletzen. Dann gibt er dem Zander die Freiheit zurück. „Vorschrift“, erklärt Aaron. Glasaugenbarsche unter 64 Zentimetern müssen in den See zurück.

Als ein Angler versucht, die sicher ge glaubte Beute mit der Kamera festzuhalten, schwimmt der Fisch längst wieder in seinem Element. Pech gehabt. Fast so, wie die Schauspieler Walter Matthau und Jack Lemmon in dem Spielfilm „Ein verrücktes Paar“ („Grumpy Old Men“) beim Eisfischen in Minnesota.

Deren Filmauftritt nahe Wabasha hat das alte Indianerstädtchen inspiriert, jedes Jahr im Februar ein Grumpy-Old-Men-Festival aufs Eis zu stellen. Zwar ohne das inzwischen verstorbene Duo Matthau & Lemmon, aber dafür mit jeder Menge mürrischer alter Männer beim Eisangeln, versichern die Veranstalter.

● Hütten ab zirka 200 Dollar pro Tag. Kontakt: Great Lakes of North America, c/o Travel Marketing Romberg, Schwarzbachstr. 32, 40822 Mettmann bei Düsseldorf, www.greatlakes.de. Auskunft in den USA: Mille Lacs Area Tourism, www.millelacs.com. Grumpy-Old-Men-Festival vom 21. bis 22. Februar: www.Explore-minnesota.com

SIZILIEN

Archäologische Schätze und literarischer Geist

Agrigent präsentiert sich 2025 als italienische Kulturhauptstadt – Gefeierte wird mit einem großen Mandelblütenfest im März

Während Chemnitz in Deutschland und die slowenisch-italienische Doppelstadt Nova Gorica/Gorizia – (Neu-)Görz zur Zeit der Habsburger – als Europäische Kulturhauptstadt dieses Jahr ihr Bestes geben, trägt Agrigent an Siziliens Südwestküste den Titel der italienischen Kulturhauptstadt.

Der erste Eindruck der auf einem Hügel gelegenen 60.000-Einwohner-Stadt mit ihren hohen modernen Wohnbauten ist jedoch recht ernüchternd. Er verrät so gar nicht, dass Agrigent zu den ältesten Städten Siziliens gehört. Auf den zweiten Blick aber könnte das kulturelle Erbe kaum größer sein.

Agrigent war die letzte Gründung der großen Koloniestädte im antiken Sizilien und im 5. Jahrhundert v. Chr. neben Syrakus die zweitmächtigste Polis der Insel. Ihr archäologischer Schatz erstreckt sich zu Füßen der modernen Stadt. Wo sich ab dem Jahr 580 v. Chr. die griechische – und später römische – Stadt ausbreitete, liegt

heute das Tal der Tempel mit seinen wie auf einer Perlenschnur aufgereihten antiken Heiligtümern. Die in einen Archäologischen Park eingehetzte großartige Reihe dorischer Tempel ist als „eines der herausragendsten Denkmäler für die griechische Kunst und Kultur“ heute UNESCO-Weltkulturerbe.

Aber es gibt noch mehr zu sehen. Auf dem Weg in die Stadt liegt mitten im Gebiet der antiken Stadt das Archäologische Museum, dessen reiche Sammlung bis in die Zeit vor der griechischen Kolonisation zurückreicht. Höhepunkte sind die berühmte Vasen-Sammlung und der fast acht Meter hohe Telamon, der zusammen mit anderen das Gebälk des Zeustempels zwischen den Säulen stützte.

Die nackten Riesen sind so prägnant, dass sie sich in Agrigents Stadtwappen wiederfinden. Die mittelalterliche Kirche San Nicola gleich nebenan birgt darüber hinaus ein Hauptwerk der Römerzeit auf Sizilien: einen Sarkophag mit meisterli-

chen Reliefs zur tragischen Geschichte der Sagengestalt Phädra.

Allen Neubauten zum Trotz hat sich Agrigent um die Via Atenea sogar ein attraktives Stück Altstadt bewahrt. An ihrem höchsten Punkt thront die Kathedra-

le San Gerlando. Ihr wuchtiger Campanile aus dem 15. Jahrhundert blieb unvollendet. Die Kirche selbst wurde im 11. Jahrhundert errichtet und in buntem Stilmix bis ins 17. Jahrhundert vergrößert und umgebaut.

Etwa vier Kilometer von der Altstadt entfernt erblickte in einem Vorort der Schriftsteller Luigi Pirandello (1867–1936) das Licht der Welt. La Casa di Pirandello, sein Geburtshaus, ist heute Museum. Auf einem Plateau mit Blick aufs Meer gelegen, umgeben von Eichen und Olivenbäumen, kann man hier dem Genie und dem Geist des Nobelpreisträgers für Literatur nachspüren. Bis 1997 stand im Garten sogar noch die berühmte Kiefer, unter welcher Pirandello ruhte, nachdachte und schrieb – und seine Asche begraben ließ.

Bekanntestes Ereignis in Agrigent ist das Mandelblütenfest. Damit jedes Detail im Kulturhauptstadt-Jahr auch klappt, wurde 2024 eine Generalprobe durchgeführt. Das Fest vom 9. bis 16. März dieses Jahres steht im Zeichen von Musik und Tanz, von bunten Umzügen und internationaler Folklore. Weitere Veranstaltungen sollen dazu beitragen, die reiche Kulturgeschichte der Stadt noch stärker ins Rampenlicht zu rücken. Helga Schmechagen



Reste aus griechischer Vergangenheit: Gestürzter Ikarus vor dem Concordiatempel

BILD: SCHMECHAGEN

● FÜR SIE GELESEN

Einseitige Propaganda

Es gibt hierzulande zwei Lager, die einen, für die Russland und Putin das Reich des Bösen sind, und die anderen, welche die offizielle Schwarz-Weiß-Malerei hinterfragen und sich für einen Dialog mit Russland aussprechen. Zu ersteren zählen eindeutig die Slawistin und ehemalige Korrespondentin des Deutschlandfunks, Gesine Dornblüth, und der Journalist Thomas Franke. In seinem Buch „Putins Gift. Russlands Angriff auf Europas Freiheit“ wiederholt das Autorenteam eher einseitig die in der öffentlich-rechtlichen Propaganda undifferenzierten Ansichten über Putin und Russland. So wird unter anderem der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, der in seinen Interviews eine differenziertere Interpretation des Ukrainekriegs vertritt, vorgeworfen, mit seinen Positionen den Interessen Putins zu entsprechen. **MRK**



Gesine Dornblüth/Thomas Franke: „Putins Gift. Russlands Angriff auf Europa“, Herder Verlag, Freiburg 2024, broschiert, 221 Seiten, 18 Euro

BILD-REISEFÜHRER DER WOCHE



Kulinarische Erlebnisse

Wie die Vielfalt Europas sich auch für Gourmetfreunde erkunden lässt, zeigt das Buch „Foodie Trips Europa“ aus der Reihe „Lonely planet Food“

BILD:IMAGO/TT

Genussvolle Wochenenden in insgesamt 40 Reisezielen Nord-, Mittel- und Südeuropas verspricht der Bild-Reiseführer „Foodie Trips Europa“. Vorgestellt werden neben Zielen, wie Göteborgs Fiskekôrka im Bild, kulina-

rische Traditionen, Einflüsse durch Einwanderung oder auch einfach die innovative Verbindung von Althergebrachtem und Neuem. Die zahlreichen Fotos machen Appetit aufs Ausprobieren. **Manuela Rosenthal-Kappi**



„Foodie Trips Europa. 40 genussvolle Wochenenden“, Lonely planet Food, MairDuMont Verlag, Ostfildern 2024, gebunden, 264 Seiten, 24,95 Euro

ERINNERUNGEN

Ein kleiner Ausschnitt Ostpreußens, wie es war

Der Memelländer Rudolf Naujoks beschreibt in seinem posthum erschienenen Buch „Brücke am Kanal. Meine Jugend im Memelland 1903–1918“ seine Kinder- und Jugendzeit in Ostpreußen bis hin zum Neuanfang in Bad Camberg

VON KARLHEINZ LAU

Rudolf Naujok wurde 1903 in dem Fischerdorf Starrischken Kreis Memel am Kurischen Haff geboren und verstarb 1969 in Bad Camberg im Taunus. Er gilt als ein wichtiger Autor seiner Heimat Ostpreußen. Die „Brücke am Kanal“ verfasste Naujok Mitte der 60er Jahre, also kurz vor seinem Tod. Sein Sohn Herwarth verwaltete den umfangreichen literarischen Nachlass des Vaters, unter anderem auch das Manuskript der „Brücke am Kanal“. 2024 wurde es im Selbstverlag erstmalig veröffentlicht.

Das Buch beschreibt in 18 Kapiteln chronologisch Kindheit und Jugend des Autors in seiner Heimat im Land an der Memel. Trotz der ruhigen und friedlichen Landschaft muss Naujok bittere und ihn aufwühlende Ereignisse erleben und bewältigen: der frühe Tod seiner Eltern und seine folgende Erziehung in einem staatlichen Waisenhaus der Stadt Memel sowie die Jahre des Ersten Weltkrieges mit zeitweiliger Besetzung durch zaristische Truppen.

Naujok schreibt durchgehend in der Ich-Form. Beeindruckend sind seine Persönlichkeit, seine Interessen, seine Beobachtungsgabe, seine Gefühle und Empfindungen. So zeigt er die unverwechselbare Landschaft zwischen Haff und Wald. Die Leser erleben das für Städter hart erscheinende Leben auf einem ostpreußischen Bauernhof im Wechsel der Jahreszeiten, aber auch die Feste zu Taufen, Hochzeiten

und Feiertagen wie Weihnachten. Er zeichnet die Charaktere von Vater, Mutter, Onkel, Cousins und weiteren Verwandten und Nachbarn. Er beobachtet das Wachsen und Erblühen der heimischen Pflanzen.

Für den Leser entsteht das Bild einer ostpreußischen Landschaft, natürlich mit zahlreichen Storchpaaren. Nachhaltig wird der Autor geprägt durch das städtische Waisenhaus und besonders durch den Direktor. Es sind ganz entscheidende Jahre seines Lebens: Er entdeckt sich als Persönlichkeit, findet Zugang zu den großen Autoren und Dichtern der deutschen und europäischen Literatur und beginnt selbst zu schreiben.

Gleichberechtigte Nachbarn

Bemerkenswert ist sein Interesse an Geschichte, so besonders die der Preußen und der deutsche Anteil an der 800-jährigen Geschichte Ostpreußens. Seine bestimmende Gesamthaltung bezeichnet er als preußisch-konservativ, mit starker Neigung zur englischen Demokratie. Das bedeutet, dass er ohne Arroganz Russen, Polen oder Litauer als völlig gleichberechtigte Nachbarn sieht. Damit wird seine Anti-Kriegseinstellung klar. Gegen Ende seiner Zeit im Memelland ist ein großes Ereignis für ihn eine Bahnfahrt durch Ostpreußen zur Marienburg, die ihn stark beeindruckt; bisher hatte er noch nie seine Heimat am Haff verlassen.

Es überrascht, dass Naujok seinen endgültigen Abschied aus Ostpreußen im Zuge der Vertreibungen 1944/45 nicht be-

schreibt. Im letzten Kapitel „Alte Heimat, neue Heimat“ widmet er sich seiner neuen Heimat Bad Camberg im Taunus. Seine Sympathie beweisen zahlreiche Fotos und Zeichnungen des Städtchens: „Fern im Osten liegt verloren das Land meiner Kindertage. Hier ist das Land, das mir das Schicksal zum Altern zugewiesen hat. Wie könnte ich das nicht dankbar annehmen?“ Unausgesprochen drückt sich in diesen Worten die Trauer um die verlorene Heimat östlich von Oder und Neiße aus.

Das Buch ist in verständlicher Sprache geschrieben, litauische oder russische Ortsnamen sowie ostpreußische Begriffe werden durch Anmerkungen erklärt. Sehr zum Verständnis des Raumes, in dem Naujoks lebte, tragen die Karten des Memelgebiets und des Kreises Memel sowie Ostpreußens 1905 und Mitteleuropa 2024 bei.

„Die Brücke am Kanal“ vermittelt dem Leser einen kleinen Ausschnitt von Ostpreußen, wie es war. Dieses Erbe muss bewahrt werden, Es stimmt hoffnungsvoll, dass für deutsche Landsleute Ostpreußen wieder ein attraktives Reiseziel ist.



Rudolf Naujok: „Brücke am Kanal. Meine Jugend im Memelland 1903–1918“, BoD, Norderstedt 2024, gebunden, 256 Seiten, 38 Euro

ROMAN

Ein bunter Strauß voller Vorurteile

Der Freie Journalist Michael Lösch hat die politische Situation in Deutschland für seinen politischen Roman „Rechtsruck“ als Vorlage genommen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die politische Situation hierzulande ist unerträglich geworden, weil das linksgrüne Establishment unablässig daran arbeitet, nahezu alles aus Dummheit oder Vorsatz zu zerstören. Gleichzeitig phantasieren dieselben Kreise von einem „Siegeszug der Rechten“, weil es noch Widerstand gegen die Sabotage von Staat, Wirtschaft, Familie und Gesellschaft gibt, was vor allem für die neuen Bundesländer gilt. Dieser herbeihalluzinierte „Rechtsruck“ lieh nun auch einem Roman aus der Feder des Freien Journalisten Michael Lösch seinen Namen.

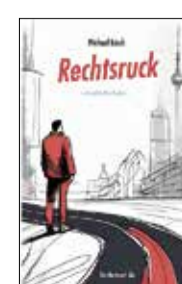
Die Rahmenhandlung der Geschichte ist schnell erzählt. Der Intellektuelle Lars Rudorf initiiert einen Lesekreis, der zum Spiegelbild der gespaltenen bundesdeutschen Gesellschaft gerät, weil hier linke Gutmenschen und eher realistisch gepolte Sympathisanten einer Rechtspartei namens „AfnP“ aufeinandertreffen. Das Ganze eskaliert dann auf eine Weise, die man sich ohne besondere Phantasie vorstellen kann: Es kommt zum Eklat und die Literaturfreunde gehen getrennte Wege. Rudorf selbst, der kurz davor stand, für die „AfnP“ zu arbeiten, beschließt am Ende, sich „in der Kunst der politischen Askesse zu üben“ und „der Politik einfach vollständig zu entsagen“, um etwas Neues anzupacken – wie beispielsweise „die Umwelt zu schützen“.

Das klingt banal, und ist es auch. Gleichzeitig bietet das Werk einen bun-

ten Strauß voller Vorurteile gegen alles, was wirren Geistern auf der Seite der Linken gegen den Strich geht. Dabei widerfährt auch der *Preußischen Allgemeinen* die zweifelhafte Ehre der Erwähnung: Die PAZ sei „ein ziemlich rechtes Blatt“ und „Leib- und Magenblatt für Vertriebene und Ewiggestrige“.

Später werden dann die Frauen in der „AfnP“ als „außen blond und innen braun“ beschrieben, was ebenfalls Unfug ist. Allerdings bekommen auch die Linken beziehungsweise Grünen ihr Fett weg: Den Ersteren gehe es nur darum, „ein Proletariat ins Land zu holen, mit dem sich eines Tages doch noch die Weltrevolution in Gang setzen lässt“, und den Letzteren „kann es von vornherein nicht kunterbunt genug zugehen“. Das strotzt nicht gerade vor analytischer Schärfe.

Dann wären da noch etliche schräge Formulierungen. So sinniert der Protagonist Rudorf über eine attraktive junge Frau aus dem Irak: „Der liebe Gott, in dem Fall wohl Allah, hatte sich beim Überstreifen des Gesichtes über den Schädel wirklich Mühe gegeben.“



Michael Lösch: „Rechtsruck. Ein politischer Roman“, edition fuehrwort, Norderstedt 2024, broschiert, 280 Seiten, 15,95 Euro

Wie finden Sie die PAZ?

Große Leserbefragung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* 2025. Sagen Sie der Redaktion und den Herausgebern Ihre Meinung über die Wochenzeitung mit der besonderen Perspektive

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

Die Herausgeber und die Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sind stets bemüht, diese einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft kontinuierlich zu verbessern. Mit dieser kurzen Befragung möchten wir erfahren, inwieweit Sie mit dem Inhalt und der Aufmachung sowohl der gedruckten PAZ als auch der Webseite www.paz.de zufrieden sind. Mit Ihren Antworten helfen Sie uns, das redaktionelle Angebot weiter zu optimieren.

Hierfür bitten wir Sie, die folgenden Fragen zu beantworten. Der Zeitaufwand dafür beträgt nur wenige Minuten. Für die Beantwortung haben Sie drei Möglichkeiten: Sie können die Fragen entweder direkt auf dieser Seite oder auf der beiliegenden Postkarte oder auch auf der Webseite www.paz.de (hierzu einfach den QR-Code unten rechts scannen) beantworten.

Selbstverständlich werden Ihre Angaben und Antworten vertraulich behandelt. Die Befragung erfolgt anonym. Allerdings benötigen wir aus statistischen Gründen zunächst einige Angaben zu Ihrer Person.

Herausgeber und Redaktion danken Ihnen schon jetzt herzlich für Ihre Mitwirkung.

1. Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
 weiblich

2. Welcher Altersgruppe gehören Sie an?

- unter 20
 20–40
 40–60
 60–80
 über 80 Jahre

3. Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?

- Mittlere Reife
 Abitur
 Berufsausbildung
 Studium
 nichts davon

4. Welchen Berufsstand haben Sie?

- Schüler/Lehrling/Student
 Angestellter
 Beamter
 Selbstständiger
 Rentner/Pensionär

5. Sind Sie in Ostpreußen oder einem anderen Vertreibungsgebiet geboren, oder haben Sie Vorfahren von dort?

- Ja, in/aus Ostpreußen
 Ja, in/aus einem anderen Vertreibungsgebiet, und zwar _____
 Nein, ich habe keine Vorfahren aus einem Vertreibungsgebiet.

6. Sie Lesen die PAZ als ...

- Abonnent
 Kiosk-Käufer
 durch Weitergabe von Bekannten.

7. Die PAZ erscheint seit einiger Zeit in verschiedenen Formen. Welche PAZ-Form lesen Sie?

- Print (gedruckte Zeitung)
 Online (www.paz.de)
 beides

8. Die PAZ ist eine Wochenzeitung – wie oft lesen Sie sie?

- jede Woche
 Ein mal im Monat
 unregelmäßig
 5–10 mal im Jahr

9. Welche Themen/Rubriken in der PAZ interessieren Sie?

(Mehrfachnennungen sind möglich.)



Woche für Woche am Puls der Zeit: Die *Preußische Allgemeine Zeitung* mit ihrer Print-Ausgabe und ihrer Online-Seite www.paz.de

Bild: Eichler

- Innenpolitik
 Außenpolitik
 Wirtschaft
 Kultur
 Geschichte
 Ostpreußen
 Pommern
 Schlesien
 Heimat (Landmannschaftliche Arbeit)
 Wissenschaft
 Anderes

10. An welchen der folgenden Themen wären Sie ansonsten noch interessiert?

(Mehrfachnennungen sind möglich.)

- Gesundheit und Medizin
 Bildung und Wissenschaft
 Glaube und Religion
 Ernährung und Lebensart
 Geldanlagen und Versicherungen
 mehr Informationen über den historischen deutschen Osten
 keines

11. Wie bewerten Sie die Inhalte der PAZ-Artikel?

(Mehrfachnennungen sind möglich.)

- interessant
 informativ
 aufschlussreich
 eher uninteressant

12. Finden Sie die PAZ-Artikel ...

- genau zutreffend
 eher ausgewogen
 weniger ausgewogen
 zu tendenziell

13. Die PAZ-Online-Seite (www.paz.de) finde ich grundsätzlich ...

(Mehrfachnennungen sind möglich.)

- informativ und aktuell
 zu wenig informativ und aktuell
 hat ein zu großes Angebot
 hat ein zu geringes Angebot
 Ich kenne die Seite bislang noch nicht.

14. Wie gefällt Ihnen die Gestaltung von PAZ-Online?

- übersichtlich
 müsste aufgeräumter sein
 keine Angaben

15. Wie oft lesen Sie PAZ-Online?

- täglich
 alle 2–3 Tage
 mehrmals im Monat
 gelegentlich
 selten

16. Abonnieren Sie den PAZ-Newsletter?

- Ja.
 Nein.
 Ich habe noch nie davon gehört.

17. Die Medienlandschaft befindet sich in einem großen Umbruch. Wenn die PAZ nur noch online erscheinen würde, würden Sie sie dann weiterlesen?

- Ja, auf jeden Fall
 wahrscheinlich
 eher nicht
 auf keinen Fall

18. Wie oft surfen Sie im Internet?

- mehrmals täglich
 mehrmals wöchentlich
 mehrmals im Monat
 selten bis nie

19. Welches soziale Medium nutzen Sie bevorzugt?

- X/Twitter
 Telegram
 Instagram
 Facebook
 YouTube
 TikTok
 LinkedIn
 XING

20. Die PAZ bietet immer wieder Beilagen zu besonderen Themen und Anlässen an. Wie interessiert sind Sie daran?

- sehr stark
 stark
 weniger
 kein Interesse

21. Lesen weitere Personen aus Ihrem Haushalt oder Bekanntenkreis die PAZ? Wenn ja, wie viele?

- Nein
 Ja, 1–3
 Ja, 4–5
 Ja, mehr als 5

22. Können Sie sich vorstellen, die PAZ weiterzempfehlen oder gar ein PAZ-Abo zu verschenken?

- Ja, ich würde die PAZ weiterempfehlen.
 Ja, ich kann mir vorstellen, ein Abo zu verschenken.
 Nein, ich kann mir beides nicht vorstellen.

Bitte senden Sie die dieser Ausgabe beiliegende Karte mit Ihren Antworten an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Falls Ihrem Exemplar keine Karte beiliegen sollte, können Sie Ihre Antworten auch auf dieser Zeitungsseite ankreuzen und diese als Brief an die Adresse der PAZ schicken. Außerdem können Sie die Fragen auch online beantworten. Hierzu brauchen Sie nur mit Ihrem Smartphone den folgenden QR-Code zu scannen, schon landen Sie auf der Umfrageseite. **Einsendeschluss ist der 28. Februar 2025.**



Mit Ihren Antworten helfen Sie uns, das redaktionelle Angebot weiter zu optimieren

● AUFGESCHNAPPT

Feministinnen der Aktion „Was ist eine Frau?“ haben 2000 Bundestagskandidaten angeschrieben mit der einfachen Frage, wie sie eine Frau definieren. Auslöser der Initiative unter der Führung der Frauenrechtlerin und Autorin Rona Duwe ist das neue Selbstbestimmungsrecht der Ampelregierung, wonach sich jeder Mann jederzeit zur Frau erklären kann. Damit würde der Schutz von Frauen faktisch ausgehebelt, moniert Duwe. Denn nun könnten sich biologische Männer durch Umbenennung ihres Geschlechts Zugang zu Schutzräumen für Frauen verschaffen und zu Frauengefängnissen. Den Feminismus der Grünen bezeichnet die Autorin daher als Mogelpackung. Für ihre Aktivitäten hat sie bereits juristischen Ärger bekommen, etwa eine Anzeige wegen Volksverhetzung, wie „Tichys Einblick“ berichtet. Unterstützt fühlt sich die Aktion von US-Präsident Donald Trump, der dem „Selbstbestimmungs“-Irrsinn ein Ende gesetzt hat. „Realpolitik gewinnt internationale Wahlen, Identitätspolitik verliert“, freut sich Duwe. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Reitz umreißt im „Focus“ (23. Januar) schon kurz nach der Tat die politische Wende, die der Schock über die Morde von Aschaffenburg für Deutschland eingeläutet hat:

„Bleibt es auch nach Aschaffenburg bei Floskeln der Betroffenheit, der klassischen Grünen-Reaktion, von den anderen Parteien willfährig adaptiert, dem Downsizen (Kleinreden) der Migrantengewalt auf eine psychisch bedingte Einzelgänger-Tat, kann die komplette AfD von jetzt an und bis zum Wahlabend in den Urlaub fahren.“

Kanzler Scholz sagt, er sei die eingewanderte Gewaltkriminalität „leid“ und wolle „Konsequenzen ziehen“. Philipp Piatow schreibt dazu in der „Bild“-Zeitung (23. Januar):

„Drei Jahre lang hatte die Regierung von Kanzler Scholz Zeit, ‚es leid zu sein‘, ‚Konsequenzen zu ziehen‘. Vier Wochen vor der Wahl sind diese Ankündigungen nicht mehr glaubwürdig.“

Auch Alexander Kissler antwortet auf „Nius“ (24. Januar) auf die Kanzler-Auslassung:

„Erst recht leid bin ich den Hinweis auf vermeintlich ewig bindende rechtliche Vorgaben. Gesetze sind nicht in Stein gemeißelt, weder nationale noch internationale. Wenn es nötig ist, das Grundgesetz zu ändern, um die innere Sicherheit in Deutschland herzustellen, muss das Grundgesetz geändert werden. Wenn es nötig ist, das individuelle Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, muss es abgeschafft werden.“

Für Mario Thurnes ist die „Brandmauer“ zur AfD Geschichte. Bei „Tichys Einblick“ (27. Januar) erklärt er, warum er das keineswegs bedauert:

„Die ‚Brandmauer‘ fällt so, wie sie existiert hat: als albernes, linkes, taktisches Manöver, das auf Dauer keine Chance hat. Zumal dann nicht, wenn diese ‚Brandmauer‘ Forderungen verhindert wie das Einhalten von Gesetzen oder den Schutz der Bevölkerung vor Gefährdern.“

Die brandenburgische CDU-Politikerin Saskia Ludwig sprach sich im Interview mit dem Sender tvberlin (21. Januar) sogar dafür aus, dass sich die Union für Koalitionen mit der AfD öffnet:

„Ich glaube, es wird noch ein Stückchen Erkenntnisprozess geben müssen, dass wir mit unserer Demokratie deutlich entspannter umgehen müssen und den Wählerwillen akzeptieren. Wenn über 50 Prozent Mitte-rechts wählen, dann muss es auch eine Mitte-rechts-Regierung geben für die Bürger.“

Für den Kanzler sieht der renommierte Meinungsforscher Klaus-Peter Schöppner dagegen schwarz, wie er der „Bild“-Zeitung (27. Januar) erklärte:

„Alles, was Scholz jetzt sagt, wird nur noch als Wahlkampfgetöse wahrgenommen.“

● WORT DER WOCHE

„Die Grünen sind programmatisch, kulturell und intellektuell am Ende.“

Ulf Poschardt in der „Welt“ vom 27. Januar zum Zusammenbruch der Vorherrschaft des grünen Zeitgeists

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nichts zu holen, nichts zu hoffen

Wie der linksgrüne Schwindel auffliegt, und warum selbst der „Kampf gegen Rechts“ verpufft

VON HANS HECKEL

Aufgewacht? Endlich, endlich aufgewacht? Nie im Leben! „Zeit“-Journalistin Vanessa Vu beklagte bei Caren Miosga allen Ernstes, dass dem Täter von Aschaffenburg nicht die nötige psychologische Betreuung zuteil geworden sei, um so seine Tat zu verhindern. Und sie ist sogar „bestürzt“ darüber, dass nun ein Zusammenhang hergestellt wird zwischen der Mordtat eines ausreisepflichtigen Asylsuchers und der Asylpolitik.

Was soll man sagen? Nicht mehr als das: Da ist nichts zu holen und nichts mehr zu hoffen. Leute wie Frau Vu werden gar nichts begreifen, niemals. Sie werden mitsamt ihren Irrtümern eines (hoffentlich noch sehr fern) Tages sterben. Wir müssen uns nur entscheiden, ob wir es zulassen wollen, dass sie unser Land mit in ihr Grab nehmen.

Denn aufgegeben haben sie noch lange nicht. Dass die Brandmauer bröckelt, hat sie in höchste Aufregung versetzt. Ist die Mauer nämlich mal weg, kommt womöglich die Demokratie zurück, in welcher der Mehrheitswille des Volkes die Richtung der Politik bestimmt. Eine Horrorvorstellung für die grünlinks-woke Blase.

Daher geht es ihnen jetzt darum, den Willen des Volkes im Bürokratiegestrüpp der Verfahren über Asyl und Einwanderung verrecken zu lassen. So haben die Grünen auf ihrem Parteitag beschlossen: „Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall.“

Man setzt darauf, dass die ohnehin völlig überforderten Behörden in den Abertausenden von „Einzelfallprüfungen“ rettungslos absaufen. Um den weiterhin uferlosen Zustrom sicherzustellen, darf zudem auch kein Asylsucher an der Grenze zurückgeschickt werden. Und um auch den Zufluss in Richtung unserer Grenzen abzusichern, stellen sich die Grünen der „Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe entgegen“, treten also fest an die Seite der Schlepperbanden. Außerdem sollen der Familiennachzug und der Erwerb der Staatsbürgerschaft noch weiter erleichtert werden.

Während die Grünen den direkten Weg in den Abgrund ganz offen propagieren, geben sich die Sozialdemokraten trickreicher. Grundsätzlich würden sie sowieso viel lieber über was anderes reden als über Asyl und so. Im Podcast „Das Scholz Update. Der Kanzler

im Fokus“ wünscht sich Saskia Esken, die Politik solle „nicht so viel über das Thema Migration sprechen, weil das eben als Problem empfunden wird“.

Gute Idee! Eigentlich sollten wir auch „nicht so viel“ über die miese Wirtschaftslage, die zerstörerische Energiewende und andere Sachen sprechen, die wir als Problem „empfinden“. Denn vor dem Hintergrund von alledem liest sich die SPD-Parole „Mehr für dich, besser für Deutschland“ doch etwas schräg. Mehr wovon? Von Aschaffenburg? Vom Wirtschaftseinbruch? Von den astronomischen Energiepreisen? Für welches Land soll das „besser“ sein?

Olaf Scholz teilt nicht das schlichte Gemüt von Genossin Esken und geht daher geschmeidiger vor. Im Hinblick auf die ungezügelte Einwanderung spricht er am liebsten von mehr Abschiebungen, weil er weiß, dass die Politik hier jenen Gesetzesdschungel gepflanzt hat, auf den sich auch die Grünen bei ihren „Einzelfallprüfungen“ verlassen.

Und wenn eine Abschiebung doch einmal anläuft, kann man ja immer noch auf die Herkunftsländer bauen, die ihre Leute sowieso nicht zurückhaben wollen. Da können wir ja leider gar nichts machen, erzählt man den Deutschen dann treuherzig.

Donald Trump macht vor, wie es geht

Dass der blonde Teufel im Weißen Haus die Legende von der Machtlosigkeit gegenüber bockbeinigen Herkunftsländern ausgerechnet jetzt auffliegen lässt, kommt hier natürlich sehr ungelegen. Da wollte Petros linksradikaler Präsident Gustavo Petro die USA vorführen, indem er die Rücknahme von illegal in die Staaten eingereisten Bürgern seines Landes mit großem Theaterdonner ablehnte. Kaum aber hatte Donald Trump mit ein paar kostspieligen Konsequenzen für Kolumbien gedroht, knickte Petro ein und schickte sogar eigene Flugzeuge, um die Leute abzuholen. Was für eine Schlappe.

Aber aufschlussreich für uns: So einfach geht das also! Schließlich handelt es sich bei den Herkunftsländern der illegalen Immigranten in Deutschland durch die Bank um Staaten, die auf der einen oder anderen Schiene Entwicklungsgelder aus Berlin bekommen. Da könnte man doch ... wenn man denn will. Man will eben nicht. Das sollte nur keiner merken. Doch Trump deckt den Schwindel auf. Da können wir mal wieder sehen, wie gefährlich der Mann ist!

Saskia Esken möchte, dass Politiker „nicht so viel über Migration sprechen, weil das eben als Problem empfunden wird“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de